

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 17. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

#### Das halbe Zuchthaus.

Von 24 Mitgliedern der nationalliberalen Reichstagsfraktion — d. h. genau von der Hälfte der Fraktion einschließlich der vier Hospitanten — unterzeichnet, sind die angekündigten Anträge zum Zuchthausgesetz im Reichstage eingegangen. Sie lauten:

Der Reichstag wolle beschließen:  
I. An Stelle des § 1 des Entwurfs zu setzen:  
Artikel I.  
Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Artikel II.  
Die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung erhalten folgende Fassung:

§ 152.  
Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Schiffe, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Vereinigungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.  
Jedem Teilnehmer steht der Austritt von solchen Vereinigungen oder Verabredungen frei und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

§ 153.  
Wer durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verurteilung oder rechtswidrige Wegnahme, Vorenthaltung oder Beschädigung von Arbeitsgerät, Arbeitsmaterial, Arbeitserzeugnissen oder Kleidungsstücken

1. Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Teilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen der im § 152 bezeichneten Art bestimmt oder zu bestimmen versucht oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abhält oder abzuhalten versucht,
  2. zur Verhinderung oder Förderung einer Arbeiterausperrung Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitnehmern bestimmt oder zu bestimmen versucht oder an der Annahme oder Heranziehung solcher hindert oder zu hindern versucht,
  3. zur Verhinderung oder Förderung eines Arbeiterstandes Arbeitnehmer zur Niederlegung der Arbeit bestimmt oder zu bestimmen versucht oder an der Annahme oder Ausübung von Arbeit hindert oder zu hindern versucht,
  4. Personen, welche nicht oder nicht dauernd an einem Arbeitsanstand oder an einer Arbeitsausperrung teilgenommen haben, aus Anlaß dieser Nichtbeteiligung aus dem Arbeitsverhältnis herauszubringen oder sonst zu schädigen sucht,
- wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.  
Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist auf Geldstrafe bis zu dreihundert Mark zu erkennen.

Eine Verurteilung oder Drohung liegt nicht vor, wenn der Täter eine Handlung vornimmt, zu der er berechtigt ist, insbesondere wenn er befugterweise ein Arbeits- oder Dienstverhältnis abkündigt, beendigt oder einstellt, die Arbeit einstellt, eine Arbeits-einstellung oder Ausperrung fortsetzt, oder wenn er die Vornahme einer solchen Handlung in Aussicht stellt.

Der Drohung wird es gleich geachtet, wenn jemand in ungebührlicher und belästigender Weise Arbeitgeber oder Arbeitnehmern auf Straßen und Wegen folgt, oder Wohnungen, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Hafen- oder sonstige Verkehrsanlagen oder den Zugang zu denselben bewacht oder besetzt hält. Straflos ist das Warten oder der Aufenthalt an diesen Orten, wenn es in deren Nähe lediglich zu dem Zwecke, Nachrichten oder Auskünfte zu geben oder einzuziehen.  
II. Die §§ 2 bis 11 des Entwurfs zu streichen.

Berlin, den 16. November 1899.  
Wüsting, Möller (Duisburg), Dr. Sattler, Volz, Depken, Dr. Endemann, Dr. Esche, Dr. Gasse, Dr. Heiligenstadt, Hilde, Hülse, Horn, Holang, Kahle, v. Kaufmann, Kettner, Kraemer, Dr. Lehn, Dr. Paasche, Rimpau, Schulze-Steinen, Dr. Vries, Wilmann, Wilmann.

Die nationalliberalen Anträge gehen in den Spuren, welche Professor van der Vorst in seiner kürzlich von uns besprochenen Schrift vorgezeichnet hat. Sie unterscheiden sich von den Vorschlägen des parteigewöhnlichen Professors nur dadurch, daß sie von dessen Vorbedingungen behufs Sicherung des Koalitionsrechts die bedeutsamsten nicht übernehmen. Die juristische Höherstellung und Sicherung der Berufsvereine, welche der Professor forderte, wird von den praktischen Preisgebern des Industrie-Despotismus beiseite geworfen. Unverhüllt und bar der Scham tritt der Anschlag gegen das Grundrecht der arbeitenden Klasse auf den Plan.

In den nationalliberalen Anträgen ist alles Wesentliche der Zuchthausvorlage enthalten. Auf den Zuchthausparagrafen, der sich nur aus bekannten Gründen in das Gesetz verirrt, hat die Regierung längst verzichtet. Aber alles Gefährliche, alles, was geeignet ist, die Erdrosselung des Koalitionsrechts herbeizuführen, haben die Herren von Möller und Hilde sich zu eigen gemacht.

Das Ausnahmegesetz des § 153 der Gewerbe-Ordnung, dessen Veseitigung eine Lebensnotwendigkeit für die arbeitenden Klassen bedeutet, wird um eine Anzahl neuer, verschärfter, zu tausend rabulistischer Auslegungsfällen verführenden Ausnahmbestimmungen vermehrt; Zahllose neue strafbare Thatbestände werden konstituiert, auf daß keine Arbeiterorganisation, die sich gegen Unternehmerübermut wehren oder eine Hebung ihrer Lage will, die Möglichkeit habe, ihren Willen auch nur einen Schritt weit in die That umzusetzen, ohne sich sofort hundertfältig in den Falleisen der nationalliberalen Arbeiterpolitik zu versfangen.

Wir erwarten, daß die Brutalität des nationalliberalen Vorgehens um so schärfere Abgabe in der Volksvertretung herbeizuführen wird. Das deutsche Volk fordert vom Reichstag, daß er diese nationalliberalen Anträge mit dem Zuchthausentwurf selbst ohne jedes Federlesen mit kräftiger Hand in den Orkus werfe. —

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. November.

Der Reichstag beschloß heute mit großer Mehrheit, den Beschlüssen der Kommission gemäß, das Briefmonopol, der Post auch für die Briefbeförderungen innerhalb der Gemeindegrenzen. Damit ist das Schicksal der Privatposten besiegelt. Vom 1. April des nächsten Jahres giebt es im Deutschen Reich keine Privatposten mehr. Es versteht sich, daß ein solcher Beschluß nicht ohne lebhafteste Debatte gefaßt wurde, und nicht ohne daß die prinzipielle Frage der Verstaatlichung und der Rechte des Privateigentums zur Erörterung kam. Die manchesterliche Auffassung, daß der Staat der Privatindustrie und dem Privatbetrieb freien Lauf lassen muß, wurde selbstverständlich mit mehr oder weniger Schärfe von den bürgerlichen Parteien vertreten, wohingegen die Socialdemokratie, deren Sprecher Genosse Singer war, dem Staat das Recht der Monopolisierung solcher Betriebe, bei denen sie im öffentlichen Interesse ist, schon in der heutigen Gesellschaft zuerkennt. Besonders warm verfocht der freisinnige Abgeordnete Müller (Sagan) den manchesterlichen Standpunkt; er verstieg sich zu dem geflügelten Wort: der Beschluß bedeute „die absichtliche Erdrosselung der Privatposten, wobei er sich auch einige, nicht sehr glückliche Witzeleien über den Hannoverischen Parteitag und das „verschobene Endziel“ leistete. Das mag er wohl nach der Abfertigung, die ihm durch Singer zu teil wurde, bereut haben. Wir wollen hoffen, daß Herr Müller das ihm zur Verfügung gestellte Parteitage-Protokoll gut durchnudern wird. Ganz unbegreiflich ist, wie er es eine „Erdrosselung“ der Privatposten nennen kann, daß ihnen das Aufgabe des Ertrages als Entschädigung angeboten wird! Zutreffend bemerkte Singer, daß viele Industriezweige und Privatgeschäfte sich gern unter gleichen Bedingungen „erdrosseln“ lassen würden.

Der 3. Artikel des Gesetzesentwurfs, der vom 1. April 1900 an den Betrieb von „Anstalten zur gewerblichen Briefen, Karten, Drucksachen und Warenproben verbietet, gab dem Genossen Herzfeld Gelegenheit, den bekannnten Medlenburger Vorfall (Verhinderung der privaten Expedition und Beförderung einer socialistischen Zeitung) zur Sprache zu bringen. Er geißelte wirksam und gründlich das Verfahren der Postbehörden, die der Postzeit Handlangerdienste gethan.

Herr v. Bobbielski bestritt die Richtigkeit der Darstellung Herzfelds. Dieser widerlegte ihn jedoch so schlagend, daß der Reichstag mit großer Mehrheit seinen Antrag annahm, welcher derartigen Praktiken vorbeugt. Der zweite Teil unseres Antrages, betreffend den Mißbrauch, der mit den Sonntagsgesetzen gegen die Verteilung von Zeitungen und Flugblättern getrieben wird, fand jedoch leider keine Mehrheit. Das von den Manchesterleuten vorgebrachte Argument, die Post werde, sobald ihr die Konkurrenz der Privatposten vom Halbe geschafft sei, sich jedem Fortschritt widersetzen, ist deshalb nicht zutreffend, weil die Post dem Reichstage untersteht, der es in der Hand hat, sie zu Fortschritten zu zwingen. In der bezüglichen Debatte fiel auch der erste Ordnungsruf, und zwar auf das Haupt Singers, der dem Herrn v. Bobbielski für seine Verteidigung der medlenburgischen Praktiken eine „Pose des Wiedermanns“ zuerkannt hatte. Singer ließ „die Pose“ fallen, und ließ es beim einfachen „Wiedermann“. Auch Artikel 8 wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Da man in die Entschädigungsfrage, die den meisten Staub aufwirbeln wird, heute nicht mehr eintreten wollte, wurde die Sitzung um 5 Uhr vertagt.  
Morgen 1 Uhr Fortsetzung der Debatte. —

#### Die Antwort auf den deutschen Flottenplan.

Noch ist die neue Flottenvorlage des Herrn Tirpitz in den ersten Stadien der Vorbereitung. Aber die Ankündigung, daß eine solche geplant werde, hat genügt, um das Wettrennen der Nachbarstaaten erneut zu entfesseln. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet:

Die Pariser Privatmeldungen hervorheben, ist der Marineminister de Lanessan mit der Ausarbeitung eines Flottenplanes beschäftigt, den er der Kammer demnächst vorzulegen gedenkt. Soviel darüber bekannt wird, ist eine Anzahl von großen Neubauten vorgesehen, sowie eine Beschleunigung des Ausbaues der Panzer und Kreuzer, die zur Zeit auf den verschiedenen Werften in Arbeit gegeben sind. Soweit bisher der Plan der im Bau befindlichen und im Auftrag gegebenen Schiffe festgelegt ist, sind zu liefern 1900: 32 Schiffe, nämlich 2 Panzerschiffe, 1 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer 1. Klasse, 3 Kanonenboote, 1 Torpedoboot, 6 Torpedoboots, 6 ersillastige Torpedoboots, 1 Zerstörerboot und 3 Unterseeboote; 1901: 19 Schiffe, nämlich 1 Panzerschiff, 5 Panzerkreuzer, 9 ersillastige Torpedoboots, 4 Torpedoboots; 1902: 13 Schiffe, nämlich 3 Panzerkreuzer, 4 Torpedoboots, 6 Unterseeboote; 1903: 8 Panzerkreuzer. Zusammen also sind bisher zu liefern: 67 Schiffe. Der Marineminister will nicht nur die Lieferzeit dieser Schiffe beschleunigen, er wünscht auch im künftigen Flottenplan im Allgemeinen eine kürzere Bauzeit vorgesehen.

Der Plan des französischen Marinechefs ist der Wiederhall der Hamburger Kaiserrede und der offiziellen Ankündigungen.

Deutschland will die für 6 Jahre vorgesehenen Kriegsschiffbauten schneller durchführen als das Gesetz von 1898 festsetzt. Herr de Lanessan antwortet mit der Beschleunigung des Baues der Panzer und Kreuzer, die sich bereits in Arbeit befinden. Deutschland denkt an neue Flottenvermehrung über das Flottengesetz hinaus. Der französische Marineminister antwortet mit der Unterbreitung neuer Schiffsforderungen vor der Deputiertenkammer und verlangt den Ausbau dieser Schiffe in kürzerer Baufrist als bisher üblich war. In Deutschland kürzere Baufrist und mehr Kriegsschiffe, in Frankreich mehr Schiffe und kürzere Baufrist.

Vald werden wir ähnliches aus England, aus Russland und Amerika, aus allen auf ihre Wasserhehre bedachten Staaten vernehmen und der Flottenplan des Herrn Tirpitz ist veraltet, ehe er noch fertig gestellt ist. Eine wahrhaft sorgfältige und weiterschauende Regierung wird darum gut thun, mit ihrem jetzigen Flottenplan sogleich einen zweiten, allerneuesten Flottenplan der Volksvertretung vorzulegen. —

#### Wo die Noheit blüht.

Der Erste Staatsanwalt in Allenstein erläßt folgende Bekanntmachung:

„Die Messerscherei nimmt in der letzten Zeit im diesseitigen Bezirk trotz der schweren vom Gericht stets verhängten Strafen in einer Weise zu, daß sie eine ernste Gefahr für Leben und Gesundheit, sowie für die öffentliche Sicherheit bedeutet. Um thutlichst die Strafe für solche Noheiten auf dem Fuß folgen zu lassen und dadurch auch nachdrücklicher zu machen, erwerbe ich von allen Polizeibehörden, insbesondere von den Gendarmen, daß jeder Messerschere gleich nach der That festgenommen und dem zuständigen Amtsgericht zur Verhaftung vorgeführt wird.“

Der neunte Kreis des Regierungsbezirks Königsberg (Allenstein-Rößel) ist im Reichstage durch den Donherra Herrmann vertreten; für diesen Centrumsmann wurden 932 Stimmen abgegeben. Ein polnischer Kandidat erhielt bei den letzten Reichstagswahlen 5067 Stimmen, der Socialdemokrat nur 151.

Dieser Messerscherekreis ist demnach eine der socialistenfreiesten Gegenden des Deutschen Reiches. Von 100 abgegebenen Stimmen entfallen bloß 1,05 auf den Umstürzler; nur einige dreißig Kreise sind noch uninsturzreiner. Ja, dieser Kreis ist sogar mit der Zeit noch reiner geworden, da bei den 1890er Wahlen der Prozentgehalt der socialdemokratischen Stimmen immerhin schon 2,71 betragen hatte.

Dieses geeignete Allenstein hat eine durchaus gläubige kirchlich-fromme Bevölkerung. Sie rüttelt nicht an den Grundfäulen des Staates, nicht an Thron und Altar, nicht an Ehe und Familie. Keine zügellose Begehrlichkeit macht dieses Revier des trenen, anspruchslosen Patriarchalismus unsicher. Und die paar Umstürzler sind nur leise, kaum sichtbare Spitzhede auf dem spiegelhellen Schilde der landesüblichen besten Geminnung und Geseitigung. Kurz das Eden unserer herrschenden Klassen ist in diesem Kreise zur Erde gestiegen.

Das ist das Land, in dem sich die Sehnsucht unserer Staatsreiter, Scharfmacher, Patrioten und Kirchenhörigen erfüllt. Wird es also unseren Ordnungsleuten in den socialdemokratisch verendeten Strichen des Reiches gar zu unheimlich, so mögen sie in dieses Paradies der Gutsjuntheit auswandern, wo noch die alte Frucht und Sitte herrscht, wo kein Arbeitswilliger von ruhelosen Streifbrüdern terrorisiert wird und die Jugend noch nicht der Verrohung der Industriebevölkerung verfallen ist. Fühlen sich dann die Flüchtlinge vor der Umsturzpest gelegentlich im Besitz einiger ländlich-sittlicher Messerschere, so werden sie lächelnd auf diese Gaben als schöne Bethätigungen einer von der socialistischen Verendung verschont gebliebenen urkräftigen Musterbevölkerung hinnehmen und preisen. —

#### Ohne Majorität.

—st. Wien, 15. November.

Das Rey zieht sich immer dichter über dem Haupte der Regierung Glanz zusammen, und es ist nicht abzusehen, wie sie den vielen Anschlägen der Majorität entrinnen soll. Daß diese zu einem entscheidenden Vorstoß ansetzt, ist gestern sichtbar geworden. Im Abgeordnetenhaus, das die Debatte über die traurigen Vorgänge in Mähren noch immer nicht beendigt hat, stellte gestern der Abg. Jaworski, der Chef der Rechten, den Antrag, die Ausgleichsverordnung einem Ausschusse zur Verichterstattung zuzuwenden. Der Antrag verfolgte ersichtlich den Zweck, die Regierung an die Wand zu drücken. Der Kaiser soll mit der Furcht erfüllt werden, der okroyierte Ausgleich könnte am Ende die Indemnität nicht erlangen und aus dieser Besorgnis zu einem „Systemwechsel“ schreiten, der natürlich wieder die Majorität ans Ruder bringen müßte. In engstem Zusammenhang mit diesem Antrage steht der Beschluß der Staatsschulden-Kommission, die gestern das Vorgehen der Regierung auf Ausfolgung des Goldschages zum zweitenmale und damit wohl endgültig abgelehnt hat. Der ablehnende Beschluß wurde in der Kommission mit Stimmengleichheit gefaßt; es konnte dazu nur kommen, weil Herr Dr. v. Fuchs, der als Referent befaßt war, das Referat niederlegte, um den Vorschlag führen zu können; dadurch wurde erreicht, daß das Votum des Vorsitzenden bei den ablehnenden drei Stimmen war, und nach der Geschäftsordnung gilt eben bei Gleichheit der Stimmen die Ansicht, für die der Vorsitzende votiert. Schon aus dieser Einzelheit ist zu erkennen, daß es sich bei der so unvermutet ankretenden Geseiterte der Rechten weniger um die Bethätigung eines empfindlichen Rechtsgeföhles, als um eine politische Aktion gegen die Regierung handelt. Die Affaire ist für die Regierung um so peinlicher, als sie sich den Refus zweimal geholt hat und die Ungarn bereits

mit Vorwürfen zur Stelle sind. Der Abg. Baron hat nämlich gestern im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Interpellation eingebracht, die die Regierung zur Beschleunigung aller nötigen Vorarbeiten für die Errichtung einer selbständigen Bank auffordert. Die „Drohung“ braucht gar nicht besonders ernst genommen zu werden — ist doch die Genossenschaft der Notenbank eines der größten Vorteile, den die Ungarn aus dem Dualismus ziehen — aber bei der Empfindlichkeit der Krone gegenüber dem Oesterreich und Ungarn verhängenden Bande kann die Sache dem Ministerium Clary unter Umständen verhängnisvoll werden.

Die Regierung Clary war vorweg ein Experiment; es scheint nicht, daß es glücken sollte. Zwar das System der majoritätslosen Regierungen ist nicht von heute; wir glauben, daß es auch im deutschen Reichstag eine feste, der Regierung zur Verfügung stehende „Majorität“ nicht giebt. Aber ein solches System, bei dem zwischen Regierung und Parlament jede Wechselwirkung fehlt, legt eins voraus: daß sich die Thätigkeit des Parlaments nur in sachlichen, fast nur Sachfragen erschöpft. Wo sich um politische Dinge handelt, muß es versagen. In Oesterreich ist aber alles, um das Wort von Maria Theresia zu gebrauchen, ein „Politikum“, die kleinste staatsliche Angelegenheit so gut wie die Verteilung der Macht in Gesetzgebung und Verwaltung. Und dazu kommt, daß eine österreichische Regierung so viel obdiele Aufgaben zu erfüllen hat, die verächtlichen „Staatsnotwendigkeiten“, daß sie eine dienftwillige, allezeit ergebene Majorität nicht entbehren kann. So pendelt der österreichische Staatsrat immer zwischen beiden Unmöglichkeiten: ohne die Deutschen ist in Oesterreich nicht zu regieren, mit ihnen allein auch nicht. Und das Problem, Czechen und Deutsche in einer Koalition zu vereinigen, ist noch lange nicht gelöst. Drei Minister nach einander sind an der Obstruktion gestorben; das jegliche kann wieder einen natürlichen Tod finden: den Mangel einer Majorität. Wer eine unmögliche Verfassung studieren will, hat an Oesterreich ein Musterobjekt.

## Deutsches Reich.

### Kaiserin-Politik.

Die lebhafteste Initiative, die Wilhelm II. im politischen Leben betätigt, findet man auch bei seiner Gemahlin Nachfolge. Die Kaiserin hat durch ihren Kammerherrn, den Freiherrn v. Mirbach, ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet, in dem sie in scharfen Worten das Verhalten der Stadtverordneten in kirchlichen Dingen rügt.

Unsere Leser finden den deutlichen Brief des Herrn Mirbach und die kluge Antwort, die ihm der Stadtverordneten-Vorsteher gewidmet hat, in dem Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung. Die Kaiserin beklagt sich, daß die Stadtverordneten das Kirchenbauen den Interessenten überlassen; sie äußert ihre starke Mißbilligung darüber, daß das Mitglied Dr. Preuß ein paar fromme Worte, sicher ganz ohne schlimme Absicht, scherzhaft verwendet hat; und da der Herr ausdrücklich als Lehrer der Universität bezeichnet wird, so ist es nicht ausgeschlossen, daß der neue Kultusminister darin einen Wink erblickt, den Kernsten vor seinen Richtersitz zu locken. Hedrigens berührt die heutige Empfindlichkeit gegenüber der spärlichen Anwendung biblisch-kirchlicher Sätze eigenartig. Als der orthodoxe Glaube noch allmächtig war, vergnügten sich die kirchlichen Leuchten selbst damit, Bibelprüche und Kirchenlieder zu parodieren. Auch ein Söder hat erst jüngst geäußert: „Wenn ich dies Wunder schauen will, so steht mein Geist vor Erfurt still“.

Endlich fordert der Mirbach'sche Brief noch die guten und treuen Elemente der Versammlung auf, sich nicht nur um das äußere Gedeihen der Stadt zu kümmern, sondern auch an der Besserung der vielen tiefen inneren Schäden, an denen die Reichshauptstadt krankt, zu arbeiten. Da die Kaiserin wohl nicht die durch das herrschende freisinnige Manchestertum hervorgerufene Mißwirtschaft meint, gegen die wir Socialdemokraten fortgesetzt ankämpfen, so handelt es sich offenbar auch hier um kirchliche Schäden, für die das Stadtparlament nicht kompetent ist.

Es ist kein Zweifel, daß das Eingreifen der Kaiserin in die kommunale Politik vielfach verstanden wird. Andererseits ist es vom Standpunkt der Gleichberechtigung der Geschlechter nicht unerfreulich, daß die Kaiserin das gleiche politische Interesse zeigt und betätigt wie ihr Gemahl. Und man kann schließlich auch gegen dieses persönliche Hervortreten nichts anderes einwenden — die sachliche Prüfung der Wichtigkeit der Beschwerde ist ja nicht vomüden — als jene konstitutionellen Bedenken, die auch gegen die unterantwortlichen Aktionen des Kaisers, die keine Deckung durch die verantwortliche Regierung finden, gerade von den Monarchisten häufig geltend gemacht worden sind.

### Das war schön.

Aus der Anwesenheit des Präsidenten v. Kröcher (Wingelberg), der gegen den Kanal gestimmt hat, bei der Legation des Grafen v. Saldern ist hier und da der Schluss gezogen worden, daß der Kaiser und die Regierung bezüglich der Kanalvorlage wohl jetzt einen etwas anderen Standpunkt einnehmen. Nun, da hat sich bei der Legation des Grafen v. Saldern, so erzählt die „Rhein-Westf. Ztg.“ ein kleines Ereignis zugetragen, das zeigt, daß der Kaiser bezüglich der Kanalvorlage ganz genau noch so denkt wie früher. Als der Kaiser die Strecke besichtigte, nahm ein Herr aus Dortmund (Hotelbesitzer daselbst) den Augenblick wahr, entblöhte das Haupt und rief mit weithin schallender Stimme:

„König's unserm Kaiser nun gelingen,  
Den Kanal bald durchzuführen,  
Damit zu Wasser und zu Lande,  
Komme deutsche Kraft und Wehr zu stande.“

Unser allergnädigster Friedensfürst, Kaiser Wilhelm II. und sein gesamtes kaiserliches Haus, Gott schütze sie, Gott segne sie! Sie leben hoch!

Der Kaiser war von dieser Ovation freudig überrascht, er lächelte vergnügt und sagte dann: „Das war schön.“ Die Anwesenheit des Herrn v. Kröcher erklärt sich, daß Wingelberg nicht bei der Legation liegt.

Während also Herr v. Kröcher nur als Zufalls-gast des Kaisers angesehen werden darf, und die Hofacht über die Kanalvorlage fort-dauert, labet sich Herr v. Miquel mit Fleisch gerade die ersten Führer der Junterrevolte zu Gast. Am Mittwoch veranstaltete Miquel ein parlamentarischer Diner, das durch die Anwesenheit der vorzüglichsten Kanalgegner ausgezeichnet war: Graf Limburg-Stürum, Graf v. Lindow und ähnliche Herren.

Das war nicht schön, Miquel! —

In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurden die Ausschussberichte über den größten Teil des Etats genehmigt, desgleichen des Ausschussbericht über den Entwurf des Etats für das Schutzgebiet Kantschau für 1900.

**Flottenwahn und Einfuhrverweigerung.** Die „Kreuzzeitung“ widmet den Flottenplänen ihre lauwarme Anerkennung, meint aber, die benötigten Milliarden dürften nicht durch Anleihen aufgebracht werden. Die Kosten müßten vielmehr durch neue Steuern aufgebracht werden, und das sei nicht möglich ohne den Schutz der Landwirtschaft. Der Schutz der Landwirtschaft aber könne — deutet das Organ an — nur durch so hohe Lebensmittelpreise bewirkt werden, daß eine Einfuhr vom Ausland unmöglich wird.

Flottenpläne, Zuchthausvorlage, Brotwucher — das ist das holde Dreigestirn, unter dessen Glanz Deutschland über die ganze Welt zu leuchtet.

**Wismarck-Beschlaf,** Moritz Busch, ist gestorben. Er war jahrelang der Hauptredaktionschef für die Wismarcksche Zeitung. Damals wurde er von der bürgerlichen Presse als

ein großer Mann und als der berühmte Interpret des Heros gepriesen. Als er dann nach Wismarcks Tode erst englisch, zuletzt deutsch die wirtlichen Memoiren des Kanzlers herausgab, die den Gewaltigen in all seiner Brutalität häßlich darstellten, schimpften dieselben Leute auf den erbärmlichen Nichtling, den indolenten Kammerdiener, den unsäglichen Tropf und gewissenlosen, geldgierigen Leichenschänder und Leichenschänder.

Moritz Busch hat die Wismarck-Legende hauptsächlich mit verbreiten helfen — das war seine Schuld. Er hat am Ende seines Lebens diese Legende wieder zerstört — das war die Sühne.

Geboren war Busch 1821. Er redigierte zeitweilig die „Grenzboten“, und diente seit 1870 als Wismarcks Geistes-Adjutant. 1878 erschien sein weitverbreitetes Buch „Graf Wismarck und seine Leute“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmet — das ist das Lob des Schönen auf der Erde — dem einst in ihren Gefilden so einflussreichen Mann ein paar verdiente Zeilen im vermissten Teil. Er ist für sie nicht einmal mehr das „Bischöfen“.

**Verbotenes Christentum.** Aus Stuttgart wird gemeldet, daß der zur Socialdemokratie übergetretene, übrigens nicht mehr amtierende Pfarrer Blumhardt infolge einer Aufforderung des evangelischen Konsistoriums freiwillig auf Titel und Qualifikation als Pfarrer verzichtet habe.

Christliche Pfarrer dürfen eben keine christlichen Anschauungen haben, noch weniger die notwendigen Folgerungen aus ihnen ziehen.

**Die Auflösung der Tischler-Zwangsgewinnung zu Köln** wurde in einer von über dreihundert Tischlermeistern besuchten Generalversammlung mit 270 gegen 36 Stimmen beschlossen. Wesentlich ist in Köln vor einiger Zeit auch die Schuhmacher-Zwangsgewinnung geschlossen worden. Voraussichtlich werden noch andere Zwangsgewinnungen in Kürze folgen. Es ist traurig, daß man gerade in dunklen Köln den Nutzen der Zwangsorganisation des Handwerks nicht einsehen will.

**Karlsruhe, 16. November.** (Privattelegramm.) Die heutigen Wahlen der Landtags-Abgeordneten durch die Wahlmänner ergaben weitere Verluste der Nationalliberalen. Die Kammer wird künftig aus 29 Nationalliberalen, 23 Ultramontanen, sieben Socialisten, 7 Freisinn-Demokraten, je einem Konservativen, Bauernbündler, Antisemiten, Wilden, bestehen. Genosse Luz unterlag in Karlsruher-Land mit nur drei Wahlmännern weniger dem konservativen Kandidaten.

**Schlestadt, 16. November.** Antisches Resultat der am 12. d. M. im 6. Elz-Lothringischen Wahlkreise stattgehabten Reichstags-Wahl: Von 10 922 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Dr. Sonder-scheer (Merikal) 7124, Durion (liberal) 2070, Bezoffier (Soz.) 958, Korunnann (liberal) 739 Stimmen. Dr. Sonder-scheer ist somit gewählt.

Die früheren Mittelungen des Wolffschen Telegraphenbureaus enthielten mithin einige Irrtümer.

## Ausland.

### Die Pest.

**Konstantinopel, 15. November.** Für die Provenienzen aus Bougie und Philippeville in Algerien ist eine zehntägige Quarantäne, für diejenigen aus Triest ärztliche Untersuchung angeordnet worden.

**Triest, 16. November.** Infolge der von Griechenland angeordneten Quarantäne für die Herkunft aus Oesterreich-Ungarn wird die Verschiffung der griechischen Häfen auf allen von Triest ausgehenden Kanaltlinien des östreich-schen Lloyd's eingestellt.

**Neu York, 16. November.** („Frankfurter Zeitung.“) In Brasilien sind an einigen Orten in der Nähe von Rio de Janeiro Pestfrankungen vorgekommen.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 16. November.** Abgeordnetenhauss. Zeller erhebt Einspruch gegen den in der letzten Sitzung von Javoroff gestellten Antrag auf Zuweisung der Ausgleichsvorlagen an den Ausschuss ohne eine erste Lesung. Der Präsident erklärt, daß die Ausgleichsvorlagen dem Ausschuss noch nicht zugewiesen worden sind, weshalb es dem Hause freistehe, eine erste Lesung vorzunehmen oder darauf zu verzichten. Das Haus geht dann zur Tagesordnung über, nämlich zur Debatte über die Exzesse in Wäraden. Der Socialdemokrat Kieger hält in der Angelegenheit die Schlußrede. Er greift die Polizei heftig an, welche bei Exzessen planlos in die Menge hineinreite.

**Budapest, 16. November.** Die Unabhängigkeitspartei ist entschlossen, jede Erhöhung der Quote auf dem Wege offener Obstruktion zu bekämpfen.

### Frankreich.

**Paris, 15. November.** Die Ermordung der zwei französischen Offiziere in Kwangtschau wird als vereinzelter Fall angesehen. Admiral Courtesolles hat sich der benachbarten Dorfschaften bemächtigt. Die Verhandlungen betreffend die Abgrenzung der französischen Konzession werden fortgesetzt.

### Komplottprozess.

**Paris, 16. November.** Der Vorsitzende Fallières beginnt mit der Vernehmung Buffet's. Ohne die Fragen des Vorsitzenden abzuwarten, legt Buffet mit großer Ausführlichkeit seine Grundsätze dar. Er versichert, es könne von einem Komplott nicht die Rede sein, auch hätten die Royalisten keine Beziehungen zu den anderen Egen. Buffet spendet dem Herzog von Orleans großes Lob und erklärt, der Herzog habe niemals daran gedacht, zu konplottieren und sei den verschiedenen royalistischen Annäherungen fern geblieben. Verurteilen Sie und, so schließt Buffet, wenn Sie wollen, aber die Volkstimme werden Sie dadurch nicht treffen! In Beantwortung verschiedener Fragen des Vorsitzenden erklärt Buffet dann, daß er stets für die Wieder-aufrichtung des Königtums seine Kräfte einsetzen werde und macht weiter einige nähere Mitteilungen bezüglich seiner Besuche bei dem Herzog von Orleans.

Der Prozess Josa, der nächste Woche stattfinden sollte, ist vom Schwurgericht's-Vorsitzenden vertagt worden; man mut-maßt, der Prozess solle überhaupt aus der Welt geschafft werden.

### Afrika.

Aus Kairo berichten „Daily News“ vom Mittwoch: Von Om duman ausgesandte Spione bestätigen, daß der Khalif auf die Stadt vorrückt. Verschiedene britische Offiziere gehen im Laufe dieser Woche von Kairo zur Front ab. Ferner ist beschlossen worden, eine Abteilung Seaforth's-Regiment nach Khartoum zu senden.

## Parlamentarisches.

**Petitionen.** Dem Reichstage ist eine Anzahl von Petitionen zugegangen, darunter folgende von allgemeinem Interesse. Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller bittet den Reichstag, dahin zu wirken, daß, imbedacht der verfassungsmäßigen Vorschriften, Sonderrechte von Bayern und Württemberg, Postverzeichnisse mit Geltung für das gesamte Gebiet des Reiches eingeführt werden. — Der Bund deutscher Frauenvereine bittet um Erlass eines Vereinsgesetzes, in welchem den Frauen der Zutritt zu politischen Vereinen und Versammlungen gewährt wird. — Der

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, die Haupttreiber des Zucht-hauswesens, befürtwortet gesetzliche Bestimmungen, welche unter „besserer Gewählleistung“ der den Arbeitern gewährten Koalitions-freiheit (natürlich) Auswähle derselben beizubringen und sowohl Arbeitwilligen als auch den Arbeitgeber den nötigen Schutz ge-währen. — Die Orts-Krankenkasse zu Dresden ersucht den Reichs-tag, dem auf gesetzliche Festlegung der freien Werkstattwahl und Honorierung der ärztlichen Einseitigkeit gerichteten Bestreben des Deutschen Werkvetages die Genehmigung zu versagen. — 34 623 Interessenten bitten dringend um Erlass eines „Sonntageses“ zum Schutze der Produzenten und Konsumenten.

## Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahl.** Wie wir gestern bereits melden konnten, wurde bei der Stadtverordnetenwahl in Magdeburg der seines Mandats verlustig erklärte Majestätsbeleidiger Genosse Albert Schmidt wieder-gewählt. Die Wahl stellt sich aber überhaupt als ein großer Erfolg der Partei in Magdeburg dar. Es waren drei Mandate zu be-sehen, von denen die Partei bisher nur eins, das von Schmidt vertretene, inne hatte. Jetzt eroberte die Partei alle drei Mandate. Gewählt sind danach Schmidt, Richter und Haupt. Schmidt erhielt mit 1080 die meisten Stimmen, während die größte Stimmenzahl der ver-einigten Gegner 1426 beträgt.

In Trösta (Oberfranken) errangen unsere Genossen im ersten Wahlgange fünf Siege im Gemeindefolge.

**Ueber den Parteitag** berichteten in Frankfurt a. M. die Genossen Gerhold und Trompeter, worauf diese Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitages und mit der Haltung der Frankfurter Delegierten. Sie sieht nach wie vor auf dem Boden des alten Programms und der bisherigen Taktik und erklärt sich in dieser Beziehung vollständig mit der Resolution Debel einverstanden.“

Eine Billigungsresolution wurde auch in einer Parteiver-sammlung in Mannheim einstimmig angenommen, während die Partei-genossen in Bernigerode den Bericht ihres Delegierten ohne Widerspruch zur Kenntnis nahmen.

In den Parteiver-sammlungen zu Briesen und Ebers-walde erstattete der Delegierte G. Stein aus Briesen Bericht. In beiden Versammlungen wurde die Resolution Debel einstimmig anerkannt.

### Politisches, Gerichtliches usw.

— Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz wurde in Werdau in Sachen der Genosse Schmidt zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte, einer aus der Praxis entstandenen Uebung folgend, zu einer Versammlung auf eine frühere Zeit eingeladen, als wie die Anzeige an die Behörde angab, weil das sächsische Vereinsgesetz keine Stundung für die Eröffnung der Versammlung festsetzt. Seit einigen Jahren behandeln die sächsischen Gerichte diese Differenz in den Zeitangaben als Vergehen gegen das Vereinsgesetz, obwohl selbst ein von einem Verwaltungsbeamten stammender Kommentar die Sache als zulässig bezeichnet. Deshalb wurde auch Schmidt verurteilt.

— Genosse G. Gärtner in Nürnberg erhielt vom Amtsgericht Würzburg ein Strafmandat auf 75 M. Geldstrafe, weil er als Redacteur der in Würzburg erscheinenden „Freie. Tribune“ ver-schiedene Sozialistische Verfassungen, die sich mit dem Streik in der Balkanischen Brauerei in Schweinfurt beschäftigten und „grober Unfug“ sein sollten. Der dagegen erhobene Einspruch wurde ver-worfen. — In der „Freie. Tagespost“ hatte Gärtner den Gutenberg-bund eine „Streikbrecher-Organisation“ genannt, wodurch sich der Sekretär des Bundes in Barmen beleidigt fühlte. Das Schöffengericht Barmen verurteilte Gärtner zu 80 M. Geldstrafe.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 16. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Ich habe von dem Oberpostmeister Herrn v. Mir-bach folgenden Brief bekommen:

Kabinet Ihrer Majestät Potsdam, den 6. Nov. 1899.  
der Kaiserin und Königin.

An den Stadtverordneten-Vorsteher  
Herrn Dr. Langerhans, Hochwohlgeboren  
Berlin.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben zu Allerhöchst-Ihren Geburtstage die Glückwünsche der Stadtverordneten erhalten und mich allergnädigst beauftragt, Euer Hochwohlgeborenen zu erwidern, Allerhöchst Ihre Dank zu übermitteln. Wenn die Stadtverordneten in ihrem Schreiben der Freude und dem Danke Ausdruck geben, daß Ihre Majestät im Dienste der werth-vollen Liebe das Gute und Edle fördern konnte, so weiß doch Ihre Majestät, daß die Erfolge nicht erreicht worden wären ohne die vielseitige Unterstützung zahlreicher treuer Bürger, Frauen und Jungfrauen weiter Kreise Berlins, durch deren opferbereite Thätig-keit außer reicher Hilfe für arme Kranke und Kollende, sich auch die kirchliche und seelsorgerische Versorgung der großen Massen-gemeinden glücklicher zu gestalten begonnen hat. Um so schmerzlicher sind aber Ihre Majestät davon berührt, daß der durch die entgegenkommende und verständliche Haltung der kirchlichen Behörden und des Magistrats zum Segen der Einwohner endlich angebahnte Ausblick zur Beseitigung der zwischen ihnen seit vielen Jahren bestehenden kirch-lichen Schwierigkeiten von einer großen Zahl der Stadt-verordneten nicht gefördert, sondern verhindert worden ist. (Lebhaftes Oho!) Auch haben Ihre Majestät mit tiefem Schmerz davon Kenntnis genommen, daß vor kurzem in Eurer Hoch-wohlgeborenen Anwesenheit in der Stadtverordneten-Versammlung ein Lehrer der Königl. Universität, ohne in gebührender Weise zurückgewiesen zu werden, heilige evangelische und biblische Trosteworte in einer Weise zum Spott benutzte, welche jede Sitte, vor allem aber das christliche Gefühl auf das tiefste verletzen mußte. Ihre Majestät hoffen, daß es mit der Zeit den guten und treuen Elementen gelingen werde, neben der Förderung des äußeren Blühens und Gedeihens, auch an den vielen tiefen inneren Schäden, an denen die Reichshauptstadt krank (Wiederholtes lebhaftes Oho!), die ver-jöhnende und besonnene Hand mit Erfolg anzulegen.

Auf Allerhöchsten Befehl  
gez. Freiherr von Mirbach.

Meine Herren! Auf die im zweiten Teil des Schreibens des Herrn Oberpostmeisters enthaltenen Ausführungen halte ich mich trotz meines Amtes für verpflichtet, zur Klarstellung der Sachlage vor der Öffentlichkeit nachfolgendes zu bemerken: Der von dem Gottes-häuser in Sache jeder einzelnen Religionspartei, nicht der bürger-lichen Gemeinde. (Sehr richtig!) Eine besondere Sonderpflichtung der Stadt zu Gunsten der evangelischen Kirchengemeinde wird aller-dings neuerlich aus der Württembergischen Konfessionsordnung von 1873 zu folgen gesucht, kann aber nach der Rechtsauffassung bei der städtischen Behörden, auch des Magistrats nicht anerkannt werden. (Zustimmung.) Große Schenkungen aber zu Gunsten einer einzelnen Religionspartei zu machen, kam eine Versammlung, welche die Interessen der Bürger aller Konfessionen gleichmäßig zu vertreten hat, nicht für berechtigt halten. Die darin liegende Zurücksetzung aller anderen Konfessionen würde, statt den Frieden zu fördern, nur Unfrieden und berechtigige Klagen hervorrufen. (Weiß!) Aus diesem Grunde hat meines Wissens der sogenannte Ausgleich, d. h. das Anstehen an die Stadt, die formelle Aufhebung jener Verpflichtung aus der absoluten

Konfistorialordnung durch eine Dotation an die evangelischen Kirchen-  
gemeinden von mehreren Millionen zu erlassen, allerdings keine  
Förderung erfahren. Allein unserer Ueberzeugung gemäß die  
Bürgerchaft zu vertreten, gebietet uns Stadtvorordneten  
Pflicht und Gewissen. (Weißall.) Was soeben noch die  
Eitate aus Bibel und Gesangbuch anbetrifft, welche jüngst ein Stadt-  
verordneter angeführt hat, so ist folgende in derselben Sitzung von  
zwei Seiten das Verlesende derselben gerügt worden. Auch hat der  
betreffende Stadtvorordnete alsbald nach jener Sitzung in einer weit-  
verbreiteten Zeitung öffentlich unter Namensunterfertigung sein Bedauern  
erklärt, in dieser Weise Anstoß hervorzurufen haben. Dies zur  
Klärung des wirklichen Sachverhalts in beiden Fällen, in  
betreff deren das Schreiben des Herrn Ober-Hofmeisters glaubt,  
der Stadtvorordneten-Versammlung Vorhaltungen machen zu dürfen.  
Damit gehen wir nun zur Tagesordnung über. (Redakter Weißall.)

Der Ausschuss für die Vorbereitung der Wahl eines un-  
solddeten Stadtrats für den ausgeschiedenen Stadtrat Kämpf ist  
gewählt und hat sich konstituiert. Mitglieder des Ausschusses sind  
auch Stadtv. Singer und Lollsdorf.

In den Ausschuss für die Schulartzvorlage ist an Stelle des  
verstorbenen Jacoby Stadtv. Bruns gewählt.

Ramens des Rechnungsausschusses berichtet Stadtv. Haag  
über eine große Anzahl von Rechnungen bzw. Jahresabschlüssen  
von städtischen Verwaltungen. Die Ausschussanträge auf definitive  
bzw. vorläufige Dechargierung gelangen ohne erhebliche Debatte  
zur Annahme.

Die Vorlage wegen Anrechnung außerordentlicher bzw. außer-  
preussischer Schulbienszeit auf das Besoldungs-Dienstalter bei  
groß Gemeindef-Schullehrern hat der betreffende Ausschuss  
in zwei Sitzungen beraten und schließlich angenommen. Den zwölf  
Lehrern sollen im ganzen 6818 M. nachgezahlt werden.

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Ausschussantrage bei.  
Der Abdruck des Lagerbuches der Stadtgemeinde für 1898  
wird zur Kenntnis genommen.

Der Etat für das Viehsteuern-Conto für 1900 wird  
en bloc genehmigt.

Zur nachträglichen Genehmigung legt der Magistrat der Ver-  
sammlung seine am 23. Oktober er. erlassene Bekanntmachung vor,  
durch welche für die Radwegweisung der Ueberder an den  
Warkgrafenmälern durch Hammerschläge verbotene  
Verfälschungen eine Verolohnung von 500 M. ausgesetzt  
wird. Gleichzeitig wird die Versammlung um ihre Einwilligung  
dazu ersucht, daß zur Erhöhung der Sicherheit und zur Erleichterung  
der polizeilichen Vernehmung die elektrische Beleuchtung der Sieges-  
allee zu einer „ganznächtigen“ ausgedehnt wird. Der jährliche Mehr-  
aufwand ist auf ca. 8862 M. veranschlagt.

Die Vorlage wird unverändert genehmigt.

Auf dem Grundstück des Friedrich-Wilhelms-Hospitals,  
Walladenstraße 37, soll an die vorhandene Anstalt ein neuer  
Flügel zur Aufnahme von 300 Siechen angebaut werden, um  
dem andauernden Mangel an Unterfluräumen in den Hospitälern  
und Siechenanstalten abzuhelfen. Der Bau ist auf 958 000 M. ver-  
anschlagt.

Stadtv. Wallach regt an, das Hospitalsgrundstück anderweitig zu  
verwenden und die dort vorhandenen Siechen in Krankenpflege zu geben.

Stadtv. Hermann beantragt aus denselben Gründen Einsetzung  
eines Ausschusses.

Stadtv. Rielenz erklärt die Verlegung für unthunlich.

Stadtv. Bruns: Ich möchte auch dringend bitten, daß die  
Hospitalitäten nicht in Privatpflege untergebracht werden. Vor längerer  
Zeit war in vielen Instanzen davon die Rede, daß ein großes neues  
Siechenhaus gebaut werden soll. Der Magistrat hätte alle Ursache,  
die Beschlußfassung darüber zu beschleunigen und für die Unter-  
bringung der Siechen zu sorgen. Durch den Anbau für 300 Betten  
wird keineswegs dem Bedürfnisse völlig Genüge geleistet.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Personen.  
Auf Zegeler und Dalldorfer Gebiet sollen zum Zwecke  
der späteren Errichtung einer weiteren städtischen Gasanstalt  
Ländereien zum Preise von rund 2800 000 M. erworben  
werden.

Die Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Zur Kenntnisnahme teilt der Magistrat den vom Polizei-  
präsidenten modifizierten Entwurf einer Polizeiverordnung  
zur Regelung der gewerblichen Beschäftigung schul-  
pflichtiger Kinder mit. Bekanntlich hatte der Magistrat die  
Beschäftigung von Kindern über 9 Jahren bis 8 Uhr abends zu-  
lassen wollen; der Polizeipräsident aber erklärt, daß  
die Zeit von 8 Uhr abends bis 1/2 bzw. 3/4 Uhr morgens den  
selben seines Darfals nicht als Mindest-  
maß von Ruhe und Schlaf sichert, welches un-  
bedingt notwendig erscheint, daß deshalb schon von  
7 Uhr abends ab jede gewerbliche Thätigkeit unterlag werden müsse.  
Nach dem polizeipräsidenten Entwurf vom 8. Oktober sollten die  
neuen Vorschriften schon am 1. November er. in Kraft treten.

Stadtv. Rosenow beantragt Ueberweisung der Vorlage an  
den Ausschuss für den betreffenden Antrag Singer.

Stadtv. Singer: Ich freue mich, daß der Antrag auf Ueber-  
weisung an den bestehenden Ausschuss bereits gestellt ist. Der  
Gegenstand ist aber wichtig genug, um auch jetzt noch mit einigen  
Worten beleuchtet zu werden. Es ist doch ganz charakteristisch, daß  
der Polizeipräsident in Bezug auf die Anerkennung der Notwendigkeit  
des sozialen Schutzes schulpflichtiger Kinder auf einem höheren Stand-  
punkte steht als die Schuldeputation. Letzterer gereicht das wahrlich  
nicht gerade zum Ruhm. Ich stimme der Ansicht des Polizei-  
präsidenten vollständig zu, bin aber allerdings der Meinung, daß  
auch sein Entwurf in keiner Weise den bestehenden Verhältnissen ge-  
nügt. Die Gewerbe-Ordnung bestimmt, daß Kinder von 12-14 Jahren  
in Fabriken nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden dürfen  
und nur unter Nachweis des Bestehens der genügenden Schulbildung.  
Die Kategorie der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16  
Jahren darf täglich nicht länger als 10 Stunden beschäftigt  
werden. Was den jungen Leuten von 14 bis 16 Jahren in  
Bezug auf sozialen Schutz in der Arbeitszeit zugebracht  
ist, hält der Polizeipräsident mit der Schuldeputation  
schulpflichtigen Kindern gegenüber nicht für notwendig. Jedenfalls  
kann nach dem Entwurf ein Kind von 9-14 Jahren 11 und  
12 Stunden täglich beschäftigt werden (Zwischenruf des Stadtv.  
Sachs), nicht gewerblich, aber überhaupt, denn die Schulzeit muß  
mitgerechnet werden, wir können doch die 6 Stunden Unterricht nicht  
außer acht lassen. Es ist bedauerlich, daß wir überhaupt noch  
nötig haben, auf das Ungeheuerliche einer solchen Be-  
schäftigung hinzuweisen. Ebenso unzulänglich ist es, die  
völlige Befreiung von gewerblicher Arbeit auf Kinder  
unter 9 Jahren zu beschränken. Die Grenze dürfte, wenn überhaupt  
ein Unterschied gemacht werden soll, nicht unter 12 Jahren liegen.  
Bedauerlicherweise ist Herr Stadtschulrat Vertman heute nicht an  
seinem Platze, ich hätte gern meine neueren Informationen in seiner  
Wäkerei, die mir nach Namen und Wohnung  
bezeichnet sind, die Einrichtung herrscht, daß  
die Jungen, welche morgens vier Uhr mit  
dem Frühstück-Austragen beginnen, bereits  
abends vorher sich melden müssen und in den  
Betten der Wäkergesellen die wenigen Stunden  
der Ruhe, die ihnen in der Nacht vergönnt ist,  
zubringen. Das sind wahrhaft skandalöse Zustände, gegen  
die man nicht energisch genug protestieren kann. (Zustimmung  
und Widerspruch.) In einer Petition sollen die Wäkemeister  
nachzuweisen versucht haben, daß bei einem eventuellen Verbot die  
150 000 M. nicht mehr an die Eltern gezahlt werden könnten, die  
bisher dafür gezahlt seien. Wenn diese Zahlen stimmen, beweisen sie  
nur noch mehr für den sehr hohen Grad der Ausbeutung dieser  
Kinder. Der Wäkemeister soll ja nach Zeitungsnachrichten einer  
Wäkemeister-Deputation in Aussicht gestellt haben, daß eine solche  
Verordnung zur Erleichterung der Uebergangszeit wohl erst um 1. April  
1900 erlassen werden würde. (Unruhe.) Wer die Dinge nicht er-  
neut anhören will, kann ja hinausgehen. Glauben Sie, mir macht  
es Spaß, solche Dinge wiederholt vorzutragen? (Rufe: Ja.) Ich

würde sehr gern darauf verzichten, aber durch Ihre Jurufe betreiben  
Sie die traurige Notwendigkeit, diese Dinge hier vorzubringen.  
Ihre Sympathiebekundungen für unsere Vorschläge werden doch  
nicht etwa im September größer sein als im November?!

Stadtv. Rosenow: Auch wir halten diese Angelegenheit für  
äußerst wichtig und dringlich. Die gemachten Vorschläge sind auch  
nach unserer Meinung noch verbesserungsfähig. Gänzlich un-  
berücksichtigt geblieben ist in beiden Entwürfen die Beschäftigung  
der Kinder an den Theatern. An den königlichen Theatern werden  
Kinder während der Schulzeit beschäftigt.

Wäkemeister Kirchner: Es ist richtig, daß ich mit zwei  
Herren vom Wäkergewerbe gesprochen habe. Beide haben auf mich  
den Eindruck sehr anständiger Männer gemacht, die auch einsehen, daß  
Wakel geschaffen und Opfer dafür gebracht werden müssen.  
Der eine der beiden Wäkemeister hat noch als Sekundärer Vack-  
waren ausgetragen, ohne an seiner Gesundheit Schaden zu nehmen,  
und sein Sohn trägt noch heute als Realchüler mit Genehmigung  
des Direktors Vackwaren aus. Es zeigt sich hieraus, daß nicht  
bloß die Armen von der Sache betroffen werden. Die  
Zeitungsnachricht betr. den 1. April, beruht allerdings auf einem  
Irthum, ich habe thatsächlich vom 1. Januar gesprochen. Vor  
diesem Termin wird es damit nichts werden können, sollte es auch  
dem praktischen Grunde nicht, weil die Kinder gerade zur Weihnachtszeit  
ihre besten Einnahmen davon haben. Die Beschäftigung der Kinder  
bei den Theatern wird ja der Ausschuss auch zu prüfen haben. Ob  
die Berliner Bevölkerung so puritanisch ist, diese Beschäftigung ganz  
ausgeschlossen zu sehen, weiß ich nicht. Es ist in dieser Beziehung  
ganz besondere Rücksorge getroffen. Die königlichen Theater besitzen  
eine eigene Ballettschule. Bei den anderen Theatern muß stets ein  
Dispens der Schulbehörde für diese Beschäftigung erteilt werden.  
Wir wünschen auch, daß die Sache möglichst gefördert werde; die  
Entscheidung steht ja schließlich nicht bei der Versammlung, sondern  
bei der Polizeibehörde unter Mitwirkung des Magistrats.

Stadtv. Hugo Sachs stellt auch für seine Person und Fraktion  
fest, daß die Notwendigkeit einer Ausschussberatung anerkannt wird.  
Herr Singer erweise aber mit seinen Uebertreibungen der Sache  
keinen guten Dienst.

Stadtv. Spinoza: In der Versammlung findet sich sicher  
niemand, der an Wohlwollen und Teilnahme für die hier in Rede  
stehenden schulpflichtigen Kinder von den Herren Singer und  
Genossen übertrieben wird. Aber die Darlegungen des Herrn Singer  
sind starke Uebertreibungen und (mit starker Stimme:) davor müssen  
wir uns hüten!

Stadtv. Singer: Mit dem großen Stimmaufwand wird nichts  
bewiesen. (Oh! - Rufe.) Was habe ich denn übertrieben? Es kann  
doch auch in Ihren Augen keine Uebertreibung sein, wenn ich die  
Schulunterrichtsstände in die Beschäftigung des Kindes einrechne;  
sonst scheint es, wir verstehen gegenseitig unre Sprache nicht  
mehr. Spielt etwa der fünfjährige Schulunterricht bei der  
Beschäftigung des Kindes keine Rolle? Wer das glaubt, sieht auf  
einem pädagogischen Standpunkte, den glücklicherweise unsere Lehrer  
nicht einnehmen. Daß die Wäkemeister auf den Bürger-  
meister einen guten Eindruck gemacht haben, freut mich im  
Interesse der Herren Wäkemeister; wenn er uns aber von  
dem Frühstück austragenden Sekundärer erzählt, so hätte er sich doch  
auch vorherweisen sollen, wie alt dieser Herr als Sekundärer war.  
(Unruhe.) Es ist doch ein Unterschied, ob ein 16-, 17-jähriger junger  
Mann oder ein Kind von 9 Jahren Frühstück austrägt. Hier  
handelt es sich doch um Kinder unter 14 Jahren, und derartige Ver-  
gleiche sind darum hinfällig.

Die Magistratsvorlage wird darauf an den Ausschuss für den  
hierher gehörigen Antrag Singer verwiesen.

Die Vorlage wegen Festsetzung von neuen Bauflucht-  
linien vor dem Grundstücke Breitestr. 20 und 20a (Köllnische  
Rathaus), sowie wegen des Verkaufs der der Stadtgemeinde  
Berlin gehörigen, zwischen Scharnstraße, Breitestraße, Gertrauden-  
straße und Bettriplag gelegenen Grundstücke durch öffentliches Aus-  
gebot wird Stadtv. Deter in einem Ausschusse beraten.

Stadtv. Wallach hält das für unnötig, die Versammlung  
müsse ja um ihre Zustimmung zu dem Verkaufe doch erlaubt werden;  
event. solle man in den Magistratsantrag einen Vorbehalt betr. die  
erforderliche Zustimmung der Versammlung einschalten.

Auch die Stadtv. Rommeln und Jacobi sind für glatte  
Annahme der Vorlage.

Stadtv. Vörgmann weist darauf hin, daß ja gar kein Orts-  
statut bestche, wodurch der Akzent, für den sich besondere Vorteile  
ergeben würden, zu zwingen wäre, zu den Kosten etwas beizu-  
tragen. Würde dort ein freier Platz geschaffen, so gewinne der  
Grundbesitzer des Herrn Herzog ganz solothal an Wert und die Stadt  
bekäme doch keinen Pfennig. So gern man einen Platz an dieser  
Stelle auch sähe, er würde viel zu winzig sein, als daß man dafür  
diese Millionen dem betreffenden Grundbesitzer zum Opfer bringen  
sollte.

Stadtv. Deter zieht darauf seinen Antrag zurück.  
Die Vorlage wird nach dem Vorschlage Wallach angenommen.

Die „Patria“ auf hoher See in Brand.

Der Dampfer „Patria“ der „Hamburg-Amerika-Linie“, der  
sich auf der Fahrt von New York nach Hamburg befand, ist, wie das  
Londoner Blatt „Daily Graphic“ meldet, am Mittwoch von dem  
russischen Dampfer „Ceres“ in der Nordsee, zwölf Meilen von dem  
Nordhinder Feuerschiff, in Brand gefunden worden. Der  
Dampfer „Ceres“ fandte Boote aus, welche alle Passagiere, etwa  
150, an Bord der „Ceres“ brachten. Dieser Dampfer führte die-  
selben kurz vor Mitternacht nach Dover, wo sie auf den Dampfer-  
dampfer „Lady Vito“ übergesetzt und gelandet wurden. Unter  
den Passagieren befanden sich 6 Damen und 20 Kinder. Dieselben  
waren mit solcher Eile gerettet worden, daß sie meistens nur in  
Bettedecken gewickelt waren. Die Passagiere wurden in Sailors Home  
und in Hotels untergebracht.

Der „Daily Mail“ zufolge wurden die Passagiere der „Patria“,  
fast alles Amerikaner, gestern früh etwa um 6 Uhr auf Deck ge-  
rufen, wo sie erfahren, daß Feuer in der Ladung ausgebrochen sei;  
und da die Bewältigung desselben unmöglich war, erachtete es der  
Kapitän für ratsam, sie in die Boote zu bringen. Die Passagiere  
sagen aus, die Mannschaften hätten sich heroisch angestrengt, die  
Kammern zu bewältigen. Jedoch der unter der Ladung befindliche  
Leinwand machte durch das darin enthaltene Öl die  
Anstrengungen aussichtslos. Frauen und Kinder gerieten in  
große Angst, jedoch wirkte die Kaltblütigkeit des Kapitäns  
und der Mannschaft auf alle beruhigend. Die Boote waren bald  
ins Meer gelassen, wobei alles so ruhig und präzis wie bei  
der Parade zugeht. Da das Feuer schon die meisten Effekten der  
Passagiere vernichtet hatte, mußten Letztere sehr mangelhaft bekleidet  
einsteigen. Außer den Schiffsbooten wurden auch zwei zu Hilfe  
kommende Fischerboote besetzt. Die sodann herankommende „Ceres“  
nahm alle Passagiere auf. Kapitän und Mannschaft zogen es jedoch  
vor, so lange als möglich an Bord der „Patria“ zu bleiben, ob-  
gleich die Gefahr groß war, da der Schiffsdampf glühend heiß. Die  
Passagiere sagen, hofft der Kapitän, die „Patria“ irgendwo an  
Land zu bringen.

Weiter wird aus Hamburg berichtet:  
Bei der Direktion der „Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-  
gesellschaft“ eingegangene Nachrichten bestätigen, daß die Passagiere  
und die Mannschaft der in der Nordsee in Brand geratenen „Patria“  
in Sicherheit sind. Die „Patria“ wird von dem Dampfer „Aethesia“  
der „Hamburg-Amerika-Linie“ geschleppt. Es wird versucht,  
die „Patria“ nach der Elbe zu bringen. Die Passagiere  
befinden sich in Dover, die Mannschaft an Bord der „Aethesia“.

Dieser Schiffbrand ruft die Erinnerung wach an eine Katastrophe,  
die vor 41 Jahren einen Dampfer der „Hamburg-Amerika-Linie“  
betroffen hat. Im Jahre 1858 ist die „Austria“ auf der Fahrt  
nach New York mitten auf dem Ocean vom Feuer heimgesucht  
worden. Hunderte von Auswanderern gingen mit dem Schiffe  
entw. zu Grunde.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

### Evangelischer Arbeiterbund.

Am den Vorstehenden der Sektion II des Centralverbandes  
der Elektromonteur kam kürzlich ein Brief des Vorstehenden  
der Gruppe 12 des Evangelischen Arbeitervereins mit der Auf-  
forderung, die Sektion II der Elektromonteur möge sich dem Evan-  
gelischen Arbeiterverein, und zwar der Gruppe 12, anschließen. Dieses  
Schreiben wurde selbstverständlich abschlägig beantwortet. Der  
Verbandsvorstand glaubte nun die Sache damit erledigt; zum  
größten Erstaunen erhielten nun aber sämtliche Mitglieder der  
Sektion II folgenden hektographierten Brief:

Geachteter Herr!

Wie mir mitgeteilt wurde, ist die Sektion II des Central-  
verbandes der Elektromonteur in ihrer letzten Sitzung vom  
18. d. M. mit überwiegender Majorität einig ge-  
worden, dem Evangelischen Arbeiterverein, Gruppe 12, beizutreten.  
Ich lade Sie daher zu der am 27. Oktober 1899,  
abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 85, tagenden Ver-  
sammlung ein.

Ueber etwaige gewünschte Auskünfte ist der Unterzeichnete gern  
bereit.

Der Vorstand, J. A. Zwilling.

Das sind ja recht saubere Mittel, die da der Evangelische  
Arbeiterverein anwendet, um seine Kadres zu füllen. Recht be-  
zeichnend für die Glaubensstarken „Evangelischen“ ist die kleine,  
sagen wir „korrektur“ der Ablehnung in eine Zustimmung mit  
„überwiegender Majorität“. Um so schlimmer für die „Christlichen“,  
als ihnen diese kleine „Schlebung“ ja doch nichts nützt.

### Deutsches Reich.

Bei dem Streik der Tischler der Firma Wandt u.  
Gershenberger in Frankfurt a. O. finden die Streikenden  
die Unterstützung auch der dortigen Kleinmeister. In einer Ver-  
sammlung, die von ca. 500 Personen, darunter eine große Anzahl  
Kleinhandwerker, besucht war, fand nachstehende Resolution Annahme:  
„Die Versammlung erklärt sich mit den streikenden Arbeitern der  
Firma W. u. G. in allen Punkten einverstanden. Die Anwesenden  
verpflichten sich, die Ausständigen moralisch und pekuniär so lange  
zu unterstützen, bis der Ausstand zu ihren Gunsten beigelegt ist.“

Zwanzig Italiener, die am Bahnbau von Wahrenrode  
nach Königs Wusterhausen beschäftigt sind, haben ihre Papiere zurück-  
gefordert, weil sie mit den dortigen einheimischen Arbeitern nicht  
zusammen arbeiten wollen, da diese die Löhne drücken. — So  
erfreulich die Handlungsweise der Italiener, so beschämend ist das  
Verhalten der betreffenden deutschen Arbeiter, von denen man im  
allgemeinen gewohnt ist, daß sie höhere Bedürfnisse haben, als die  
Italiener.

Mit einem Sieg der Arbeiter endete der Streik der Schuh-  
macher bei Gehmann in Wasing-Wünchen nach einer Dauer  
von 8 Wochen. Die Tarife werden in Zukunft in jeder Abteilung  
ausgehängt und Herr Gehmann hat auf Ehrenwort versprochen,  
weder Nachregelungen, noch eine Lohnreduktion vorzunehmen.  
Sollten später sich Änderungen notwendig machen, so verpflichtete  
sich Herr Gehmann, vorher mit der Agitationskommission des Vereins  
deutscher Schuhmacher und dem Arbeiterausschuss sich in Verbindung zu  
setzen. — Ein schöner Sieg der Arbeiter, der um so höher an-  
zuschlagen ist, als in dem achtwöchigen Kampfe nicht ein  
einziges Streikbrecher zu verzeichnen war und die sämtlichen  
Maschinen der Fabrik verwaist standen. —

### Ausland.

Der Streik der 208 Spinnerinnen der Firma Holm u. Söhne  
in Kopenhagen ist nun endlich aufgehoben. Die Frauen hatten  
eine geringe Lohnerhöhung sowohl für Tages- als für Accorarbeit  
verlangt, die damals, im Mai, abgelehnt wurde. Nun ist ein Ver-  
gleich zwischen der Firma und dem „Weiblichen Arbeiter-Verband“  
geschlossen, daß die Frauen 1,65-1,50 Rimmal-Tageslohn erhalten  
sollen. Auch für die Accorarbeit ist ein günstigerer Preisconrant  
ausgearbeitet. Sie werden etwa 2,10 per Tag verdienen können.  
Bezeichnend für die Verhältnisse in Kopenhagen ist, daß die  
108 Frauen zusammengehalten haben — sechs  
volle Monate lang — und sich nicht eine Streik-  
brecherin gemeldet hat!

Der eben beendete Buchbinder-Lohnkampf in Stockholm  
droht wieder aufzukommen. Es sind da ein paar Arbeit-  
geber, die sich durchaus nicht an die Beschlässe der Vereinbarung  
halten wollen. Bei einem sind sogar 7 Mädchen wieder entlassen,  
„weil sie am Streik teilgenommen haben“. Auch auf anderen Werk-  
stätten werden die Streikbrecher vertragswidrig nicht nur gehalten,  
sondern erlauben sich Anzüglichkeiten gegen die früheren Streikenden,  
obne daß die Meister es hindern. Der Buchbinderarbeiter-Verband  
hat beschlossen, dem Verein der Meister Vorstellungen zu machen.

## Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse  
hielt Montag, den 18. November, in Noabit Frau Jeyler einen  
Vortrag über: „Die Frau im öffentlichen Leben.“ Nach dem  
sehr lebhaften und anregenden Vortrage ließen sich eine Anzahl Frauen  
als Mitglieder in den Verein aufnehmen. Dem wurde bekannt  
gemacht, daß der nächste Vortrag Mittwoch, den 22. November, in  
den Arminkallen stattfindet. Herr Dr. Friedberg spricht über das  
Thema: „Welchen Schädigungen ist die Frau in ihrem Berufsleben  
ausgesetzt?“

Ein Wort für die Medizinerin. Zur Frage des medizinischen  
Frauenstudiums hat der an Stelle des verstorbenen Professors  
Dr. Wiemann für die Vorlesungen über Geschichte der Medizin an  
der Wiener Universität bestellte Dozent Dr. v. Löffel bei Eröffnung  
seiner Vorlesungen in folgender Ansprache an seine Zuhörerschaft  
Stellung genommen: „Es gereicht mir zur größten Freude,  
Hörerrinnen der Medizin hier begrüßen zu können. Ich erachte es  
für die größte Errungenschaft des zur Reife gehenden Jahrhunderts,  
daß Frauen sich dem Studium der Medizin zugewendet haben. Wer  
sich dem schwierigen Berufe, der leidenden Menschheit beizustehen,  
gewidmet, den werden wir begrüßen, sei er Mann oder Weib. Möge  
Ihnen, meine Damen, die Sie diesen Weg betreten haben, die Bahn  
möglichst leicht werden!“

## Sociales.

Zur Durchführung der Jubiläumsversicherung beschloß die  
gestern schon erwähnte Konferenz, die im Reichs-Versicherungsam-  
tag, daß die bisher in Gebrauch gewesen Doppelmarken nach dem  
1. Januar nicht mehr verwendet werden sollen und empfahl, daß  
diese Marken, soweit sie ausgegeben, aber noch nicht verwendet sind,  
gegen bares Geld eingelöst werden sollen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, welcher die Auslegung der Ver-  
sicherungen des § 48 Abs. 1 und 2 des Invalidenversicherungsgesetzes  
betraf, wurde unter anderem ausgeführt, daß die günstigeren  
Bestimmungen hinsichtlich des Höchstbetrages, bis zu welchem In-  
validen- und Altersrente auf der einen, Invaliden-, Pensionen,  
Wartegelder und ähnliche Bezüge auf der anderen Seite neben ein-  
ander zur Auszahlung zu bringen sind, auch auf diejenigen Renten-  
empfänger Anwendung zu finden haben, deren Renten bereits vor  
dem 1. Januar 1900 bewilligt und zum Ruhen gebracht sind.

Die Schulartzfrage. Die Stadt Wiesbaden hat über die Er-  
forderungen, die sie mit der Anstellung von Schulärzten gemacht hat,  
einen Bericht an das Kultusministerium eingereicht und sich in  
diesem Bericht sehr günstig über die Einrichtung ausgesprochen. Der  
Kultusminister hat den Bericht den städtischen Kommissaren als  
Material überwiesen.

# Veranstaltungen.

**Eine Volksversammlung**, von der Vertrauensperson der socialdemokratischen Frauen und Mädchen einberufen, tagte am Mittwoch in Sieberts Saal. Die bisherige Vertrauensperson, Frau Wengel, erstattete den Bericht über ihre Tätigkeit. Derselbe erstreckt sich auf die Zeit vom 18. Oktober d. J. bis 18. November d. J. Die Einnahmen betragen 1235,57 M., die Ausgaben 1224,42 M., bleibt ein Bestand von 11,15 M. In der angegebenen Zeit fanden 19 Versammlungen, darunter acht größere Volksversammlungen statt. Weiter bemerkte die Rednerin, das System der weiblichen Vertrauensperson funktioniere nicht besonders gut, weil es durch die Gewissenshaftigkeit nicht genügend unterstützt werde. Die Frauen müßten dahin wirken, daß die Einrichtung der weiblichen Vertrauensperson zu derselben Bedeutung gelange, wie die der männlichen. Auf Antrag der Revisorinnen wurde Frau Wengels Decharge erteilt. Einstimmig wurde hierauf Ottilie Baader als Vertrauensperson gewählt. Sie nahm das Amt an mit dem Wunsche, daß ihr aus den Reihen der Parteigenossinnen die erforderliche Unterstützung ihrer Tätigkeit zu teil werde. Insbesondere erwarte sie, daß auch die Frauen in den Vororten Vertrauenspersonen wählen, damit nicht auch die ganze auswärtige Agitationsarbeit von der Berliner Vertrauensperson geleistet werden müsse.

Nunmehr hielt Frau Emma Jhret einen Vortrag über die Frau in der Socialdemokratie. Sie führte aus, das Bestehen einer besonderen Frauenagitation innerhalb unserer Partei sei nicht, wie unsere Gegner meinen, ein Beweis von einem zwischen Frauen und Männern bestehenden Gegensatz, sondern eine besondere Agitation unter den Frauen sei notwendig, so lange unsere Gesetzgebung den Frauen die politischen Rechte verweigert. Dasselbe habe den Zweck, die Frauen aufzuklären und zu Kampfbereitschaft im Befreiungskampfe des Proletariats heranzuziehen. Die Rednerin schilderte die elende Lage der Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft und schloß mit dem Hinweis darauf, daß die Frauen nur durch die Socialdemokratie und gemeinsam mit derselben ihre Erlösung aus wirtschaftlichem und politischem Joch zu erwarten haben. — Eine Diskussion folgte dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage nicht.

**Die Marmor- und Granitarbeiter** tagten am Mittwoch im Englischen Garten. Gershenberger referierte über die nach der erfolgreichen Lohnbewegung einzuschlagende Taktik. In den Vertreten, die früher schon zu den unsicheren gehörten, seien auch jetzt wieder Abzüge und Unregelmäßigkeiten eingetreten. So hätten die Unternehmer Pache, Weihenstephan und Schneider, Warenunterstütze, den Tarif nicht innegehalten, obgleich sie ihn unterschrieben hätten. Schneider wolle allerdings den Tarif zahlen, wenn ihn die gemischte Kommission verurteile. Vorläufig mache er Ausflüchte; im Tarif seien Druckfehler und ähnliches, was er, wie er eingefunden, nicht aufrecht erhalten könne. Da eine solche Durchbrechung des Tarifs verhängnisvoll werden könne, solle mit allen Mitteln gegen derartige Firmen vorgegangen und sie eventuell vor das Gewerbegericht gezogen werden. Da nun viele Kollegen, die sich während der Bewegung der Organisation angeschlossen hätten, sich jetzt zurückziehen scheinen, beantrage die Kommission, daß diese nur dann eingreife, wenn die Mehrzahl der Werkstattmitglieder organisiert seien. Die Opfer, die von der Organisation gebracht werden, sollten auch nur für diese verwendet werden. Die folgenden Redner erklärten sich fast sämtlich gegen den Kommissionsantrag. Jeder Unternehmer werde dann versuchen, unorganisierte Arbeiter zu bekommen, die ohne Unterstützung den Tarif nicht fordern könnten. Auch sei es bei dem üblichen, häufigen Wechsel der Arbeitsstelle leicht möglich, daß Organisierte in solche vernachlässigten Werkstätten kommen. Jeder Unternehmer, der den Tarif unterschrieben habe und ihn nicht zähle, solle vor das Gericht gezogen werden, da dort zu Gunsten der Arbeiter entschieden werden muß, wie lässlich in einem ähnlichen Falle bei den Lederarbeitern. Ein Antrag, in allen Fällen einzugreifen, wo organisierte oder unorganisierte Marmorarbeiter die Kommission anrufen, wurde gegen 8 Stimmen angenommen. Die 5 Firmen, die noch nicht den Tarif zahlen, sollen zum Frühjahr verurteilt werden, ihn zu unterschreiben, damit sie nicht mehr als entschuldigendes Beispiel dienen können. Schroth beantragte, daß die Fragebogen über die beruflichen Krankheitserscheinungen nicht eingeholt werden. Von 100 ausgegebenen habe er erst 31 zurückbekommen. Auch wolle der Arzt nicht mehr abends die Untersuchungen vornehmen, sondern in seinen Sprechstunden. Nachdem Ritsche auf die Wichtigkeit der Untersuchungen hingewiesen hatte, deren Resultate zu Petitionen an den Reichstag, den Bundesrat und die Landtage bearbeitet werden sollen, damit eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit in dem äußerst gesundheitsgefährlichen Betriebe der Marmorarbeiter eingeführt werde, wurde beschlossen, die Frist der Untersuchung zu verlängern, nochmals Fragebogen auszugeben und die Untersuchung einem anderen Arzt zu übertragen. Zum Schluß wurde gesagt, daß manche Unternehmer Bauarbeit vielfach als schlechter gezahlte Möbelarbeit rechnen. Auch mit diesen Unternehmern soll nochmals verhandelt werden.

**Die Püker** hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung bei Keller, Köpenickerstr. 10. Nach dem Bericht, den Schulz erstattete, werden gegenwärtig die Arbeitsbedingungen, die durch den vierwöchentlichen Streik erkämpft worden sind, von einem Teil der Püker nicht innegehalten. Auf mehreren Bauten, darunter auch bei solchen Unternehmern, die die aufgestellten Forderungen ausdrücklich anerkannt haben, werden entgegen den Abmachungen noch die Löhne der Träger von den Püker bezahlt. Auch die Lampen werden in mehreren Fällen statt von den Unternehmern, von den Püker geliefert. Das Verhalten dieser Püker sei ein so bedauerliches, als die Konjunktur zur Zeit eine außerordentlich günstige ist und schon aus diesem Grunde dürfte es keineswegs schwer fallen, die erzwungenen Arbeitsbedingungen nach jeder Richtung aufrecht zu erhalten. Die Ergebnisse haben ergeben, daß insgesamt bisher 213 Arbeitgeber den Revers unterschrieben haben. Gegenwärtig sind auf 146 Bauten Püker beschäftigt, davon auf 16 Bauten, wo der Revers nicht unterschrieben ist. Nach einer längeren Diskussion, in der die jetzigen Arbeitsverhältnisse und insbesondere der Abschluß von Nebenverträgen eingehend behandelt wurden, gelangte folgende Resolution gegen 8 Stimmen zur Annahme:

„Die Versammlung hält daran fest, daß auch fernerhin bei allen Arbeitgebern der Revers unterschrieben wird. Auch verpflichten sich die Arbeitnehmenden, ihren mitarbeitenden Kollegen sowie der Kommission die mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Verträge vorzulegen. Jeder Püker hat streng darauf zu achten, daß dies geschieht. Ferner verurteilt die Versammlung das Verhalten aller derjenigen Kollegen, die noch den Pükerträger aus dem Accord bezahlen resp. bezahlen lassen, und fordert dieselben auf, dieses auf dem schnellsten Wege zu ändern. Außerdem verpflichten sich die Püker, überall, wo in der festgesetzten Arbeitszeit bei Licht gearbeitet werden muß, Lampen und Beleuchtungsmaterial vom Arbeitgeber zu verlangen, da dieses die Arbeitgeber in der stattgefundenen Sitzung anerkannt haben. Ganz besonders erachten es die organisierten Püker als ihre Pflicht, dafür zu wirken, daß die der Organisation noch fernstehenden Kollegen sich derselben anschließen.“

Ein Antrag, die besetzten Kommissionsmitglieder von drei auf zwei zu beschränken, wurde in Rücksicht auf die vielen und notwendigen Arbeiten, welche die Kommission noch auszuführen hat, mit großer Majorität abgelehnt. Als Delegierte zur Konferenz der Püker der Provinz Brandenburg wurden Fr. Schulz, Dähne und Kohl gewählt. Zu Revisoren für die Streikabrechnung wurde außer Landefeld und Buchermann Geradt gewählt.

**Die in der Buchbinderei und verwandten Betrieben** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Berlin) hielten am 7. ds. Mts. eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken an das verstorbene Mitglied, Frau Pieritz, durch Erheben von den Plätzen. Bräuner gibt bekannt, daß die Delegiertenwahlen zur Orts-

Frankenliste der Buchbinder am Sonntag, den 3. Dezember, von vormittag 10 bis nachmittag 3 Uhr, stattfinden und ersucht um recht zahlreiche Beteiligung an denselben. Hierauf hält Herr Rechtsanwalt Frankl einen interessanten Vortrag über den socialen Charakter des bürgerlichen Gesetzbuches. Das Sommerfest weist eine Einnahme von 1722,90 Mark, eine Ausgabe von 728,70 Mark, mithin ein Mehr von 994,20 Mark auf. Der Besuch der Urania wird mit einer Einnahme von 418,80 Mark, einer Ausgabe von 361 M., mithin einem Ueberschuß von 57,80 M. verzeichnet. Den ausständigen Buchbindern Stadtholms werden 100 M. überwiesen. Schumacher teilt mit, daß nach Verhandlungen mit der Firma Wegscheide der übliche Zuschlag für Ueberzeitarbeit von 33 1/2 Proz. bewilligt wurde. Desgleichen gelang es, bei Herrnmann den Arbeiterinnen den Minimallohn zu sichern.

**Die Tapezierer (Zentrale Süd)** nahmen in ihrer Mitglieder-versammlung vom 14. November Stellung zu dem wegen Aufhebung eines Kollegen ausgebrochenen Streik bei Brandt, Holmannstraße 28. Nach Entgegennahme des Berichtes über denselben von Seiten der Agitationskommission entspann sich eine sehr lebhaft debattirte über das Verhalten des Herrn Brandt in letzter Zeit gegenüber seinen seit Jahren bewährten Gehilfen und wurde von allen Rednern betont, daß hier unzweifelhaft eine Maßregelung eines Gehilfen wegen dessen Eintretens für die Kollegenchaft vorliege. Ebenso wurde das Verhalten einiger dort beschäftigter „Arbeitswilliger“ sehr abfällig kritisiert, die ihrem Versprechen, sich den Beschlüssen der Versammlung fügen zu wollen, nicht nachgekommen sind. Eine Resolution, in der das Verhalten der streikenden Kollegen als ein korrektes bezeichnet wurde, fand Annahme. Nach Erledigung einiger Arbeitsnachweis-Angelegenheiten schloß die von ca. 90 Personen besuchte Versammlung.

## Der Krieg.

### General Joubert tot?

Eine Depesche des „Reuterischen Bureau“ aus Durban vom Sonntag, den 12. d. M., nachmittags, meldet, daß dort das Gerücht vom Tode des Generals Joubert umlaufe. Nach einer weiteren Depesche aus Durban vom Abend desselben Tages befragt ein Telegramm der „Times of Natal“ aus Lorenzo Marques, General Joubert sei am Donnerstag, den 9. November, in der Schlacht gefallen.

Bestätigt sich diese Nachricht, so hätten die Boeren einen sehr schweren Verlust erlitten, denn Joubert, der den ganzen Feldzug geleitet hat, dürfte schwer ersetzbar sein.

Es geht aber auch das Gerücht, Ladysmith habe kapituliert, doch ist sicheres nicht bekannt. Die vorliegenden englischen Meldungen schildern vielmehr die Situation für die Engländer hoffnungsvoll. Sicherlich haben

### die Kämpfe um Ladysmith

die ganze letzte Zeit fortgedauert. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Pietermaritzburg vom 13. November gemeldet: Das West-Flank-Bataillon ist hier angekommen. Die Beschießung von Ladysmith dauert fort; heute früh wurde ein starkes Geschützfeuer gehört. Ein Panzerzug befindet sich gegenwärtig auf einer Reconnoiscierung in der Richtung auf Colenso.

Die „Daily Telegraph“ aus Esfontein vom 10. d. M. meldet, sollen die Boeren Mangel an Lebensmitteln haben und befürchten, daß die Vastosen sich erheben und Valler sie abschneiden könnten. Die Freikant-Boeren begeben sich in ihre Heimat zurück. — Man wird gut thun, diese Nachrichten vorläufig nicht zu glauben.

**Kapstadt**, 16. November. Die Meldungen aus Pietermaritzburg lassen nicht befürchten, daß eine Uebergabe von Ladysmith bevorstehe. General Buller erhielt die zuverlässige Meldung, daß General White die Stadt noch einige Tage halten könne.

### Englischer Nachschub und weitere Rüstungen.

**Kapstadt**, 16. November. Eine Armee von 3000 englischen Soldaten ist bereits nach dem Norden abgegangen. Die Truppen, welche in Durban zusammengezogen sind, treffen bereits Ende dieser Woche in Pietermaritzburg ein, und werden am nächsten Montag oder Dienstag vor Ladysmith angelangt sein.

**London**, 16. November. Die „Times“ melden: Vier erstklassige Kaplantendampfer sind gechartert worden, um die jüngst mobilisirte fünfte Division nach Südafrika zu schaffen. In den Werkschiffen und im Arsenal wird Tag und Nacht ohne Unterbrechung gearbeitet. Ganze Eisenbahnzüge mit Munition und Proviant werden täglich für Afrika eingeschifft.

### Letzte Meldungen.

**London**, 16. November. Die Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Pietermaritzburg von gestern früh 9 Uhr, wonach die Boeren einen gepanzerten Zug angegriffen haben. Ein Engländer wurde getötet, 16 verwundet.

**London**, 16. November. Das Reuterische Bureau meldet aus Pretoria vom 9. d. M., daß die Regierung von Transvaal eine Proklamation erlassen habe, nach welcher bestimmte Beamte für den allgemeinen und den militärischen Verwaltungsdienst sowie für den Schutz von Leben und Eigentum in den Territorien ernannt werden, die jetzt von den Truppen Transvaals besetzt sind. In der Proklamation heißt es, daß die englischen Staatsangehörigen durch dieselbe nicht berührt würden. Die Proklamation soll dadurch veranlaßt worden sein, daß in jenen Territorien mehrfach Plünderungen vorgekommen seien.

**London**, 16. November. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Esfontein vom 15. November 2 Uhr 30 Min. nachm. gemeldet: Am frühen Morgen machte heute ein Panzerzug mit 100 Mann eine Reconnoiscierung bei Chifley. Bei Beginn der Rückfahrt eröffneten die Boeren, welche Artillerieposten in vier Stellungen hatten, das Feuer auf den Zug. Zwei vor der Maschine befindliche Waggons entgleisten und stürzten um. Sobald die Soldaten in dieser Lage dem Feind die Stirn boten, richtete derselbe ein sehr heftiges Feuer gegen die entgleisten Waggons. Dieselben wurden unter großen Schwierigkeiten wieder aufgerichtet. Als der Weg frei war, fuhr die Maschine zurück. Mehrere Mann wurden getötet und verwundet.

**Durban**, 13. November. (Meldung des Reuterischen Bureau.) Eine Bestätigung des Gerüchtes vom Tode des Generals Joubert ist hier bisher nicht eingegangen.

**Esfontein**, 13. November. (Meldung des Reuterischen Bureau.) Die Boeren zerstörten die Eisenbahn, an einem Punkt ungefähr 4 Meilen südlich von Colenso. Man glaubt, daß die Wiederherstellung der Linie bald möglich sein werde.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Stadtverordnetenwahlen in Brandenburg.

**Brandenburg**, den 16. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den Stadtverordnetenwahlen in der 3. Abteilung glänzender Sieg. 5 Socialdemokraten gewählt. Socialdemokraten erhielten 2000 Stimmen, die Gegner 1100. Unser Besitz jetzt 11 Mandate.

### Oesterreichisches Parlament.

**Wien**, 16. November. (W. Z. V.) Stojan Slavisch-katholischer Klub bespricht die Sprachenfrage und erklärt, seine Parteigenossen wollen nicht Hammer und nicht Ambos sein und mit den deutschen Nachbarn wie Brüder leben. Hieraus folgt eine Reihe von thatsächlichen Verächtigungen, wobei von Rednern verschiedener Parteien die Attentatsfrage erörtert wird. Karreiß führt zahlreiche Zeugnisse gegen den Ritualmord an und schließt mit dem Wunsche, daß ein-

lich Frieden einleiten möge. Im weiteren Verlaufe der Debatte kommt es zu einer lebhaften Diskussion über die Vorfälle bei den galizischen Wahlen. Darauf wird die Dringlichkeit des Antrages Berner betreffend die Untersuchung der Vorfälle in Rähren beschlossen. Zu dem Antrage sprechen die Abgeordneten Schüder und Wyl, worauf Schluß der Debatte angenommen wird.

**Wien**, 16. November. (W. Z. V.) Nach längerer Debatte nimmt das Haus einen Antrag Schüder an, demzufolge ein Ausstoß eingeleitet werden soll zu Erhebungen darüber, ob und inwiefern bei den blutigen Vorgängen in Gratzky, Gollschau und Wjetin ein Verschulden oder eine Veräumnis der Regierungsorgane oder der autonomen Organe vorgekommen sei. Die nächste Sitzung findet morgen statt, auf der Tagesordnung stehen die Aufhebung des Zeitungspostens und die Anklagen gegen das Ministerium Thun.

### Französische Deputiertenkammer.

**Paris**, 16. November. (W. Z. V.) Unter großem Andrang des Publikums wird heute die Debatte über die Interpellation bezüglich der allgemeinen Politik der Regierung wieder aufgenommen.

Abbe Cahraud tritt für die Gewissensfreiheit ein und greift die Freimaurer festig an. Der Kriegsminister General Galliffet begründet wie in der letzten Sitzung die gegen den General Régnier ergriffenen Maßnahmen und schließt mit der Erklärung, daß er bereit sei, dem General Régnier sein Portefeuille abzutreten. (Beifall auf der Linken.) Als Galliffet die Tribüne verläßt, werden auf der Rechten und bei den Nationalisten verschiedene Rufe laut.

Nach einer Rede Wottes, welche einen heftigen Sturm unter den Socialisten hervorruft, da Wotte den Socialismus angegriffen hatte, bezieht Waldeck-Roussieu die Tribüne und führt aus, wenn die Lage geklärt sein werde, werde es Zeit sein, über die Programme zu beraten; gegenwärtig sei es noch Pflicht, daß alle Republikaner sich einigen in demselben Gedanken der Verteidigung und der Gemeinschaftlichkeit. (Beifall auf der Linken.) Keines der Mitglieder habe, als es in das Kabinett eingetreten sei, daran gedacht, etwas von seinen Ansichten aufzugeben (Beifall); die dringendste Gefahr sei die antirevolutionäre. Die Regierung verlange, daß man über ihre Handlungen und die eingebrachten Gesetzentwürfe ein Urteil fälle. Die Regierung werde dem Konordat Achtung verschaffen, werde aber niemals die Geistlichkeit, die Anhängerin des Konordats sei, mit den feind wachsenden und bedrohlicher werdenden gewissen Kongregationen vermengen. (Neuer Beifall auf der Linken, Protest auf der Rechten.) Waldeck-Roussieu schließt, indem er die eingebrachten Gesetzentwürfe rechtfertigt, und führt aus: Wir wollen eine Gesellschaft gründen, die stark genug sei, um die Rechte des Gewissens eines Jeden zu achten und die Achtung vor unseren Einrichtungen Jeden zur Pflicht machen, unser Programm kann als: Republikaner einigen. (Anhaltender Beifall.)

Am Schluß der Sitzung wurden 5 Tagesordnungen eingebracht, von welchen 3 gegen die Regierung gerichtet sind. Ministerpräsident Waldeck-Roussieu acceptiert folgende Tagesordnung Verlon: Die Kammer billigt die Handlungen der Regierung. Walter beantragt weiter folgenden Zusatz: „Die Handlungen zur Verteidigung der Republik.“ Auch diesen Zusatz acceptiert Waldeck-Roussieu. Die Tagesordnung wird dann mit 340 gegen 215 Stimmen angenommen. (Stufe auf der Linken: Es lebe die Republik.)

### Komplottprozess in Paris.

**Paris**, 16. November. (W. Z. V.) Im weiteren Verlaufe seiner Vernehmung bezeichnete Buffet die Kundgebungen in den Straßen als spontane und nicht organisierte, giebt indessen zu, daß er nach jeder derartigen Kundgebung an den Herzog von Orleans telegraphierte, um ihn davon in Kenntnis zu setzen.

### Unruhen in Kleinasien.

**Frankfurt a. M.**, 16. November. (W. Z. V.) Die „Pres. Ztg.“ erhielt von Dr. Veid folgende Depesche aus Erzerum vom 16. November: Es hat ein neuer Unfall armenischer Insurgentenbanden stattgefunden. Am 7. November durchzogen dieselben die Ebene von Maschgeret und um Mittag fielen zahlreiche Schiffe beim armenischen Orte Normanzug. Es handelte sich hauptsächlich um einen Angriff einer aus 60 Personen bestehenden Insurgentenbande auf die dortigen türkischen Bauern. Die Bande war ursprünglich über 100 Mann stark und sollte in zwei Parteien die russische Grenze passieren, nach Rusch marschieren und vom Gebirgsland Taloré, südlich von Rusch, ein armenisches Königreich, mit dem Bandenführer Seroz an der Spitze, ausrufen. Die Insurgenten bewaffneten die Bauern, töteten einen Derwisch, sowie dessen Bruder, außerdem viele andere Dorfsurden. Es erschienen dann etwa 20 Fußsoldaten, 20 Gendarmen und 8 Notabeln. Es folgte ein achtstündiger Gewehrkampf, wobei auf türkischer Seite einige Soldaten und Civilpersonen getötet und verwundet wurden. Auf der anderen Seite wurden 50 Insurgenten und bewaffnete Bauern getötet. Gegen Abend erschien Kavallerie und anderes Militär, worauf die Insurgenten ins Gebirge flüchteten. In Erzerum cirkulieren wilde Gerüchte über die Niedermetzelung von Armeniern in Chargnar und anderen Dörfern. Es ist aber alles erfunden. Die Ordnung wird überall aufrechterhalten.

**Köln**, 16. November. (W. Z. V.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Dem Palast nahestehende Kreise versichern, daß armenische Banden die türkische Grenze am Kaukasus überschritten hätten und nach blutigen Kämpfen von den türkischen Truppen zerprengt worden seien. Einheimische Armenier hätten die Fremden unterstützt, seien aber gewaltsam unterworfen und ihre Dörfer zerstört worden. Eine Bestätigung dieser Meldung fehlt noch. Der Gewährmann der „Köln. Ztg.“ argwöhnt, daß der Unfall vielleicht erfunden sei, um Zusammenstöße von türkischen Armeniern mit Truppen zu vermeiden.

**Wilhelmshaven**, 16. November. (W. Z. V.) Der Großherzog von Oldenburg spendete 100 Mark für die verwundeten Boeren.

**Leipzig**, 16. November. (W. Z. V.) Reichsgerichtsrat Kaufmann ist dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge zum Mitglied des kaiserlichen Disciplinarhofes an Stelle des zum Ober-Reichsanwalt ernannten Reichsgerichtsrats Döhrner ernannt worden.

**Hamburg**, 16. November. (W. Z. V.) Wie die „Hamburg-Amerikanische Paletfabrik-Aktien-Gesellschaft“ mitteilt, werden die Passagiere des Dampfers „Patria“ noch heute abend von Southampton mit dem Schnelldampfer „Kaiser Friedrich“ die Reise nach Hamburg fortsetzen.

**Dover**, 16. November. (W. Z. V.) Die Passagiere der „Patria“ haben sich nach Southampton begeben.

**Wien**, 16. November. (W. Z. V.) Die „Wiener Abendpost“ stellt fest, daß der Gesundheitszustand der Personen, die mit dem in Triest an der West verstorbenen Bootsmann des türkischen Dampfers „Pösis Rhylene“ in Verührung gekommen sind, ein vollkommen befriedigender geblieben ist; ein weiterer Pesterkrankungs- oder ein pestverdächtigter Fall ist in Triest nicht vorgekommen.

**Brag**, 16. November. (W. Z. V.) Heute demonstrieren antisemitische und ezechische Studenten wiederum gegen Professor Masaryk, wobei es in Hirsale des Professors zu einer blutigen Schlägerei kam. Masaryk verließ die Universität in größter Aufregung.

**Komorn (Ungarn)**, 16. November. (W. Z. V.) Das Urteil im Mociac Folterprozess lautete gegen den Schuldigen Szahs auf drei, gegen den Beamten Molnar auf 3 1/2 Jahre Kerker. Der Rotor Gödel erhielt ein Jahr und der Ortsrichter Czunzi vier Monate Gefängnis.

**Verona**, 16. November. (W. Z. V.) In der heutigen Nacht wurde hier ein starker Erdstoß verspürt, welcher eine große Panik hervorrief.

**Montevideo**, 16. November. (W. Z. V.) Die gefreggerten Körperkassen Uruguay haben die am 5. Juni d. J. in Berlin abgeschlossene Uebereinkunft, die den deutsch-uruguayischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vom 20. Juni 1893 wieder in Kraft setzt, angenommen.

Reichstag.

102. Sitzung vom 16. November 1899, 1 Uhr.

Von Tisch des Bundesrats: v. Pöblich, Graf Posa...

Die zweite Beratung der Novelle zum Postgesetz wird bei Artikel 2 fortgesetzt.

Ueber die einzelnen Ziffern dieses Artikels wird auf Vorschlag des Präsidenten gesondert verhandelt.

Ziffer I betrifft die Ausdehnung des Postregals und lautet:

Als § 1a des Postgesetzes wird folgende Vorschrift eingefügt: Die §§ 1, 27, 28, 30-33 dieses Gesetzes (Ausdehnung des Postregals) finden auch Anwendung auf verschlossene Briefe und solchen gleichmachende Briefe, die innerhalb der Gemeindegrenzen ihres mit einer Postanstalt versehenen Ursprungsortes verbleiben.

Dazu liegen vor: Antrag Hausmann (libd. Sp.), Müller-Sagan (fr. Sp.) und Gidhoff (fr. Sp.); Ziffer I zu streichen.

Antrag Mintelen (C.): Vor „innerhalb“ einzufügen: „im Nachbarortsvorkehr nicht.“

Abg. Mintelen (C.): Meine Herren, ich glaube nicht, daß jemand von Ihnen noch der Ansicht ist, daß die Reichspostverwaltung ohne die Konkurrenz der Privatposten jemals an irgend welche Verkehrsleistungen gedacht hätte.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

Die Post hat doch auch jetzt schon trotz der Konkurrenz der Privatposten erhebliche Ueberschüsse, pro Monat zwei Millionen mehr gegen das Vorjahr, das macht 24 Millionen im Jahr.

Der Herr Vorredner hat wohl den Kommissionsbericht nicht genau oder vielleicht unter einem nicht ganz zutreffenden Gesichtswinkel gelesen.

ich für ganz falsch. Diese Eingemeindung wird von Jahr zu Jahr notwendiger und wird vorläufig nur aus politischen Gründen noch hinausgeschoben.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich richte die Frage an die Bundesregierung: Was führt dazu, mit einem Verleht aufzuräumen, der sich als nützlich erwiesen hat?

Ich richte die Frage an die Bundesregierung: Was führt dazu, mit einem Verleht aufzuräumen, der sich als nützlich erwiesen hat? Erbringen Sie uns doch aus Herrn Dr. v. Stephan's Reden den Nachweis, daß er die Absicht hatte, die Privatpostanstalten aufzuheben.

Staatssekretär v. Pöblich: Diese Vorlage wie mein ganzes Verhalten in diesen 2 Jahren war darauf gerichtet, auf allen Gebieten eine Verbilligung herbeizuführen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Abg. Singer (Soc.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich vorhin auf wenige Bemerkungen beschränkt, aber die Ausführungen der Vorredner zwingen mich, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Sp.): Die Abstimmung ist ja nicht zweifelhaft, ich kann mir also viele Worte sparen.

Ziffer II, die von der Kommission gestrichen ist, lautet in der Regierungsvorlage:

An die Stelle des § 2 treten folgende Vorschriften: Die Beförderung von Briefen und politischen Zeitungen gegen Bezahlung durch expresse Boten oder Fuhrer ist gestattet.

Abg. D a s b a c h (C.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit der Abänderung, daß postzwangspflichtige Gegenstände durch Expresse nur 75 Kilometer weit vom Abendungsorte aus befördert werden dürfen.

Abg. D a s b a c h (Centr.): Die ausführlichen Darstellungen der Vertreter der Reichspostverwaltung über den großen Umfang der Vorbereitung der Zeitungen durch expresse Boten und den großen Einnahmeausfall, den die Postverwaltung dadurch erleidet, haben meine ursprüngliche Auffassung, daß der Expresdienst uneingeschränkt aufrecht erhalten werden muß, erschüttert, und ich bin bereit, in eine Einschränkung des Beförderungsdienstes durch expresse Boten zu willigen, aber nur in dem Umfange, den der von mir gestellte Antrag angeht.

Die ausführlichen Darstellungen der Vertreter der Reichspostverwaltung über den großen Umfang der Vorbereitung der Zeitungen durch expresse Boten und den großen Einnahmeausfall, den die Postverwaltung dadurch erleidet, haben meine ursprüngliche Auffassung, daß der Expresdienst uneingeschränkt aufrecht erhalten werden muß, erschüttert, und ich bin bereit, in eine Einschränkung des Beförderungsdienstes durch expresse Boten zu willigen, aber nur in dem Umfange, den der von mir gestellte Antrag angeht.

Staatssekretär v. Pöblich: Nachdem die Kommission die Ziffer II gestrichen hat, würde es bei den bisherigen Bestimmungen des Postgesetzes über die expresse Boten bleiben.

Abg. Dr. Dertel-Sachsen (L.): Der Herr Staatssekretär hat die Fassung der Regierungsvorlage richtig ins Wasser fallen lassen; da fühlte ich auch kein Bedürfnis, sie wieder herauszuholen.

Abg. Dr. Marcour (C.): Ich stehe ganz auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse und halte den Antrag Dasbach für unannehmbar.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Antrag Dasbach hat weder Hand noch Fuß. Auf der einen Seite giebt er der Postverwaltung, auf der anderen nimmt er ihr.

Abg. Dasbach (C.): Die Mehrheit der anwesenden Fraktionsgenossen hat für meinen Antrag gestimmt; ich hätte ihn sonst nicht eingebracht.

Damit schließt die Diskussion über Ziffer II.

Ziffer III ist von der Kommission unverändert angenommen. Sie lautet: als § 2a werden folgende Vorschriften eingefügt: Die Beförderung von verschlossenen Briefen im Ursprungsorte gegen Bezahlung durch Boten, welche weder die Einsummlung von Briefen, Karten, Drucksachen, Zeitungen und Zeitschriften oder Warenproben gewerbmäßig betreiben, noch im Dienste einer Privat-Beförderungsanstalt stehen, ist ohne die im § 2 vorgeschriebenen Einschränkungen gestattet.

Dazu liegt ein Antrag Mintelen (C.) vor, Ziffer III zu streichen.

Eine Besprechung findet nicht statt.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Mintelen ad I gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Die Abstimmung über die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

Die Disjunktion über Ziffer I. Die Abstimmung erfolgt erst nach der Beendigung der Debatte über den ganzen Artikel.

insbesondere auch, wenn sie durch die Post dort hin befördert werden, jedermann gestattet.

Die Landesgesetzgebung, betreffend die äußere Heiligung der Sonntags- und Feiertage oder betreffend die Verkehrsordnung, haben keine Anwendung.

Abg. Nitzsch (C.) bittet den Antrag der Kommission zu streichen, die noch gouvernementaler als die Regierung gewesen sei.

Abg. Singer (Soz.):

Der Beschluß der Kommission ist, wie ich hervorheben will, wesentlich erfolgt auf Grund von Äußerungen der Anstalten selbst. Sie haben vom geschäftlichen Standpunkt aus durchaus recht. Wird ihnen die Beförderung der geschlossenen Briefe genommen, so wird ihnen damit der Boden entzogen, auf dem sie empor gewachsen und gediehen sind. Soll reiner Fisch gemacht werden, dann können wir auch der Post sofort geben, was sie nach einer Reihe von Jahren doch von uns verlangt hätte. Die vorgeschlagenen Änderungen des Postgesetzes sollen ja der Postverwaltung die Mittel zu weiteren Reformen des Tariffs und zu einer besseren Entlohnung ihrer Beamten und Angestellten in die Hand geben. Wird das Verbot der Privatbeförderung nur auf geschlossene Briefe erstreckt, so wird die Gewöhnung des Publikums, ungeschlossene Briefe zu verschicken, die schon jetzt stark vorhanden ist, nur noch vermehrt. Dadurch aber werden die Interessen des Publikums selbst wesentlich beeinträchtigt. **Ungeschlossene Briefe flattern ja lediglich in den Papierkorb, und die Aufschriften, die ungeschlossenen verschicken werden, erfüllen beim Uebernahm der Druckschriften, die einem zugehen, dann nicht den Zweck, dem sie dienen sollen.** — Für uns ist drittens noch ein anderer Umstand wesentlich. Wir hoffen, daß die Post in kurzer Zeit dazu übergehen wird, für die Beförderung von Druckschriften den Tarif noch weiter zu ermäßigen, als gegenwärtig beabsichtigt ist. Zu der Kommission haben die Vertreter der Reichs-Postverwaltung amtlich zu Protokoll gegeben, daß für Berlin im Ortsverkehr das Posttarifporto auf 2 Pf. herabgesetzt und das Porto für Drucksachen und Warenproben etwa um die Hälfte ermäßigt werden soll. Aber diese Tarifermäßigungen genügen noch nicht. Geben wir der Postverwaltung die Möglichkeit, das ganze Gebiet des Verkehrs in die Hand zu nehmen, so wird sie bald noch weitere Ermäßigungen einführen können. Das sind unsere Motive und deshalb bitte ich um Annahme der Kommissionsanträge. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):

Meine Herren! mein Antrag ist veranlaßt worden durch das Verfahren der Reichs-Postverwaltung gegen den Verleger der „Medlenburgischen Volks-Zeitung“ in Rostock. Uebrigens ist die Angelegenheit geeignet, alle Zeitungen ohne Unterschied der Parteirichtung zu interessieren, da ja alle ein Interesse daran haben, ungehindert ausgetragen werden zu können.

Die „Medlenburgische Volks-Zeitung“ hat, wie viele andere Zeitungen, in verschiedenen Städten sogenannte Filial-Expeditionen. Der Expeditur sammelt in seinem Orte Abonnenten; der Verleger dagegen kennt die von dem Kolporteur gesammelten Abonnenten nicht; für die Zahlung der Abonnementsgelder ist ihm der Expeditur verantwortlich. Der Verleger in Rostock sendet etwa nach 40 Medlenburgischen Orten die Zeitung, entweder per Postpaket oder unter Kreuzband; wo sich dies Verfahren nicht lohnt, bestellt der Kolporteur die betreffende Anzahl Nummern der Zeitung bei der Post. Der Kolporteur trägt alsdann die Zeitung an seine Abonnenten aus. Dieses allgemein übliche Verfahren hat der Verleger der „Medl. Volksztg.“ seit Jahren geübt.

Nun ist ihm aber jüngst von der Postverwaltung in Schwerin eine Verfügung zugegangen, in der es heißt, das oben beschriebene Verfahren sei eine Uebertretung der §§ 1 und 2 des angezogenen Gesetzes, da die Zeitung vom Postamt des jeweiligen Filialortes bis zur Wohnung des Empfängers auf eine andere als die gesetzlich zulässige Weise, nämlich weder durch die Post noch durch Expeditoren befördert werde.

Meine Herren, das Postgesetz bestimmt nicht, daß die Beförderung einer Zeitung in einem Orte, zu dem sie durch die Post gelangt ist, ebenfalls durch die Post zu erfolgen hat. Unserer Ansicht nach kann die Weiterbeförderung durch jedermann erfolgen. Nach der jetzigen Kommissionsfassung des § 3 ist die private Beförderung abgedrückt durch Druckschriften oder Zeitungen verboten. Hier aber handelt es sich um ungedruckte.

Meine Herren, Sie sehen also, daß die Aufnahme einer Bestimmung gerechtfertigt ist, wonach abgesehen von diesen Privat-Anstalten, jedermann berechtigt ist, innerhalb seines Wohnortes Zeitungen, auch solche, die mit der Post nach dort hin gelangt sind, auszutragen. Nach meiner Meinung ist eine ordnungsgemäße Verbreitung des Zeitungsgeschäfts ohne Agenten in entfernteren Orten unmöglich. Ich möchte somit den Herrn Staatssekretär des Reichspostamts bitten, wie er sich zu dieser Frage des privaten Austrags der Zeitungen stellt. — Vielleicht wird er uns sagen, daß es ja freilich, Expeditoren zu nehmen, deren Verwendung gesetzlich erlaubt ist. Wir haben das auch früher getan; aber die medlenburgische Landesgesetzgebung hat im Februar dieses Jahres das Austragen von Zeitungen am Sonntag, und zwar während des ganzen Sonntags verboten. Dadurch ward uns unmöglich gemacht, unsere Zeitung durch Expeditoren austragen zu lassen. Zwar widerspricht meiner Meinung nach dieses medlenburgische Landesgesetz, das unter der Flagge einer äußeren Sonntagsheiligung gemacht ist, dem § 2 des Postgesetzes; ich fürchte aber, die Gerichte werden sich nicht auf diesen unseren Standpunkt stellen.

Der Reichstag hat sich schon einmal, nämlich im Jahre 1869, mit der Sache beschäftigt. Damals war eine liberale Zeitung, der in Hamburg erscheinende „Freisitz“, in Medlenburg am Ausgetragenwerden verhindert worden, obwohl die damalige medlenburgische Landespost den Postdebit dieser Zeitung angenommen hatte. Der medlenburgische Regierungsvorsetzer fand das Verbot des Austrags ganz berechtigt; der Reichstag aber stellte sich einstimmig auf den entgegengesetzten Standpunkt. Keinhilf liegen die Dinge ja hier. Ein medlenburgisches Landesgesetz will verhindern, daß jedermann Zeitungen austragen kann, was Artikel 3 der Kommissionsvorläufe sagt. Schon das Reichspostgesetz wollte die ungehinderte Verteilung der Zeitungen sicher stellen und sagte: Ihr dürft kein Landesgesetz bezüglich der Verteilung mehr erlassen, trotzdem thut das jetzt Medlenburg. Darin steht es allerdings nicht allein da. Es existiert eine Verordnung des Oberpräsidenten von Brandenburg vom 6. Oktober 1896, welche alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten am Sonntagen verbietet. Das Kammergericht hat entschieden, daß danach das Austragen von Druckschriften in bestimmte Häuser verboten und diese Verordnung trotz des Postgesetzes rechtmäßig sei; es sagt: Im vorliegenden Falle handelt es sich nicht um Verteilung von Druckschriften, sondern um die bei der Verteilung öffentlich bemerkbar gewordene Arbeit, nämlich das Herumtragen. Wie mag das Kammergericht es sich eigentlich vorstellen, daß man eine Zeitung verteilen kann, ohne sie herumzutragen? Während das Postgesetz also sagt: Ihr dürft kein Landesgesetz über die Verteilung machen, trifft trotzdem ein Landesgesetz Bestimmungen über das Herumtragen. Das sind meines Erachtens nichts als Sophismen, Auslegungen, an die der Gesetzgeber sicherlich nicht gedacht hat.

Die medlenburgische Verordnung segelt unter der Flagge: „Bestimmung über die äußere Heiligung der Sonntags- und Feiertage.“ In Wirklichkeit handelt es sich, wie hier im Reichstage anerkannt ist, dabei um die Einschränkung der oppositionellen Presse. Das haben medlenburgische Abgeordnete, insbesondere Herr von Malzan, auch offen zugegeben.

Der Verleger der „Medlenburgischen Volkszeitung“ wurde wegen Austrags seiner Zeitung am Sonntag auf Veranlassung der Wismarer Polizei auf Grund des Sonntagsgesetzes angeklagt, erhielt aber gleichzeitig die schon mitgeteilte Verfügung der Reichs-Postverwaltung. Wie kam das? Die Wismarer Polizei hatte die Post ersucht, gegen die Zeitung auf Grund des Postgesetzes vorzugehen, da sie fürchtete, auf Grund des Sonntagsgesetzes solle sich nichts machen. Die Reichs-Post leistete also der Polizei direkte Handlangerdienste, nur um die „Medl. Volksztg.“ in ihrem Betriebe

möglichst zu beeinträchtigen. Daß eine Reichsbehörde es auf Ersuchen der Polizei für angebracht findet, der Landesbehörde Hilfe zu leisten, um die Reichsgerichte möglichst außer Kraft zu setzen, das ist ein Verfahren, das der Reichstag entschieden mißbilligen und das ihn veranlassen sollte, den von uns vorgeschlagenen Zusatz anzunehmen. Es handelt sich bei ihm nicht etwa um Aufhebung der Sonntagsruhe. Die reichsgerichtlichen Gewerbebestimmungen über die Sonntagsruhe sollen vollständig in Kraft bleiben. Wir sind gewiß dafür, daß die Leute, die die Zeitungen austragen, auch ihre Sonntagsruhe genießen. Wohl aber muß verhindert werden, daß die Landesgesetzgebung Reichsgerichte außer Kraft setzt und es dahin bringt, daß die Freiheiten, die das Postgesetz für die Verbreitung von Zeitungen gebracht hat, auf Umwegen wieder aufgehoben werden. Deshalb bitte ich Sie, nicht nur den ersten, sondern auch den zweiten Teil unseres Antrages anzunehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Direktor im Reichspostamt Kräfte:

Nach den uns vorliegenden Berichten liegt der Fall der „Medlenburgischen Volkszeitung“ anders, als der Vorredner ihn vorgebracht hat. Wir haben es bisher stets zugelassen, daß die Zeitungen entweder durch Expeditoren oder durch selbständige Agenten vertrieben werden. In dem hier berregten Falle liegt die Sache nach der Ueberzeugung der Wismarer Postdirektion so, daß es sich nicht um einen selbständigen Agenten handelt, sondern um einen direkten Verkehr zwischen dem Verleger und den Verkäufern der Zeitung. Das ist das Ergebnis der postalischen Untersuchung, das uns mitgeteilt worden ist. Es ist uns weiter mitgeteilt worden, daß die Klage der Postdirektion in erster Instanz abgewiesen worden ist. Um die Sache principiell anzusehen, ist von uns Anweisung gegeben worden, an die höheren Instanzen zu gehen, wenn nicht etwa die thatsächlichen Voraussetzungen sich vor Gericht als irrtümlich erwiesen haben. Darüber ist mir noch nichts bekannt geworden. Den zweiten Teil des Antrags Albrecht bitte ich schon aus formalen Gründen abzulehnen. Die Gesetze und Verordnungen über die Heiligung des Sonntags haben mit dem Reichspost-Gesetz nichts zu thun, gehören deshalb auch nicht in das Reichspost-Gesetz hinein.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Bg.):

Der Regierungsvorsetzer hat die staatsrechtliche Seite des Antrages gar nicht berücksichtigt. Das ist aber die Hauptsache. Mit der Tendenz des Antrages sind wir einverstanden, aber die Abstimmung bitte ich bis zur dritten Lesung zu vertagen. Die Formulierung ist nicht so einfach. Es handelt sich hier um die Geltendmachung der sogenannten Kadeltsch-Politik, die zwar vertriebt, aber gar nicht ist. Außer den Landesgesetzen kommen auch die Landesverordnungen in Betracht. Es wird sich empfehlen, über die Formulierung des Antrages bis zur dritten Lesung eine Verständigung herbeizuführen.

Abg. Büsing (natl.):

Wie erscheint allerdings auch ein gesetzgeberisches Bedürfnis vorzuliegen, die hier aufgeworfene Frage zu regeln. Mit dem ersten Satz des Antrages bin ich einverstanden. Wir haben gehört, daß ein gerichtliches Verfahren schwebt. Ich würde es bedauern, wenn der Verlage schließlich Albrecht bekäme, denn es kam doch nur darauf ankommen, ob die Abonnenten mit dem Verleger in direktem Verkehr stehen, aber nicht darauf, ob der Agent auf eigene Rechnung oder auf Rechnung des Verlegers die Zeitung vertreibt. Dagegen kann ich dem zweiten Satz des Antrages nicht zustimmen, denn formell ist die medlenburgische Regierung berechtigt, eine Sonntagsverordnung zu erlassen. Die ganze Materie gehört nicht in das Postgesetz. Ich bitte, über den Antrag getrennt abzustimmen.

Abg. von Treuenfeld (konf. Hospitant):

erklärt sich gegen den Antrag in beiden Teilen. Es handelt sich thatsächlich um eine Durchbrechung des Postgesetzes. Dann wollen wir aber auch nicht den Sonntag durch ausdringliche Kolportage minderwertiger Drucksachen entbehrlichen lassen.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):

Ich bin nicht der Meinung des Abg. Büsing, daß die medlenburgische Regierung formell im Recht ist, wenn sie weitergehende Beschränkungen derjenigen Thätigkeiten vorzunehmen sucht, die eben bereits durch das Postgesetz geregelt sind. Höchstens die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung können solchen weiteren Beschränkungen unterliegen. Die Post hat aber mit der Gewerbe-Ordnung gar nichts zu thun. Es kommt aber nicht auf das formale Recht der medlenburgischen Regierung an, sondern darauf, ob der Reichstag der Meinung ist, daß, nachdem wir durch das Postgesetz festgelegt haben, daß in der That Expeditoren und nicht-Expeditoren innerhalb der Ortsgrenzen eine Zeitung austragen können; die Landesregierungen haben Bestimmungen erlassen, welche dem Geiste des Postgesetzes sicherlich zuwiderlaufen. (Sehr richtig! links.) Der Vertreter des Staatssekretärs hat uns hier mitgeteilt, die Oberpostdirektion in Schwerin sei der Ueberzeugung, daß an dem betreffenden Orte der Kolporteur nicht als selbständiger Unternehmer, sondern als Agent für den Verleger der „Medlenburgischen Volkszeitung“ vorgegangen sei. Nach den Berichten, die der Staatssekretär erhalten hat, mag das stimmen. Ich habe aber auch einige Einsicht in die Akten bekommen und zwar in die Originalberichte, die von Wismar nach Schwerin gekommen sind und kann nur hervorheben, daß darin berichtet ist, daß der betreffende Verleger keine direkten Beziehungen zu den Abonnenten habe. Weil dies der Fall ist, jagt der Postdirektor von Wismar, werden wir mit der Sache nicht durchkommen. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Die gegenteilige Ueberzeugung ist der Postdirektion erst dann gekommen, nachdem die Polizei in Wismar gegen die „Medlenburgische Volkszeitung“ vorgegangen ist. Ich kann weiter mitteilen, daß die Schweriner Ober-Postdirektion der Postdirektion in Wismar geschrieben hat, sie möge der Polizei in Wismar mündlich mitteilen, daß seitens der Ober-Postdirektion gegen die „Medlenburgische Volkszeitung“ gar nichts vorgegangen sei. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Ich möchte wissen, warum die Polizei Mitteilung von dem haben muß, was die Oberpostdirektion von Schwerin getan hat, wenn nicht ein Zusammengehen beider Behörden stattgefunden hat und die Postdirektion als Handlanger der Wismarer Polizei vorgegangen ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Mit der getrennten Abstimmung bin ich einverstanden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Marcou (C.) bittet die Abstimmung über den Antrag Albrecht bis zur dritten Lesung auszuschieben.

Staatssekretär v. Poddieff:

Der Herr Abg. Dr. Herzfeld hat ausgesprochen, daß die Postverwaltung der Handlanger der Polizei gewesen wäre. Ich weis nicht, wie er dazu kommt, die thatsächlichen Verhältnisse geben dazu jedenfalls keinen Anlaß. Warum handelt es sich denn eigentlich? Es erscheint in Rostock ein Blatt, wie ich glaube ein socialdemokratisches (Heiterkeit). Es wird verschickt nach Wismar und Güstrow. Eine der betr. Postdirektionen ist der Ansicht, daß keine Defraudation stattgefunden habe, die andere glaubt an eine Untertreibung. Wer nun recht hat, darüber hat nicht die Postverwaltung zu entscheiden, sondern das Gericht. Zu einer Erregung, als ob wir hier irgendwie Politik getrieben hätten, liegt absolut kein Grund vor. Solche streitige Sachen kommen doch häufig vor und können doch nur im Wege Rechts entschieden werden. — Was nun den zweiten Punkt anlangt, die Heiligung des Sonntags, so sind die ganzen Bestimmungen über die Sonntagsruhe Sache der Landesgesetzgebung. Es ist äußerst gefährlich, hier plötzlich die Gewerbe-Ordnung mobilisieren zu wollen in einer Postnovelle. Ich halte es auch für richtiger, die Sache bis zur dritten Lesung auszuschieben, da heute wohl keine Partei die Tragweite des Antrages erkennen kann.

Abg. Büsing (natl.) bittet gleichfalls, die Abstimmung bis zur dritten Lesung auszuschieben. Seine politischen Freunde würden den ersten Teil des Antrages stimmen, für den zweiten in der jetzigen Fassung jedoch einstweilen noch nicht.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Bg.) schließt sich diesen Erklärungen an.

Abg. Singer (Soz.):

Das richtige wäre doch, wenn die Parteien, die für unsern Antrag sind, jetzt auch dafür stimmen. Es bleibt Ihnen dann ja unbenommen, bis zur dritten Lesung sich über eine andere Fassung zu verständigen. — Was die letzten Äußerungen des Herrn Staatssekretärs anlangt, so hat es mir Freude gemacht, wieder einmal zu sehen, wie er es versteht, sich in der Pose des Wiedermanns zu zeigen. (Heiterkeit, Glucke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Herr Abg. Singer, es ist nicht zulässig, einem Mitglied des Bundesrats vorzuwerfen, daß es sich in der Pose des Wiedermanns zeigt. Das legt voraus, daß er kein Wiedermann ist, sondern nur eine solche Pose annimmt. Das ist nicht zulässig und deshalb rufe ich Sie zur Ordnung. (Heiterkeit.)

Abg. Singer (fortfahrend):

Ich nehme also die Pose zurück (Heiterkeit). Ebenfalls hat der Herr Staatssekretär versucht, von dem eigentlichen Streitpunkt abzulenken. Wir haben uns darüber beschwert, daß die Ober-Postdirektion in Verbindung mit der Polizei ihre Geschäfte betreibt, nicht aber darüber, daß sie dem Verleger einen Prozeß zugezogen hat.

Ich habe mich vorhin für die Annahme des Artikels 3 erklärt. Inzwischen sind Bedenken laut geworden, ob es bei der jetzigen Fassung des Artikels nicht möglich wäre, ihn zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, nämlich insofern als man vielleicht unter „Anstalten zur gewerblichen Einammlung u. s. w.“ auch Komitees verstehen kann, die sich zum Zwecke des Betriebs eines politischen Auslagegeschäftes — sagen wir Wahlen — zusammengefaßt haben und nun mit Aufschicht verschiedene Briefe verschicken. Ich zweifle nicht im geringsten daran, daß eine solche Auslegung absolut unzulässig wäre, und ich glaube, daß allseitige Uebereinstimmung darüber herrscht, daß durch den Artikel 3 nur verboten werden Anstalten, die die Einammlung von Briefen als Gewerbe, an dem sie etwas verdienen wollen, betreiben. Wie gesagt, ich glaube, daß alle Parteien mit dieser Auslegung einverstanden sind, es wäre mir aber sehr erwünscht, wenn der Herr Staatssekretär auch seinerseits diese Auffassung bestätigen würde.

Staatssekretär v. Poddieff erklärt sich mit den Ausführungen des Abgeordneten Singer einverstanden.

Hiermit schließt die Diskussion.

Präsident Graf v. Ballestrem erklärt, daß der Antrag Pachtke, die Abstimmung über den Antrag Albrecht bis zur dritten Lesung zu vertagen, geschäftsordnungsmäßig unzulässig ist.

Die Abstimmung über den Antrag Albrecht erfolgt sofort. Sie ist über die beiden Sätze eine getrennte.

Der erste Teil des Antrages Albrecht wird gegen die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen angenommen, der zweite Satz wird gegen Stimmen der Socialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt.

Hierauf wird der Artikel 3 nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Die weitere Beratung wird alsdann auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5/4 Uhr.

## Tokales.

**Achtung, 2. Wahlkreis.** Am Sonntagvormittag 7 1/2 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen, welche gewillt sind, daran teilzunehmen, werden ersucht, sich zahlreich in folgenden Lokalen einzufinden: Schulthes, Großbeerenstr. 18; Siebert, Großbeerenstr. 54; Quandt, Wellenallianzstr. 74; Reper, Hagelsbergerstraße 23.

**Dritter Wahlkreis.** Heute abend findet bei Mähring, Admiralstr. 18c, die Berichterstattung von der Parteikonferenz sowie vom Parteitage in Hannover statt. Der Vertrauensmann.

**In die Parteigenossen im fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis!** Der Wahlverein in unserem Kreise, die politische Organisation der Partei, zeigt nicht den Mitgliederzuwachs, wie es im Interesse einer wirksamen Propaganda unserer Ideen wünschenswert und notwendig wäre. Wir richten deshalb an alle fähigen Parteigenossen die ernste Mahnung, sich der Mitarbeit innerhalb der Partei nicht zu entziehen und die Organisation der Partei durch ihre Mitgliedschaft zu unterstützen. — Der Verein hat in folgenden Lokalen Poststellen errichtet, in welchen Mitglieder aufgenommen und Beiträge entrichtet werden können: Wendland, Marienburgerstr. 32, Richter, Neue Königstr. 90, Ansgich, Hirtenstr. 10, Ludwig, Landwehrstr. 11, Wittchow, Alleine Hamburgerstr. 27, Grünler, Johannisstr. 9, Jäkel, Moutoujouplatz 10, Reul, Barnimstr. 42, Spät, Weinstr. 28.

Freitag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Königsäle, Neue Königstr. 28, eine Versammlung statt, in der Stadtverordneter Dr. Curt Freudenberg über: „Die Prostitution als sociale Erscheinung und als Gefahr für die Volksgesundheit“ sprechen wird. Ferner wird in dieser Versammlung das Protokoll vom letzten Parteitag gratis verabsolgt. Der Vorstand.

**Achtung, Noabit!** Die Parteigenossen, welche gewillt sind, am Sonntag bei der Flugblattverteilung in 45. Kronmühlwäldchen zu helfen, werden ersucht, sich morgens 1/8 Uhr bei Faber, Stephanstr. 11, zu melden. Das Wahlkomitee.

## Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung

wurde vom Vortrager Dr. Langerhans mit der Verlesung eines Briefes eingeleitet, den Herr v. Mirbach, der Ober-Postmeister der Kaiserin, in Verantwortung des letzten Gluckwunschschreibens der Stadtverordneten-Versammlung an die Kaiserin dem Vortrager hatte zugehen lassen. Die Versammlung ersuchte daraus zu ihrer nicht geringen Ueberraschung, daß sie an der Vereinfachung der Berliner Kirchenmusik nicht eifrig genug mitgearbeitet und gegen die mißbräuchliche Anwendung einer Bibelbeziehungswiese einer Gefangenen-Stelle, deren sich der Stadtverordnete Preuß in einer der letzten Sitzungen schuldig gemacht hatte, nicht in gebührender Weise protestiert habe. Während der Verlesung gab die Versammlung wiederholt durch starke Unruhe und Widerpruch ihrem Erstaunen und ihrem Unmut über Form und Inhalt dieses merkwürdigen Briefes (den unsere Leser an anderer Stelle im Wortlaut wiedergegeben finden) Ausdruck. Im Anschluß daran verlas der Vortrager eine Erklärung, in der die Vorwürfe des Herrn v. Mirbach als durchaus unbegründet zugewiesen werden. Die Versammlung nahm diese Erklärung mit Beifall auf und betrachtete damit die Sache als erledigt.

Von den zahlreichen Beratungsgegenständen, die diesmal auf der Tagesordnung standen, interessierte besonders die Angelegenheit der Einbürgerung der gewerblichen Nebenbeschäftigten schulpflichtiger Kinder. Der Polizeipräsident hat der Schuldeputation den Entwurf einer bezüglichen Polizeiverordnung zugehen lassen, und die Schuldeputation hat dem Magistrat empfohlen, den Entwurf zuzustimmen. Der Magistrat hatte nun der Versammlung den Entwurf zur Kenntnisnahme vorgelegt. Genosse Singer benutzte diese Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß im Magistrats-Ratung vorhanden zu sein scheint, bei der Regelung der Angelegenheit mehr auf das Interesse der Arbeitgeber als auf das der Kinder Rücksicht zu nehmen. Bürgermeister Rischner versicherte, diese Befürchtung sei unzutreffend. Er konnte es sich aber nicht vertragen, als ein Beispiel dafür, daß die Mißstände auf dem Gebiete der kindlichen Erwerbsarbeit doch wohl nicht so gar groß sein könnten, einen Fall anzuführen, wo selbst ein jetziger Vorkämpfer — einer von denen, die kürzlich Herr Rischner ihre Wünsche vorgebracht haben — als Schindauer Sachware ausgetragen hatte. Herr Stadtschulrat Vertram, der diesmal leider am Magistratsratung fehlte, hatte vor einiger Zeit den Stadtverordneten sogar von einem Primus erzählt, der Wadware austrug. Man sieht, der Magistrat ist um Argumente nicht verlegen, wenn es gilt, die Schädlichkeit der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder in milderen

Sich erscheinen zu lassen. Von den gegenseitigen Beobachtungen, die die Berliner Lehrerschaft nicht zu zwei oder drei, sondern in Hunderten und Tausenden von Fällen an den Schülern gemacht hat, wissen Herr Krichner und Herr Vertam zwar auch — sie sind nicht bloß schriftlich, sondern auch mündlich darüber unterrichtet worden — aber sie erwähnen sie nicht. Die verschiedenen bürgerlichen Fraktionen der Versammlung haben durch ihre Vertreter die Erklärung ab, daß sie alle ohne Ausnahme von tiefem Mitleid für die gewerblich beschäftigten Kinder erfüllt seien und dem Wunsche nach Abhilfe die warmsten Sympathien entgegenbrächten. Wollen sehen, wie sich dieses Mitleid und diese Sympathien betätigen werden, wenn es zur endgültigen Beschlußfassung kommt. In der gefestigten Sitzung ließen sich leider recht viele Stadtverordnete durch ihr Mitleid und durch ihre Sympathien nicht davon zurückhalten, bei den Ausführungen unseres Genossen Singer über einige besonders schlimme Umstände auf dem Gebiete der Kinderarbeit ein Vorschlag zur Schau zu tragen, das zu der Vermutung berechtigt, daß sie sich weder des Ernstes der Sache noch der Würde der Versammlung völlig bewußt waren. Der Entwurf wurde schließlich dem Ausschusse überwiesen, der zur Vorbereitung des bekannten, dieselbe Angelegenheit betreffenden Antrages unserer Genossen eingesetzt ist.

**Notroße, Notwälsch.** Nur um zu zeigen, an was für Vergnügungen sich die Edelsten und Besten ergötzen und was für ein Notwälsch bei ihnen die deutsche Sprache erziehen muß, lassen wir hier den von der „Neuen Zeitung“ veröffentlichten Bericht über die vorgezogene Grünwald-Parforcejagd folgen:

Die heute vom Saugarten abgerittene Jagd, an welcher 66 Notroße und 2 Damen im Sattel, Grafen A. Wartensleben und Generalin Duldig, teilnahmen, bot trotz des trüben Wetters einen guten Galopp hinter den auf eine Pfährige Waage jagenden Hunden. Am Gatter an der Krümmen Kanle wurde die Waage von der Reute eingeholt und hart bedrängt. In hoher Flucht überfiel sie den Wildzahn und durchschwamm den See, gefolgt von den sich schnell durch die Latten zwängenden Hunden. Bismarck durchschwamm die Waage den See, bevor sie ihre Flucht durch Fehlsender Terrain forsetzte. Von neuem ertönte die „Gute Jagd“-Fanfare, und in toller Fahrt galoppierte das rote Feld durch den Fehlsender Forst bis nahe der Oberförsterei, wo die Waage das freie Feld annahm und direkt auf die Kadettenanstalt Lichterfelde zukehrte. Um 1 1/2 Stunden währte die Jagd, bis Halali geblasen wurde und die Hunde die Bahn auf freiem Felde gegenüber der Kadettenanstalt deckten. Lieutenant v. Offenbach vom Königin-Augusta-Regt. hob aus, den Rang gab Mittelmeister v. Kapher vom Leib-Garde-Gusaren-Regiment. Vollzählig war das rote Feld bei Verteilung der Früchte zur Stelle und verließ nach Beendigung der Halali-Ceremonie, befriedigt ab des guten Galopps und der interessanten Jagd, den Halali-Platz.

In seinem Plaidoyer gegen die Harmlosen machte Staatsanwalt Henkel den Angeklagten zum Vorwurf, daß sie die förmliche Wahrheit des Spruches: „Im Schweige deines Angesichts sollst du dein Brot essen“ nie an sich erfahren hätten.

Auf die Teilnehmer an der Parforcejagd trifft dieser Vorwurf nicht zu. Wer als frommer Christ anderthalb Stunden lang hinter dem widerwärtigen Schauspiel herrennt, daß ein armes Tier raffiniert zu Tode geht, wird, noch schließlich schon in Schwäche geraten.

Die agrarische „Deutsche Tages-Zeitung“ ist über die schlechte Ernährung des Arbeiters des tiefen Kummers voll. Sie beklagt mit Recht die bedauerliche Qualität der Caviarbröckchen zu 10 Pf., die es in vielen Lokalen giebt, tadelt ferner, daß die Arbeiter minderwertige Oelfardinen essen, und fällt schließlich eine abweichende Kritik über das zweifelhafte Getreide, daß in Dessau als Porzellan, Sherry usw. angeboten wird. Dann meint das Blatt: „Gegen diese unwirtschaftlichen und unvernünftigen Gemüße der Arbeiter sollten die socialdemokratischen Führer, die angeblich das Interesse der Arbeiter vertreten, einschreiten; das wäre auch ein gut Teil wohl angebrachter Arbeit an der Hebung des vierten Standes“, dessen Angehörige man mit vielem Pathos die „Ernteten“ nennt. „Soweit wir nach der „Deutschen Tageszeitung“ als Führer in Betracht kommen, wollen wir, obgleich uns auch aus freier Tätigkeit keine Unterlassungsbefehle vorwärts, dem Blatt gern die ausdrückliche Versicherung geben, daß wir künftig mehr noch als bisher geschehen, den Arbeiter an die beste Kost gewöhnen helfen wollen. Als Endziel schwebt uns da gewissermaßen das Menü vor, das der Hund der Katze in den kürzlich nach der Reihenfolge der mit dem Bildnis des Reichers von Wangenheim verzierten Tischkarte lammervoll verzehren mußte.“

Aber da sollte sich dann auch die „Deutsche Tageszeitung“ entgegenkommend zeigen und dahin wirken, daß auf den ostelbischen Gütern die Arbeiter fortan etwas besser als das liebe Vieh genährt werden.

Das Goethe-Denkmal, welches bereits seine läbliche Winterhülle erhalten hatte, wird in diesen Tagen nochmals freigelegt werden, da am 19. d. Mts. seitens der Berliner Studentenschaft Stränge niedergelegt werden sollen.

Eine besondere Sprechstunde für Augenranke ist in den Räumen der Medizinischen Universitätsklinik, Luisenstr. 18, unter Leitung des Professors Dr. Max Wolff eröffnet worden. Die Sprechstunde findet werktäglich von 10 1/2 bis 12 Uhr statt; Unbemittelte ist sie ohne weiteres zugänglich, Mitglieder von Krankenkassen werden nur auf Anweisung der behandelnden Kassenzurück zur Feststellung der Diagnose angenommen.

Ein schwerer Unfall, bei dem fünf Arbeiterinnen verletzt wurden, hat sich gestern vormittag in der Wäschefabrik von Weiss u. Koenig in der Andreasstr. 32 zugezogen. Hier befanden sich die Arbeiterinnen im zweiten und die Wäscherin für die fertigen Sachen im dritten Stock. Die Wäschekessel stehen oder hängen in Gestellen so, daß sie zum Ausgießen des gebrauchten Wassers umgestülpt werden können. Während des Waschens werden sie durch einen Kegel festgehalten. Gestern vormittag war nun an einem dieser Kessel entweder der Kegel gar nicht vorgehoben oder sonst etwas an der Sicherung nicht in Ordnung. Als fünf Wäscherinnen mit dem Herausnehmen von gewaschenen Sachen beschäftigt waren, kippte plötzlich der Kessel um, und sein heißer Inhalt ergoß sich über die Arbeiterinnen. Am schwersten verbrüht wurden die Mädchen Dora Lenz vom Grünen Weg 43 und Elise Wittke aus der Fruchtstraße 35, die beide ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde, leichter sind die Frauen Elise Neumann aus der Remelerstraße 10, Anna Schmidt aus der Hörschstr. 23 und Bertha Koberling aus der Vetersburgerstr. 2 dabongekommen. Der Kessel soll nicht eingeregelt gewesen sein. Sichtlich wird eine Untersuchung des Falles ergeben, ob nicht größere Betriebsicherungen möglich sind.

Gegen das Hazardspiel geht die Polizei jetzt allgemein mit großer Schärfe vor. In hiesigen Gastwirtschaften wird viel gespielt, wenn auch die eingeleiteten Beträge nur klein sind und dementsprechend geringe Umfänge erzielt werden. Gestern wurde wieder ein solches Spielernest in einer Wirtschaft in der Solnowstraße ausgehoben. Die Spieler waren durchweg selbständige, in der Königsstadt anständige Handwerker, die nach Feststellung ihrer Person alsbald entlassen wurden. Gegen sie wird kaum ein Strafverfahren gestellt werden können, dagegen dürfte sich der Gastwirt wegen Duldung verbotenen Glücksspiels zu verantworten haben.

Einen tödlichen Ausgang haben zwei Unfälle genommen, die sich in den letzten Tagen zutragen. Die 57 Jahre alte Arbeiterin Marie Siegert aus der Reichenbergerstr. 37 besuchte am vergangenen Sonntag Bekannte in Charlottenburg und fuhr mit der Stadt- und Ringbahn zurück. Vor dem Bahnhof Großgörschenstraße mußte der Zug auf der Strecke kurze Zeit halten, weil die Einfahrt nicht frei war. Frau Siegert, die etwas nervös war, glaubte wohl, daß der Zug auf dem Bahnhof stehe, und stieg hastig aus. Dabei wurde sie von einem Zuge der Wannsee-Bahn gefaßt, der ihr den Brustkasten eindrückte. Im Elisabeth-Kranken-

hause ist sie ihren Verletzungen erlegen. Dort starb auch der 55 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Bunge aus der Hollmannstr. 23, der am Freitag auf einem Bau in der Hohenzollernstraße von einem drei Meter hohen Gerüste fiel und mit dem Kopfe so schwer auf einen Balken aufschlug, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog.

**Besondere Kennzeichen.** Die königliche Staatsanwaltschaft I erklärt einen Stadtrath hinter einem 25 Jahre alten aus Berlin gebürtigen Kaufmann Max Levin, der wegen einfachen Bankrotts und Betruges in Untersuchungshaft genommen werden soll. Nach einer möglichst genauen Personenbeschreibung heißt es: Besondere Kennzeichen: Nach den Registern des königlichen Polizeipräsidiums heißt der Geachtete Jacob gen. Levin.

**Auf dem Transporte von Berlin nach der Strafanstalt Bries** ist der zu zehnjähriger Jugendstrafe verurteilte Berliner Albert Magaschewski entgangen. Er sollte in Breslau, wo Station gemacht worden war, mittels Drofste vom Märtschen nach dem Oberschlesischen Bahnhofe gebracht werden, doch gelang es ihm, auf der Fahrt den Wagenbeschlag zu öffnen und seinem Transporteur zu entweichen. Die Jagd auf den Flüchtigen hatte bisher keinen Erfolg.

**Auf der elektrischen Straßenbahn tödlich verunglückt** ist gestern nachmittag gegen 4 Uhr der 60 Jahre alte Korbmacher Paul Marganus aus der Bernauerstraße. Er geriet vor dem Hause Prinzenallee 64 unter einen Wagen der Linie Pantow-Georgenstraße und wurde überfahren. Entsetzlich zugerichtet, wurde er von einem Schuttmann des 9. Reviers mit einer Drofste in ein Krankenhaus gebracht. Hier stellte man außer inneren Verletzungen einen Becken- und einen Schädelbruch fest. Schon um 6 Uhr wurde der Verunglückte von seinen Schmerzen durch den Tod erlöst.

**Brand im D-Zug.** Der um 6 Uhr 48 Minuten gestern früh fällige Berliner D-Zug traf mit mehr als halbstündiger Verspätung in Frankfurt a. M. ein. Kurz hinter Bebra hatte man bemerkt, daß der Leipziger Durchgangswagen brannte. Das Feuer war aus noch nicht ermittelter Ursache im Abort des Wagens entzündet. Der Zug mußte auf freiem Felde halten, und man veruchte den Brand zu löschen. Zum Glück war der Wagen nur mit acht Fahrgästen besetzt, so daß keine Panik entstand. Der Wagen wurde dann in Heroldsberg zurückgelassen und seine Insassen nahmen in anderen Wagen Platz.

**Im Straßenverkehr verunglückt** ist gestern vormittag die 65 Jahre alte Almoienempfängerin Quelly aus der Frankfurterstraße 16. Die Greisin wurde an der Ecke der Frankfurter- und Andreasstraße von einem Geschäftswagen angefahren und erlitt eine bedeutende Quetschung am Hinterkopfe. Die Rettungswache I leistete der Verunglückten, die sich auf dem Wege zum Arnenarzte befand, die erste Hilfe.

**Die in der letzten Nacht erwarteten Sternschnuppen-Schwärme** sind nicht in der hiesigen Sternwarte, aber in der Sternwarte in Trepstow und in der Urania (Jubalidenstraße) beobachtet worden. Direktor Argenhold und Dr. Witt hatten besondere Vorkehrungen zur Beobachtung getroffen. Das Wetter war für die Beobachtung günstig. Der Himmel war vollständig wolkenlos. Der erste Sternschnuppenfall konnte morgens um 2 Uhr 30 Minuten im Sternbild des Löwen beobachtet werden. Die Meteore waren nicht gerade zahlreich. Erst gegen 4 Uhr konnte man größere Schwärme bemerken. Die Trepstower Sternwarte ließ, wie sie angekündigt hatte, sofort alle diejenigen, die sich vorher für die Beobachtung gemeldet hatten, durch den Fernsprecher wecken, und das Beden wurde zur Zufriedenheit der Teilnehmer bejagt. Zwischen 4 und 5 Uhr wurden die heftigsten Meteore beobachtet. Gezählt wurden im ganzen 31. Direktor Argenhold ist der Meinung, daß zwischen 4 und 6 Uhr die größten und meisten Meteore gefallen sind und also der Hauptdurchgang der Pleiden und Leoniden stattgefunden hat.

#### Aus den Nachbarorten.

**Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Spandau** sind trotz aller Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, unsere Parteigenossen Schröder, Pleper, Halleter und Scholz als Sieger aus der vierstägigen Wahlkämpfe hervorgegangen, während Nieger und Ammel in Stichwahl kommen. Die Spandauer Arbeiterkassier, die opfermütig, allen Hindernissen zum Trotz, den ersten Kampf so gut bestanden hat, wird auch in den Stichwahlen ihre Pflicht zu erfüllen wissen.

**Rixdorf.** Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer gestrigen Sitzung zunächst die Wahl von 19 Mitgliedern und deren 19 Stellvertretern für die Voreinschätzungs-Kommission vorzunehmen. Die Wahl ging glatt vor sich, den Vorschlägen der Vertreter der dritten Wählerabteilung wurde widerspruchslos Rechnung getragen. — Der Magistrat beantragt, für die von den Lehrern Engel und Vergnecht errichtete lausnämische und gewerbliche Fortbildungsschule für Frauen und Mädchen ein Aufsichtsratorium zu wählen. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu und wählte ihrerseits die Herren Wilschle und Fahrtenzug sowie den Genossen Ostermann. Der Magistrat hat die Stadträte Thiemann und Leyke in das Kuratorium delegiert. Es wurde ferner dem Kuratorium das Recht zugefallen, selbst weitere 5 Mitglieder zu wählen, wovon mindestens 2 Frauen sein müssen. Ein anderer Magistratsantrag, das Vorgartenterrain des Grundstücks Prinz Handjerystr. 5 zu enteignen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. — Herr Bürgermeister folgt auch einen „vorläufigen Bericht“ über die Neu-Organisation der Verwaltung. Es ging daraus hervor, daß durch die Entlassung einer Anzahl meist jüngerer Angestellter ein Ersparnis von etwa 5000 M. eintreten wird. Doch die Etatsentlastung trotz der Einführung der königlichen Polizei keine größere ist, begründete der Bürgermeister mit der Mehrbelastung der städtischen Verwaltung im Gegensatz zur Verwaltung der früheren Dorfgemeinde Rixdorf. Auch solle mit der „Lehrlingszucht“ gebrochen werden. — Herr Rahmig wunderte sich über die geringe Ersparnis, während Conrad (Soc.) dem Bürgermeister beipflichtete. — Auf einen Antrag des Stadtv. Prehler (Soc.) wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, er möge bei der Eisenbahnbehörde wegen Vermehrung der Südringzüge besonders in den früh- und Abendsunden vortrefflich werden.

**Rixdorf.** Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Vereins Vorwärts zur Nachricht, daß am Sonntag unser diesjähriges Stiftungsfest im Apollo-Theater, Hermannstraße 48-50, stattfindet. Billets a 20 Pf. sind nur in den Poststellen des Vereins zu haben. Anfang 8 Uhr. (Siehe Annonce und Säulenomniolog.) Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Aus Friedrichshagen** schreibt man uns: Nachdem der hiesige Rathausbau errichtet und die in bürgerlichen Kreisen unermesslichen Einweihungsfeierlichkeiten und Festen glücklich vorüber waren, fand am Mittwoch in dem neuen Sitzungssaale die erste Gemeindevertreter-Sitzung statt. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, anlässlich der Einweihung des Rathauses auch für die Gemeindevorstande eine Festlichkeit zu arrangieren, wurde gegen 7 Stimmen angenommen. Der Genosse Sonnenburg sprach gegen den Antrag mit der Begründung, daß wenn die von der Gemeinde beschäftigten Arbeiter dabei leer ausgehen sollten, auch die besser bezahlten Beamten keinen Vorzug zu haben brauchten. — Der Vorschlag trift mit, daß die Regierung gewillt sei, für die Errichtung einer höheren Anabenschule die Genehmigung zu erteilen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche geeignete Mieträume vorschlagen soll. — Die vierteljährliche Subvention von 500 M. für die höhere Privat-Anabenschule des Dr. Müller wurde gegen zwei Stimmen angenommen. — Die Einstellung eines katholischen Lehrers zur Erteilung katholischer Religions-Unterricht in der Gemeindevorschule wurde gegen die Stimmen von Barth und Sonnenburg beschlossen. — Die Errichtung einer neuen Lehrstube an der Gemeinde-Anabenschule, sowie Ueberweisung von vier bis fünf Schulräumen für die Anabenschule zum 1. April nächsten Jahres fand die Zustimmung der Vertretung. Der Unterrichtsminister richtet in

einem umfangreichen Schreiben an die Vertretung das Ersuchen, die Verbesserung und Vermehrung von Volksbibliotheken statkräftig zu unterstützen und den vorhandenen Bildungsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Barth und Sonnenburg beauftragten zu diesem Zweck die Einstellung einer entsprechenden Summe in den nächsten Etat. Es wurde gegen einige Stimmen beschlossen, zur Errichtung einer Volksbibliothek 200 M. in den nächsten Etat einzustellen. — Infolge der übermäßigen Zunahme der Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder erlief der Landrat, die diesbezügliche Polizeiverordnung dahin abzuändern, daß vor 8 Uhr morgens und nach 8 Uhr abends jede Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder verboten ist. Genosse Sonnenburg beantragte, jede Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder bis zum 14. Lebensjahr zu unterlagen. Keiner, dem das Wohl der heranwachsenden Jugend am Herzen liege, könne dulden, daß Schulkinder beschäftigt werden. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt, der Vorschlag des Landrats angenommen. — Eine Polizeiverordnung, welche den Verkauf von Obst, Gemüse usw. nur nach Gewicht vorschreibt, wurde ebenfalls gutgehehen.

**Pantow.** Zu der am Sonntag, den 19. November, stattfindenden Ringblatt-Verteilung werden die Genossen erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Abfahrt findet früh 7 1/2 Uhr vom Lokale des Herrn Söder (Pantow), Nähnstr. 24, aus statt. Der Vertrauensmann.

**Den Posamentenhandel auf dem Winterfeldplatz** wollte die Stadtverordneten-Versammlung von Schönberg verboten wissen. Der Magistrat ist diesem Vorschlag deshalb nicht beigetreten, weil die frühere Gemeindevertretung den Verkauf von derartigen Artikeln eingeführt hat.

**Arbeiter-Risiko.** In Rieder-Schönweide sind Donnerstagabend auf dem Bau der deutschen Ries-Maschinen-Werkzeugfabrik abermals zwei Arbeiter verunglückt und zwar zwei verheiratete Malergehilfen aus Berlin, die infolge Bruches der Leiter aus einer Höhe von 14 Meter abfielen. Die Unglücklichen erlitten Arm- und Beinbrüche und wurden im Krankenwagen in ein Berliner Krankenhaus gebracht.

Die Verunglückten sind die Maler Kaiser aus der Großgörschenstraße 38 und Paul Schmidt aus der Koloniestraße 30.

**Verunglückter Staatsbreiter.** Aus Luckenwalde wird berichtet: Der wegen seiner Schneidigkeit bekannte hiesige Polizeisergeant Radloff ist plötzlich aus dem Amt geschieden. Er wird sich am 28. d. M. vor Gericht wegen verurteilten Betruges zu verantworten haben, da er einen Wahrungswörter um 100 M. anvergeben wollte und dabei falsche Vorpiegelungen gemacht haben soll. Auch ein Verfahren wegen Amtsvergehen ist schwebend gegen Radloff, der jetzt einen Kartoffel- und Schmalz-Handel angefangen hat.

**Auf dem Auswandererbahnhof** Anleben bei Spandau treffen seit einiger Zeit unter den Europäern, die aus Südrußland kommen, Personen ein, die an einer aufsteigenden, scheinbar schwer heilbaren Hautkrankheit leiden, die sich besonders am Kopf zeigt. Da in Amerika solche Auswanderer nicht aufgenommen werden, so erfolgt schon in Anleben, wo sich ständig Agenten der Dampfschiffahrtsgesellschaften befinden, nach der ärztlichen Untersuchung ihre Auslieferung von der Weiterfahrt. Wenn die Kranken nun Mitglieder einer Familie sind, deren andere Angehörige nicht davon betroffen sind, so spielen sich oft herzzerreißende Abschiedsszenen ab, indem die Gesunden die Fahrt fortsetzen und die Kranken nach Anshand zurückbefördert werden müssen.

**Nichtigstellung.** Von Herrn S. Jiedow, Tempelhof, Berlinerstraße 119, erhalten wir die Mitteilung, daß es keineswegs Nahrungsmitteln waren, die seinen englischen Bruder in den Tod getrieben haben. Inwieweit beruht also unsere Meldung in Nr. 263 auf einem Irrtum.

**Von den Wasserstraßen des Regierungsbezirks Potsdam** werden in diesem Winter gesperrt: Auf der Havel-Oder-Wasserstraße die Strecke von Grafenbrück bis Pinnow vom 1. Januar bis 1. März 1900; die Spre-Oder-Wasserstraße vom 2. Januar bis 28. Februar 1900; der Friedrich-Wilhelm-Kanal vom 2. Januar bis 28. Februar 1900; die kanalisierte Rote vom 15. bis 28. Mai 1900; auf den Storkower Gewässern die Strecke von Wendisch-Biel bis Storkow vom 1. Januar bis 28. Februar 1900; auf der Ruppiner Wasserstraße der Ruppiner Kanal vom 25. Januar bis 28. Februar 1900; und auf der oberen Spre-Oder-Wasserstraße die Zollbrücke bei Kosenblatt vom 15. Februar bis 31. März 1900.

**Zur Erhebung einer Klage beim Kreisaußschuß** durch die Große Berliner Straßenbahn gegen die Gemeinde Wilmsdors hat die von dieser verweigerte Genehmigung zur Herstellung einer Kurve vom Heintzertplatz nach dem neuen Straßenbahn-Depot in der Westfälischenstraße geführt.

### Gerihts-Zeitung.

**Unwahre Geschichten von socialdemokratischem Terrorismus** zu verbreiten ist bekanntlich eine von der „Märtschen Volkszeitung“ mit ganz besonderem Eifer ausgeübte Thätigkeit, durch welche das Centralblatt die arbeitereindlichen Bestrebungen der Jugendhaus-Schwärmer nach Kräften unterstützt. Unsere Leser wissen, daß wir schon oft Gelegenheit hatten, die Terrorismus-Geschichten der „Märtschen Volkszeitung“ als Märchen zu kennzeichnen, die jeder thatsächlichen Unterlegung entbehren. Das konnte aber das Organ des Kaplans Dasbach nicht betanlassen, das Handwerk der Beleidigung einzustellen. Das märtsche Blatt fährt vielmehr fort, Unwahrheiten, die ihm von irgend einer Seite zugezogen wurden, der Oeffentlichkeit vorzulegen, sobald ihm besagte Geschichten geeignet erschienen, die Organisationen der für Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter als solche hinzustellen, die durch Jugendhausparataphen zu Inebeln ein christliches Werk ist. Eines dieser von der „Märtschen Volkszeitung“ in die Welt gesetzten Märchen ist am Donnerstag in seinen Hauptpunkten vor Gericht auf seinen wahren Wert geprüft worden. Es handelt sich um folgenden Fall:

Im August d. J. hatte die „Märtsche Volkszeitung“ ihren Lesern eine Geschichte erzählt von einem braven Zimmermann, der, weil er Mitglied des Vereins „Arbeiterklub“ war, auf Veranlassung seiner Kameraden, die dem Zimmererverbände angehörten, entlassen worden sei, nachdem die letzteren vorher vergebens versucht hätten, den christlichen Arbeiter zum Beitritt in den Verband zu pressen. Wir haben damals folglich festgestellt, daß die Angaben der „Märtschen Volkszeitung“ unwarhaft sind, und der betreffende Zimmerer nur wegen Mangels an Arbeit entlassen wurde. Dies teilten wir in der Nummer unseres Blattes vom 16. August mit und fügten als Erklärung für die unwahren Behauptungen des Schlußorgans der „Märtschen Volkszeitung“ hinzu, derselbe habe seine Angaben wahrscheinlich deshalb gemacht, um von seinem Verein eine Unterstüzung zu erlangen. Durch die letztere Bemerkung schloß sich der Zimmerer Karbe — so heißt der angeblich Gemährte, beleidigt und strengte die Privatklage gegen unsern verantwortlichen Redacteur Robert Schmidt an.

Den Behauptungen der „Märtschen Volkszeitung“ zufolge soll Karbe, der zuerst auf dem Holzplatz arbeitete, von seinen daselbst beschäftigten Kameraden vor die Wahl gestellt worden sein, entweder dem Verbands beizutreten oder die Arbeitsstelle zu meiden, andernfalls würden die Verbandsmitglieder die Arbeit niederlegen. Um letzteres zu vermeiden, soll der Polier den Karbe nach einem von deselben Meisters geschickt haben, aber auch hier soll sich derselbe Vorgang wie auf dem Holzplatz wiederholt und der Polier auf dem Bau endlich die Entlassung Karbes verhängt haben. Der Zimmermeister Walter soll, wie die „Märtsche Volkszeitung“ behauptet, dem Karbe ausdrücklich gesagt haben, er werde deshalb entlassen, weil die Verbandsmitglieder nicht mit ihm zusammenarbeiten wollten. Als Zeuge sagte der Zimmermeister Walter vor Gericht aus, er habe eine derartige Bemerkung nicht gemacht, auch nicht gehört,

daß seine Gefellen mit Karbe nicht zusammenarbeiten wollten. Die Annahme und Entlassung der Gefellen sei Sache des betreffenden Politikers, und dieser habe ihm (dem Meister) gesagt, es sei eine augenblickliche Arbeitsfindung auf dem Bau eingetreten und deshalb müsse Karbe, als der zuletzt Eingestellte, entlassen werden. Das sei geschieden, andere Entlassungsgründe seien dem Zeugen nicht bekannt, da der Polier eigenmächtig verfügt.

Der zweite Zeuge, Zimmerer Klopisch, soll nach der eigenen Angabe des Klägers Karbe zu diesem gesagt haben, wenn er (Karbe) nicht dem Verband beitrete, könnten die anderen Gefellen nicht mit ihm zusammenarbeiten, und es wäre daher besser, wenn Karbe freiwillig die Arbeitstelle verlasse. Weiter soll Klopisch dem Karbe gegenüber ausdrücklich gesagt haben, daß letzterer auf Verlangen der Verbandsmitglieder vom Polier entlassen worden sei. In seiner gerichtlichen Zeugenaussage giebt Klopisch an, daß er nichts von alledem wisse. Er habe wohl mit dem Kläger über die Organisation gesprochen und denselben gefragt, ob er nicht dem Verband beitreten wolle. Darauf habe der Kläger erwidert, er werde sich die Sache überlegen. Zeuge habe somit gar keine Ursache gehabt, das Zusammenarbeiten mit dem Kläger zu verweigern. Auch sei ihm nichts davon bekannt, daß, wie der Kläger behauptete, die übrigen Kameraden beschlossen hätten, nicht mit dem Kläger zusammen zu arbeiten.

Als dritter Zeuge wurde der Zimmerpolier Goltz benannt. Dieser soll nach der Behauptung des Klägers und der „Märkischen Volkszeitung“ den Karbe auf Verlangen der Verbandsmitglieder vom Holzplatz nach dem Bau geschickt haben, um die Arbeitseinstellung der Verbandsmitglieder zu vermeiden. Auch dieser Zeuge bekundet, ihn habe niemand gedrängt, den Karbe fortzuschicken, niemand habe ihm gesagt, daß die übrigen Gefellen nicht mit Karbe zusammen arbeiten wollen. Karbe sei nur deshalb nach dem Bau geschickt worden, weil für ihn auf dem Holzplatz keine Arbeit mehr vorhanden war.

Der Polier, welcher auf dem Bau die Entlassung des Klägers Karbe veranlaßt hatte, konnte wegen Krankheit nicht als Zeuge vor Gericht erscheinen. Die Verhandlung wurde deshalb vertagt.

Wenn auch die Gerichtsverhandlung noch nicht zum Abschluß kam, so ist doch schon durch die vorkommenden Zeugenaussagen hinlänglich ersichtlich, daß auch dieses Schauermärchen der „Märkischen Volkszeitung“, gleich anderen ähnlichen Gruselgeschichten, welche das heimliche Blatt verbreitet hat, in allen wesentlichen Punkten als unwahr festgestellt worden ist.

Die Arbeiterfreunde aber, welche das von der „Märkischen Volkszeitung“ verbreitete Märchen so schön bei der bevorstehenden Vertagung der Bundtagsvorlage hätten verwenden können, sind wieder um eine Schlagpatrone ärmer geworden.

Aus Halle a. S. wird berichtet: In der mit der Angelegenheit Graf v. Hoensbroech zusammenhängenden Privatbeleidigungssache des Heiratvermittlers v. Polorny gegen den Professor D. Benjamins wurde Kläger wegen eingetretener Verjährung kostenpflichtig abgewiesen.

In der Strafsache gegen v. Stutterheim und Genossen, in die auch der Bankier Max Arent als Angekluldigter verwickelt ist, hat das Landgericht zu Leipzig die Hauptverhandlung vor der Strafkammer am 30. d. M. und den folgenden Tag angefangen. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen das Aktiengesetz und Betrug. Es handelt sich dabei um Spielungen, die mit der Brauereifabrik „Martha“ gemacht worden sein sollen. Durch den erstinstanzlichen Richter sind in Berlin mehrere Zeugen, der Kaufmann Pollack, der ehemalige Liquidator der Rheinisch-Westfälischen Paul Stahlmann, der Bankier Weigelt, der Rentier Wilsch, der Kaufmann Gützlaff und der Bierbrauer Ranzow in dieser Angelegenheit eidlich vernommen worden.

### Veranstaltungen.

Ueber Flottenvorlage und Justizhausgesetz sprach am Mittwochabend Herr Kaumann in der Tonhalle. Für einen National-Socialen ein schwieriges Thema! Da heißt es, mit Grazie vorne zu stehen und hinten zu pfeifen. Die Welt der National-Socialen dreht sich um die Reden Sr. Majestät. Diese nachhaltigsten politischen Akte unserer Epoche, wie sie Herr Kaumann voll Ehrfurcht nannte. Es ist nun aber keineswegs eine so einfache Sache, über Hamburg zu jubulieren und über Deynhausen melancholisch zu trauern. Wenn die gemalte vorwärtsstürmende Initiative unseres Kaisers in dem einen Falle es einzig und allein ist, die unser Vaterland einer glanzvollen Zukunft entgegenführt, so geht es nicht gut an, im anderen Falle diese Initiative einzig und allein den bösen Ratgebern in die Schuhe zu schieben. Die Wesen der National-Socialen können über diesen Widerspruch auch nicht hinaus: Ein Göhre mußte sich nach Deynhausen von

seinen Waffenbrüdern losjagen. Einmal anerkennen, daß nicht einmal die Raumannsche Dialektik die Theile national und die Antithese social bei uns zu einer höheren Synthese vereinigen könnte. Was aber bei den National-Socialen bleibt, das muß den Traum des sozialen Kaiserthums mit geschlossenen Augen weiterträumen und muß jeden unerwünschten Weder mit den Füßen stoßen. Sonst könnte man ja nicht mehr jahraus jahrein von der zukünftigen Größe der national-socialen Partei deklarieren, und wach einen Blick die Weltgeschichte erst bekommen würde, wenn einmal der erste National-Socialer in den Reichstag einzieht.

Die allgemein politischen Erörterungen, die Herr Kaumann seinem begeisterten Zuhörerkreis vortrug, boten sachlich nicht viel mehr als die üblichen Betrachtungen unierer Zeitungsblätter. Die bei uns zur Tradition gewordene Diplomatensprache des Herrn von Riquel beleuchtete er natürlich mit großer Piffigkeit. Das ist so allgemein Brauch bei unsern „Politikern“: In der Auslegung der Bindungen dieser „interessantesten Charakterfigur unter den deutschen Staatsmännern“ sucht jeder seine eigene politische Begabung zu demonstrieren. Im übrigen soll nicht gelehrt werden, daß durch die Art, wie Herr Kaumann seine teilweise etwas veralteten Kombinationen vortrug, wirklich etwas liegt, was die Hörer interessieren muß, wenn vielleicht auch nicht für das, was er spricht, so doch vielleicht für die Person des Sprechers, der zweifellos ein äußerst geschickter, die Psychologie seiner Zuhörerschaft sehr berechnender und dabei doch noch urwüchsig und vollständig wirkender Redner ist.

Sehr bemerkenswert ist, daß bei Herrn Kaumann, wie bei den National-Socialen überhaupt, die Aussprüche socialdemokratischer Führer ein Hauptbeweisstück bilden. Natürlich, wenn man sich schon so als sichern Erben fühlt, interessiert man sich für alle Lebensäußerungen des Erblässers. Sehr komisch wirkt es, wenn Herr Kaumann aus einzelnen Redewendungen Kuers so etwas wie Flottenfrömmlichkeit herausgehört haben will. Was nun die angeblichen Vorteile betrifft, die nach Herrn Kaumann die deutsche Arbeiterschaft durch die großen Schiffsbestellungen haben würde, so kann ein Socialdemokrat über diese verunsinnliche Redeweise nur lächeln; er weiß ja, daß dieselbe Arbeiterschaft diese Bestellungen auch zu bezahlen hat. In guter Uebung führte Herr Kaumann noch ein famoses Argument ins Feld. Die Socialdemokratie möge doch nicht den Zeitpunkt verjähren, wo sie Regierungspartei werden kann. Wenn sie nur alles bewilligen wollte, dann würde die Regierung schon mit ihr arbeiten, gerade so wie Bismarck mit den Liberalen gearbeitet habe, als diese ihre unfruchtbare Opposition aufgaben. Ja, aber was ist denn aus dem Liberalismus geworden? Bismarck hat ihn an die Wand gedrückt, daß er quatschte, und hat das Bürgerium an die Agrarier ausgeliefert. Man kann es den Socialdemokraten nicht verdenken, wenn sie dieses Beispiel nicht besonders nachahmenswert finden.

Herr Kaumann resümierte sich schließlich dahin, daß bei dem Problem „Flotten- und Justizhausgesetz“ der Entscheid für einen socialistischen Menschen sehr schwer werde. Aber schließlich, man müsse mit dem Kaiser gehen, denn die Parole laute: erst national, dann social! Nun ja, anders haben wir es von diesen wohlmeinenden Herren auch gar nicht erwartet. Vielleicht werden sie selbst mit der Zeit merken, wie wenig gerade die sogenannte Rechte der Socialdemokratie, auf die sie so große Hoffnungen setzen, mit ihrer sogenannten Weltanschauung zu thun hat.

In der Diskussion verteidigte ein Genosse den socialdemokratischen Standpunkt. Man muß sagen, trotz einiger treffenden Bemerkungen war er nicht sehr glücklich dabei.

Freilich wirkten bei dem urtheilfähigen Teil der Zuhörer die Herren National-Socialen selbst ja schon genügend für unsere Sache. Herr Maurenbrocher z. B., der gestern die Theorie der Eile entwickelte (die answärtige Politik hat Eile, da muß man so schnell wie möglich alles bewilligen; die innere Politik kann warten). Dieser Herr hat vielleicht einige zum National-socialismus neigende Seelen in ihrem Glauben etwas wankend gemacht. Wenigstens wurde der erste Teil der Resolution, die schließlich zur Abstimmung gelangte, und der die Notwendigkeit einer starken Flotte betonte, nicht ohne Widerpruch angenommen, während gegen den zweiten Teil (Protest gegen die Justizhausvorlage) sich keine Stimme erhob.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Hamburg, 31. Berlin 6. Sonnabend, 18. d. M., abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Diele, Alster 123.

Humanitäre Gemeinde, Mohrenstraße 47, im oberen Saale des Brandenburger Hofes, Sonntag, den 19. November, vormittags 10 1/2 Uhr: Herr Dr. Penzig, 4. Vortrag über das Thema: „Heiligt der Zweck die Mittel? Das Erwerbbedürfnis.“ Gäste, Damen und Herren, haben freien Zutritt.

### Vermischtes.

Ueber das Eisenbahnglück bei Cayelle, über das wir gestern berichteten, liegt uns heute folgende ausführliche Meldung aus Amsterdam vor: Der Zusammenstoß der beiden Züge war so gewaltig, daß er in Entfernung von einer Stunde gehört wurde. Starke Nebel scheint die Ursache des Unglücks zu sein. Der Schnellzug hatte aus diesem Grunde auf befristetem Geleise sehr langsam fahren müssen und kam deshalb sehr spät in Rotterdam an. Dies war auch der Grund, weshalb man den sogenannten Maasbahnzug arglos abgehen ließ, weil man voraussetzte, daß er die Kurve, wo der Schnellzug links abzubiegen hatte, während der Maasbahnzug die Richtung nach rechts einschlug, längst passiert haben würde, wenn der Bliffinger Schnellzug an der betreffenden Stelle ankommen würde. Da ein Signal auf „mitfahr“ stand, hielt der Maasbahnzug stille, und dies scheint der Hauptgrund des Bliffinger Zuges nicht bemerkt zu haben. Am Rotterdammer Bahnhof spielten sich aufregende Szenen ab, die Angehörigen der Toten und Verwundeten hatten sich daselbst eingefunden. Alle Verwundeten haben beide Beine gebrochen und sind zum Teil schwer am Unterleib verletzt, so daß die Anzahl der Toten noch erheblich größer werden wird.

### Marktpreise von Berlin am 15. November 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

*) Weizen D.-Gr.	14,90	13,80	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	14,40	13,50	Rohfleisch	1,80	1,10
*) Futter-Gerste	14,10	13,00	Sammelfleisch	1,60	0,90
Hofer gut	15,20	14,50	Butter	2,80	2,40
mittel	14,40	13,70	Eier 60 Stk	4,80	2,40
gering	13,60	13,00	Rapsen 1 kg	2,20	1,20
Rübsen	4,00	3,50	Wale	2,80	1,20
Hafer	6,70	4,00	Haider	2,60	1,10
*) Gerste	4,00	2,50	Heute	1,80	1,10
*) Speisebohnen	5,00	2,50	Barische	1,80	0,80
*) Wicken	7,00	3,00	Schilke	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	7,00	5,00	Wiete	1,20	0,80
Rindfleisch, Rend 1 kg	1,60	1,20	Rebhe per Schock	12,00	3,00
do.	1,20	1,00			

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirthschafts-kammern - Notierungshalle - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. \*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 16. November. Im Getreideverkehr dauerte die lauffe Haltung mangels jeglicher Nachfrage fort. Aus Rußland und den Donauländern lagen reichliche Offerten zu fast rentablen Preisen vor. Im Preise blieben Weizen und Roggen nominal unverändert. Ein Rückgang wurde in Weizen auf die rauhe Witterung vermindert. Daher wurde ebenfalls sehr wenig gehandelt; Mühlrieg auf den Bedarfsbedarf leicht an.

Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde loco 70er mit 47,50 (+ 0,10) bezahlt. Termine waren bei einigem Handel gut besetzt.

Kartoffelabfabrikate. Frische Kartoffelfabrikate 10,60 M. In reine Kartoffelfabrikate disponibel und Dezember/Januar 20,00-20,25 M. In Stärke und Mehl, Mittel-Quantität 19,00-19,50 M. per 100 Kilogramm.

Eier-Bericht vom 16. November. Normale Eier je nach Qualität von 3,47 1/2-3,80 M. per Schock. Ausortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,45-2,50 M. per Schock. Kalleier je nach Qualität von 3,15-3,17 1/2 M. per Schock. Tendenz: fest.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Bromberg. Im Regierungsbezirk Bromberg wurden abgegeben 8500 und im Regierungsbezirk Posen 906 socialdemokratische Stimmen. Die Verantwortung der zweiten Frage wäre wegen der notwendigen Nachforschungen so getrautend, daß wir Ihren Wunsch leider nicht erfüllen können.

Zwei Wettende. Ein 11 Jahr altes Mädchen teilt den beiden Wettenden mit, daß die Erde 50 Mal größer ist als der Mond und dieser ungefähr 50 000 Meilen von der Erde entfernt ist. Elisabeth S., Wilmersdorf, Preussischestraße.

### Witterungsüberblick vom 16. November 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerrand mm	Witterung	Windstärke	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometerrand mm	Witterung	Windstärke	Temp. u. G. u. N.		
Swinemünde	774	W	5	wolkig	6	Dapruno	766	SW	wolkig	-8	
Hamburg	778	W	2	heiter	12	Beiersdorf	765	SW	1	Schnee	-12
Berlin	774	SW	3	heiter	12	Sorf	777	SW	3	Dunst	11
Westbaben	777	SW	1	wolkig	3	Aberden	779	SW	1	wolkig	11
München	775	SW	4	bedekt	2	Paris	777	SW	2	wolkig	11
Wien	769	SW	3	heiter	2						

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. November 1899. Troden und vielst. heiter, zeitweise wolkig bei mäßigen nordwestlichen Winden, Nachtst. und wenig veränderter Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.

## Ludwig Engel.

### Herrenbekleidung

Münzstr. 26. Gegr. 1892. Brunnenstr. 66.

Um meine Kundenschaft zu vergrößern, liefere ich:

- Fert. Winterpaletots M. 18,00, 20,00, 22,00 bis 42 M. Nur gute Qualitäten in allen Farben, edelstehender Sammettragen, warmes, weiches Futter.
- Fertige Joppen M. 5,00, 7,00-18 M. Russische, bis oben zum Knöpfen, für die Arbeit, Straße und Haus.
- Fertige Winterhosen 3,00, 5,00-12 M. Feste Arbeit, haltbare Leinwand, in soliden, praktischen Mustern.
- Fertige Herrenanzüge 18,00, 22,00 bis 38 M. in den neuesten Moden, Cheviot, Raummotiv und Streifgarn, farliert und einfarbig.

Für 35 M. nach Maß **Paletot**, reine Wolle.  
Für 33 M. nach Maß **Anzug**, neueste Muster.  
Für 10 M. nach Maß **Hoje**, praktische solide Muster.

Anfertigung nach Maß unter meiner persönlichen Leitung, neueste Fagons, nur beste Zutaten bei billigsten Preisen. Nur unter Garantie für guten Sitz.

## Uhren Goldwaren

Großes Lager in Uhren Goldwaren

Menschenwaren, sowie Patent- und Goldschmiedewerkzeuge in größter Auswahl zu den billigsten Preisen bei constantester Bedienung. 30912\*

Golds. Remont-Uhren v. 9,50 M. an, goldene Damen-Uhren von 15 M. an, Regulatoren u. Schlagwerk v. 14 M. an, Weder von 2 M. an. (Reine Bezahlgeware!)

**R. Plunz, Brunnenstr. 112,** beim Pferdebahn-Depot.

## PLASMON

(Siebold's Milcheiweiss)

Das Milcheiweiss ist, wie Untersuchungen der größten medizinischen Autoritäten gezeigt haben, allen anderen Eiweissarten hinsichtlich des Nährwertes wie der Verdaulichkeit bei weitem überlegen. Eine Speise (Suppe, Gemüse, Mehlspeise etc.), der zugesetzt ist, besitzt daher den höchsten Nährwert bei leichtester Verdaulichkeit. Plasmon verteuert die Nahrungsmittel nicht, sondern verbilligt sie, da ein Plasmonzusatz im Betrage von wenigen Pfennigen den Nährwert jeder Speise um das Vielfache erhöht.

Siebold's Nahrungsmittel-Gesellschaft m. b. H. Berlin W., Köthener Strasse 11.

## Arbeiter-Berufskleidung

für jedes Gewerk passend. 240229\*

Größtes Lager. Beste Qualitäten. Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu! jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

## Kugel-Gelenk-Puppen-Fabrik

P. R. Zierow  
Berlin, Schönhauser Allee 179.

Puppen-Reparaturen  
bitte schon jetzt an meine Fabrik gelangen zu lassen, da meine Fabrik später mit Aufträgen überhäuft ist. 24054L\*

## Feste Preise!

Oscar Arnold  
Hut-Engros-Geschäft.  
Dresdenerstr. 116, am Oranienplatz, (Kein Laden.)  
Einzelvekauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl!

Berrenhüte, wickel von Mk. 1,25-4,-  
do. steif von Mk. 2,00-4,-  
do. H. Haarhüte von Mk. 2,00-7,-  
Cylinderhüte von Mk. 4,00-11,-  
Chapeaux claque von Mk. 8,00-12,-  
Kinderhüte von Mk. 1,00-2,-  
Confirmationshüte von Mk. 1,25-2,-

1a Velourhüte (Seidenplüsch) Mk. 7,50  
Herren-Hützen von Mk. 0,35-2,50  
Kinder-Hützen von Mk. 0,30-2,50  
Pelz-Hützen von Mk. 1,50-3,-  
Pelz-Hüllen von Mk. 1,50-5,-  
Kinder-Perücken von Mk. 1,25-10,-  
Pelz-Kragen u. Colliers v. Mk. 1,50-10,-

Sehr vortheilhafte Besugguelle für Wiederverkäufer!  
Bitte sehr Firma zu beachten, da ich keine Zweiggeschäfte habe.

Egl für Damen und Herren.  
Vollständig neu eingerichtet.  
3 Dampf. 329.  
Bannend. 5091.  
7 1/2 3 M.  
Vollständig  
Charlottenburg  
Berlinerstr. 109.

## Große Betten 12 M.

(Ober- u. Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigtem neuen Federbett bei Gustav Lüttig, Berlin N., Wilmersdorf 46. Preisliste laden. Viele Anerkennungs-schreiben.

Knabenanzüge u. Paletots.  
Mädchenkleider u. Mäntel preisw. 29162\* O. Hoffmann, Telegrafenstr. 14.

Der Blumberger Mord

Am gestern vor dem Schwurgericht am Landgericht II zur Verhandlung. Wenn wir auch wissen, daß unsere Leser im allgemeinen am Breittreten entsehrlicher Schauerstücken wenig Geschmack finden, so ist es in diesem Falle doch angebracht, auf die Bluttat einzugehen, weil sie über Sittenzustände, die unter der vom Agrarierstum immer und immer wieder angepriesenen ländlichen Einfall: möglich sind, einige Aufklärung bringen.

Der Mörder August Nehm

Ist unter Verhältnissen großgeworden, wie sie der preussischen Gottesfürcht und Staatsstreue kaum günstiger liegen können. Er ist am 22. September 1875 geboren, jetzt also 24 Jahre alt, evangelischer Religion und bisher völlig unbestraft. Seine beiden Eltern leben noch auf dem zum Graf Arnim'schen Gute Blumberg gehörigen Vorwerk Eissenau. Er hat in der Zeit von 1895—97 in Braunsberg seiner

Militärpflicht

genügt und ist im September 1897 zur Reserve entlassen worden. Er ist seit dem 29. Januar d. J. verheiratet und Vater zweier Kinder; das älteste, ein Knabe, ist schon im Mai 1898, das zweite, ein Mädchen, am 5. Juli 1899 geboren. Nach beendeter Schulzeit ist er zunächst in Eissenau, wo sein Vater arbeitete, mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt gewesen, 1892 ging er als Pferdebesitzer zum Gutbesitzer Grim nach Blumberg, wo er mit mehreren Mädchen Liebesverhältnisse unterhielt. Dann kam die Militärzeit, nach deren Beendigung er wieder nach Eissenau ging, wo er als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt war. Hier unterhielt er trotz seiner Verheiratung auch mit seinem Opfer, dem Bauernmädchen Auguste Frädrich ein Liebesverhältnis aufrecht. Der Angeklagte hat mit seiner Ehefrau gut gelebt. Als er diese heiratete, hatte er noch keine Mittel, um selbständig wohnen zu können. Er wohnte daher zunächst bei seinen und der Frau bei ihren Eltern. Dann schaffte er sich ein paar Möbelstücke an und zog mit seinen Sachen zu seinen Schwiegereltern, wo er mit seiner Frau und den Schwiegereltern zusammen ein Zimmer bewohnte. Er hatte keine Verpflegung bei seinen Eltern, sie bei den ihrigen. In Eissenau sind eine Anzahl von Arbeiterwohnungen, die dicht bei einander liegen. Da hat er die ermordete Auguste Frädrich, deren Eltern auf demselben Vorwerk arbeiteten, kennen gelernt. Drei Wochen, nachdem er vom Militär entlassen worden war, hatte er Umgang mit ihr, doch bezweifelt er, daß er der

Vater des Kindes

sei, welchem die Angeklagte Frädrich anfangs 1898 das Leben gab. Drei Monate vor der Ermordung hat er dann nochmals Umgang mit dem Mädchen gehabt. Er behauptet, daß eines Tages, als er mit Sandbladen beschäftigt war, die Auguste Frädrich mit ihm gesprochen und dabei gesagt habe: „Du wirst nächsten noch etwas anderes von mir hören!“ Er habe sie gefragt, was das heißen solle, sie habe aber keine Aufklärung gegeben, sondern sei weggegangen. Anfangs habe er sich nichts dabei gedacht, später seien ihm aber die Worte durch den Kopf gegangen und er habe darüber nachgedacht und sei zu der Ansicht gekommen, daß die Auguste wahrscheinlich habe anderten wollen, daß sie sich wieder in anderen Umständen befinde. Darüber sei er sehr unruhig geworden, weil er verheiratet war und sich ausmalte, welches Halslos in seiner Familie entstehen würde, wenn diese Thatsache bekannt werden würde. Einen Tag vor der That, Sonnabend, 22. Juli, habe er gehört, wie die Auguste Frädrich mit ihren Geschwister vom Milchholen am Sonntag gesprochen und gehört, daß Auguste die Milch holen solle. Es handelt sich um die Milch, die für die Bedürfnisse der Arbeiterfamilien in Eissenau von Blumberg geholt wurde. Dies geschah mit

Hilfe eines kleinen Handwagens. Der Weg von Eissenau nach Blumberg nimmt eine Stunde in Anspruch, ebenso der Rückweg. Der Angeklagte will, wie er das Gespräch gehört, sofort den Plan gefaßt haben, es so einzurichten, daß er die Auguste Frädrich auf dem Wege traf, er bestreite aber, daß schon an die Tötung derselben gedacht zu haben und will vielmehr nur beabsichtigt haben, sie zu fragen, ob sie sich Mutter fühle.

Vorbereitungen

Am Sonntag, 23. Juli, ist er dann zum Frühstück bei seinen Eltern gewesen, wo seine Mutter Kuchen backte. Dann verweilte er ein Stündchen bei seinen Schwiegereltern und kehrte nochmals zu den Eltern zurück, wo er den Kuchen kostete. Als er aus dem Hause des Vaters trat, sah er die jüngste Schwester der Ermordeten noch im Alltagskleid stehen und entnahm daraus, daß nun ganz sicher die Auguste Frädrich zum Milchholen gegangen sei. Da hat er sich denn schleunigst auf den Weg gemacht. Auf dem Wege nach Blumberg geht die Chaussee an einem Gehölz entlang und an einer Stelle, wo Winter- und etwa 1 1/2 Meter hohe Brombeersträucher wachsen, geht der Weg etwas in die Tiefe und bildet eine Art Schlucht. Bis zu dieser Stelle ist der Angeklagte in schneller Gaitart gegangen, und dort ist er mit dem Mädchen zusammengetroffen. Präsi.: Wie gingen Sie? — Angell.: Zwischen den Bäumen hindurch, nahe an der Chaussee, so daß der Durchblick durch das Nadelgehölz leicht war. — Präsi.: Sie haben sich wohl so eingerichtet, daß Sie einen Vorprung vor der Auguste Frädrich hatten, dann hinter sich blickten und sehen mußten, wenn das Mädchen kam. — Angell.: Ja wohl, ich sah sie schließlich an einer freien Stelle, sie war etwa 30 Schritt hinter mir und kam mit ihrem Milchwagen über die Chaussee. Ich ging dann auf die Chaussee, machte Schritt und ging ihr entgegen. — Präsi.: Sie gingen absichtlich so langsam, damit Sie sich gerade in diesem tiefer gelegenen Grunde trafen? — Angell.: Ja. — Präsi.: Wie begann das Gespräch? — Angell.: Ich fragte, wie es laune, daß sie Milch fahre. Sie antwortete, sie könne doch auch einmal spazieren fahren. — Präsi.: Wie war das Mädchen gekleidet? — Angell.: Sie hatte Sonntagskleider an und trug Lackschuhe.

Ein Liebeswerben

Präsi.: Was geschah weiter? — Angell.: Die Auguste fragte mich, wo ich denn hin wollte, und da habe ich das Gespräch auf ihre Worte gebracht und sie direkt gefragt, ob sie etwa in anderen Umständen sei. Sie hat mir geantwortet, daß sie das noch nicht wisse. — Präsi.: Hat Sie Ihnen irgendwelche Andeutungen gemacht, daß Sie der Vater des von ihr zu erwartenden Kindes seien. — Angellagter: Nein, sie hat nichts davon gesagt. — Präsi.: Was geschah dann weiter? — Angell.: Ich sagte ihr, sie solle mal an die Seite kommen. — Präsi.: Deswegen? — Angell.: Mir kam plötzlich der Gedanke ein, daß ich sie ermorden solle. — Präsi.: Sie haben aber so getan, als ob Sie absichts vom Wege abzuweichen würden? — Angellagter: Jawohl. — Präsi.: Haben Sie sich nicht überlegt, daß Ihre That absichts vom Wege besser glücken würde, als auf der Chaussee? Oder haben Sie Leute auf der Chaussee? — Angell.: Nein, es war ja Nachtzeit und auf dem Wege ist überhaupt geringer Verkehr. Ich wollte sie in dem Glauben lassen, daß ich andere Absichten mit ihr vor habe und sie deshalb in das Gehölz führe. — Präsi.: Sie gingen, wie Sie früher gesagt haben, mit ihr an eine Stelle, wo zwischen dem Sommerweg und dem Gehölz ein Graben sich befindet und zwar hatten Sie Ihren rechten Arm um ihre Taille gefaßt? — Angell.: Ja wohl. — Präsi.: Es kam Ihnen also darauf an, das Mädchen über Ihre wahren Absichten zu täuschen und sie ging dann auch gütwillig mit. Was geschah dann weiter?

Kalten Blutes

Angell.: Ich drückte die Auguste Frädrich etwas nieder, ich stand hinter ihr und als sie in knieender Stellung war, habe ich mein Messer aus der Tasche genommen. — Präsi.: Hat das Mädchen diese Bewegung gemerkt? — Angell.: Nein, ich glaube nicht, denn es ging sehr schnell. — Präsi.: Was geschah nun weiter? — Angellagter: Ich kniete neben sie nieder, legte den linken Arm, mit dem ich bis dahin ihre Taille gefaßt hatte, schnell um ihren Hals, so daß meine Hand ihren Mund bedeckte und hob ich den Kopf in die Höhe. Zugleich setzte ich das Messer an der linken Seite ihres Halses an und zog kräftig an. — Präsi.: Sie sollen ihr den Hals bis auf den Wirbel durchgeschnitten haben. — Angellagter: Ja, ich glaube. — Der Angeklagte giebt des weiteren zu, daß er mit dem Steine den Schädel des Mädchens zertrümmern wollte, weil daselbe noch nicht ganz tot zu sein schien, sondern noch Zuckungen von sich gab.

Nach der That

Ist der Angeklagte zunächst nach einem in der Nähe befindlichen Fämel gerannt, hat sich sorgfältig gewaschen und namentlich auch das Messer so sorgfältig gereinigt, daß kein Blutstücken daran haften blieb. Er ging dann am Waldrand entlang zum Hause seiner Eltern, zog dort in aller Eile seine Sonntagskleider an, sah ein Stück Kuchen, trank Kaffee und rauchte sich eine Cigarette an. Während er hörte, daß die anderen zum Wähen aufs Feld gegangen seien und er tief in aller Eile dorthin nach, damit er einen Alibiweis habe. Aufgeregt will er gar nicht gewesen sein und auch keine Aufregung darüber empfunden haben, daß er auf dem Felde die Eltern der Ermordeten und seinen eigenen Schwiegervater traf. Nach einiger Zeit trat die Nachricht ein, daß die Auguste mit durchgeschnittenen Hals im Graben liege, ein Teil der Arbeiter lief zur Stelle des Verbrechens, der Angeklagte arbeitete mit noch drei anderen Personen bis 7 Uhr abends ruhig weiter und beteiligte sich an den Unterhaltungen über den unmöglichen Mörder. Als Feierabend eintrat, ist er eben so ruhig zu seiner Frau und seinen Schwiegereltern zurückgekehrt. Er hat sich auch an dem Leichenbegängnis der Ermordeten beteiligt und ihren Sarg mitgetragen. Das zur That benutzte Messer hat er noch an demselben Abend zum Großvater gebracht. Der That sind zunächst mehrere Personen verdächtig und ein Arbeiter sogar auf einige Zeit verhaftet gewesen. Erst acht Tage nach der That lenkte sich der Verdacht auf den Angeklagten und dieser hat dann dem mit den Ermittlungen betrauten Kriminalkommissar Ziel gegenüber zunächst die That bestritten, der zweiten Vernehmung aber ein Geständnis abgelegt, welches er bei seinen späteren Vernehmungen aufrecht erhalten. Er bleibt dabei, daß er einer plötzlichen Eingebung gefolgt sei, eine innere Stimme habe ihm zugerufen: „Es ist am besten, Du tödest sie!“

Die Zengenvernehmung war belanglos. Der Staatsanwalt wies überzugen nach, wie das ganze Verhalten des Angeklagten dafür spreche, daß er die That geplant und mit Ueberlegung vollführt habe; der Staatsanwalt sprach dann die Erwartung aus, daß die Geschworenen den Angeklagten des Mordes schuldig sprechen würden.

Der Verteidiger hat die Geschworenen, den Angeklagten nicht des Mordes, sondern nur des Todschlags schuldig zu sprechen.

Die Beratung der Geschworenen dauerte eine halbe Stunde; ihr Wahrspruch lautete nur auf schuldig des Todschlags (ohne Ueberlegung). Der Staatsanwalt beantragte die höchste gesetzliche Strafe: 15 Jahre Zuchthaus und Verlust auf die Dauer von 10 Jahren. Das Urteil lautete dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend. — Der Angeklagte nahm das Urteil mit dem größten Gleichmut entgegen.

Todes-Anzeige. Hierdurch allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein Lieber Mann, der Schiller Adolt Riedel sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 3 Uhr von der Leichenhalle des Sebastiankirchhofs, Doldorfer Chaussee, aus statt. (8708) Die trauernde Witwe Klara Riedel.

Orts-Krankenkasse der Maler. Dienstag, den 21. November cr., abends 7 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Versammlung sämtlicher Kassenmitglieder. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Kasse. 2. Bericht über den Stand der Mitglieder. 3. Bericht über den Stand der Einnahmen. 4. Bericht über den Stand der Ausgaben. 5. Bericht über den Stand der Reserve. 6. Bericht über den Stand der Verwaltung. 7. Bericht über den Stand der Mitglieder. 8. Bericht über den Stand der Einnahmen. 9. Bericht über den Stand der Ausgaben. 10. Bericht über den Stand der Reserve. 11. Bericht über den Stand der Verwaltung. 12. Bericht über den Stand der Mitglieder. 13. Bericht über den Stand der Einnahmen. 14. Bericht über den Stand der Ausgaben. 15. Bericht über den Stand der Reserve. 16. Bericht über den Stand der Verwaltung. 17. Bericht über den Stand der Mitglieder. 18. Bericht über den Stand der Einnahmen. 19. Bericht über den Stand der Ausgaben. 20. Bericht über den Stand der Reserve. 21. Bericht über den Stand der Verwaltung. 22. Bericht über den Stand der Mitglieder. 23. Bericht über den Stand der Einnahmen. 24. Bericht über den Stand der Ausgaben. 25. Bericht über den Stand der Reserve. 26. Bericht über den Stand der Verwaltung. 27. Bericht über den Stand der Mitglieder. 28. Bericht über den Stand der Einnahmen. 29. Bericht über den Stand der Ausgaben. 30. Bericht über den Stand der Reserve. 31. Bericht über den Stand der Verwaltung. 32. Bericht über den Stand der Mitglieder. 33. Bericht über den Stand der Einnahmen. 34. Bericht über den Stand der Ausgaben. 35. Bericht über den Stand der Reserve. 36. Bericht über den Stand der Verwaltung. 37. Bericht über den Stand der Mitglieder. 38. Bericht über den Stand der Einnahmen. 39. Bericht über den Stand der Ausgaben. 40. Bericht über den Stand der Reserve. 41. Bericht über den Stand der Verwaltung. 42. Bericht über den Stand der Mitglieder. 43. Bericht über den Stand der Einnahmen. 44. Bericht über den Stand der Ausgaben. 45. Bericht über den Stand der Reserve. 46. Bericht über den Stand der Verwaltung. 47. Bericht über den Stand der Mitglieder. 48. Bericht über den Stand der Einnahmen. 49. Bericht über den Stand der Ausgaben. 50. Bericht über den Stand der Reserve. 51. Bericht über den Stand der Verwaltung. 52. Bericht über den Stand der Mitglieder. 53. Bericht über den Stand der Einnahmen. 54. Bericht über den Stand der Ausgaben. 55. Bericht über den Stand der Reserve. 56. Bericht über den Stand der Verwaltung. 57. Bericht über den Stand der Mitglieder. 58. Bericht über den Stand der Einnahmen. 59. Bericht über den Stand der Ausgaben. 60. Bericht über den Stand der Reserve. 61. Bericht über den Stand der Verwaltung. 62. Bericht über den Stand der Mitglieder. 63. Bericht über den Stand der Einnahmen. 64. Bericht über den Stand der Ausgaben. 65. Bericht über den Stand der Reserve. 66. Bericht über den Stand der Verwaltung. 67. Bericht über den Stand der Mitglieder. 68. Bericht über den Stand der Einnahmen. 69. Bericht über den Stand der Ausgaben. 70. Bericht über den Stand der Reserve. 71. Bericht über den Stand der Verwaltung. 72. Bericht über den Stand der Mitglieder. 73. Bericht über den Stand der Einnahmen. 74. Bericht über den Stand der Ausgaben. 75. Bericht über den Stand der Reserve. 76. Bericht über den Stand der Verwaltung. 77. Bericht über den Stand der Mitglieder. 78. Bericht über den Stand der Einnahmen. 79. Bericht über den Stand der Ausgaben. 80. Bericht über den Stand der Reserve. 81. Bericht über den Stand der Verwaltung. 82. Bericht über den Stand der Mitglieder. 83. Bericht über den Stand der Einnahmen. 84. Bericht über den Stand der Ausgaben. 85. Bericht über den Stand der Reserve. 86. Bericht über den Stand der Verwaltung. 87. Bericht über den Stand der Mitglieder. 88. Bericht über den Stand der Einnahmen. 89. Bericht über den Stand der Ausgaben. 90. Bericht über den Stand der Reserve. 91. Bericht über den Stand der Verwaltung. 92. Bericht über den Stand der Mitglieder. 93. Bericht über den Stand der Einnahmen. 94. Bericht über den Stand der Ausgaben. 95. Bericht über den Stand der Reserve. 96. Bericht über den Stand der Verwaltung. 97. Bericht über den Stand der Mitglieder. 98. Bericht über den Stand der Einnahmen. 99. Bericht über den Stand der Ausgaben. 100. Bericht über den Stand der Reserve. 101. Bericht über den Stand der Verwaltung. 102. Bericht über den Stand der Mitglieder. 103. Bericht über den Stand der Einnahmen. 104. Bericht über den Stand der Ausgaben. 105. Bericht über den Stand der Reserve. 106. Bericht über den Stand der Verwaltung. 107. Bericht über den Stand der Mitglieder. 108. Bericht über den Stand der Einnahmen. 109. Bericht über den Stand der Ausgaben. 110. Bericht über den Stand der Reserve. 111. Bericht über den Stand der Verwaltung. 112. Bericht über den Stand der Mitglieder. 113. Bericht über den Stand der Einnahmen. 114. Bericht über den Stand der Ausgaben. 115. Bericht über den Stand der Reserve. 116. Bericht über den Stand der Verwaltung. 117. Bericht über den Stand der Mitglieder. 118. Bericht über den Stand der Einnahmen. 119. Bericht über den Stand der Ausgaben. 120. Bericht über den Stand der Reserve. 121. Bericht über den Stand der Verwaltung. 122. Bericht über den Stand der Mitglieder. 123. Bericht über den Stand der Einnahmen. 124. Bericht über den Stand der Ausgaben. 125. Bericht über den Stand der Reserve. 126. Bericht über den Stand der Verwaltung. 127. Bericht über den Stand der Mitglieder. 128. Bericht über den Stand der Einnahmen. 129. Bericht über den Stand der Ausgaben. 130. Bericht über den Stand der Reserve. 131. Bericht über den Stand der Verwaltung. 132. Bericht über den Stand der Mitglieder. 133. Bericht über den Stand der Einnahmen. 134. Bericht über den Stand der Ausgaben. 135. Bericht über den Stand der Reserve. 136. Bericht über den Stand der Verwaltung. 137. Bericht über den Stand der Mitglieder. 138. Bericht über den Stand der Einnahmen. 139. Bericht über den Stand der Ausgaben. 140. Bericht über den Stand der Reserve. 141. Bericht über den Stand der Verwaltung. 142. Bericht über den Stand der Mitglieder. 143. Bericht über den Stand der Einnahmen. 144. Bericht über den Stand der Ausgaben. 145. Bericht über den Stand der Reserve. 146. Bericht über den Stand der Verwaltung. 147. Bericht über den Stand der Mitglieder. 148. Bericht über den Stand der Einnahmen. 149. Bericht über den Stand der Ausgaben. 150. Bericht über den Stand der Reserve. 151. Bericht über den Stand der Verwaltung. 152. Bericht über den Stand der Mitglieder. 153. Bericht über den Stand der Einnahmen. 154. Bericht über den Stand der Ausgaben. 155. Bericht über den Stand der Reserve. 156. Bericht über den Stand der Verwaltung. 157. Bericht über den Stand der Mitglieder. 158. Bericht über den Stand der Einnahmen. 159. Bericht über den Stand der Ausgaben. 160. Bericht über den Stand der Reserve. 161. Bericht über den Stand der Verwaltung. 162. Bericht über den Stand der Mitglieder. 163. Bericht über den Stand der Einnahmen. 164. Bericht über den Stand der Ausgaben. 165. Bericht über den Stand der Reserve. 166. Bericht über den Stand der Verwaltung. 167. Bericht über den Stand der Mitglieder. 168. Bericht über den Stand der Einnahmen. 169. Bericht über den Stand der Ausgaben. 170. Bericht über den Stand der Reserve. 171. Bericht über den Stand der Verwaltung. 172. Bericht über den Stand der Mitglieder. 173. Bericht über den Stand der Einnahmen. 174. Bericht über den Stand der Ausgaben. 175. Bericht über den Stand der Reserve. 176. Bericht über den Stand der Verwaltung. 177. Bericht über den Stand der Mitglieder. 178. Bericht über den Stand der Einnahmen. 179. Bericht über den Stand der Ausgaben. 180. Bericht über den Stand der Reserve. 181. Bericht über den Stand der Verwaltung. 182. Bericht über den Stand der Mitglieder. 183. Bericht über den Stand der Einnahmen. 184. Bericht über den Stand der Ausgaben. 185. Bericht über den Stand der Reserve. 186. Bericht über den Stand der Verwaltung. 187. Bericht über den Stand der Mitglieder. 188. Bericht über den Stand der Einnahmen. 189. Bericht über den Stand der Ausgaben. 190. Bericht über den Stand der Reserve. 191. Bericht über den Stand der Verwaltung. 192. Bericht über den Stand der Mitglieder. 193. Bericht über den Stand der Einnahmen. 194. Bericht über den Stand der Ausgaben. 195. Bericht über den Stand der Reserve. 196. Bericht über den Stand der Verwaltung. 197. Bericht über den Stand der Mitglieder. 198. Bericht über den Stand der Einnahmen. 199. Bericht über den Stand der Ausgaben. 200. Bericht über den Stand der Reserve. 201. Bericht über den Stand der Verwaltung. 202. Bericht über den Stand der Mitglieder. 203. Bericht über den Stand der Einnahmen. 204. Bericht über den Stand der Ausgaben. 205. Bericht über den Stand der Reserve. 206. Bericht über den Stand der Verwaltung. 207. Bericht über den Stand der Mitglieder. 208. Bericht über den Stand der Einnahmen. 209. Bericht über den Stand der Ausgaben. 210. Bericht über den Stand der Reserve. 211. Bericht über den Stand der Verwaltung. 212. Bericht über den Stand der Mitglieder. 213. Bericht über den Stand der Einnahmen. 214. Bericht über den Stand der Ausgaben. 215. Bericht über den Stand der Reserve. 216. Bericht über den Stand der Verwaltung. 217. Bericht über den Stand der Mitglieder. 218. Bericht über den Stand der Einnahmen. 219. Bericht über den Stand der Ausgaben. 220. Bericht über den Stand der Reserve. 221. Bericht über den Stand der Verwaltung. 222. Bericht über den Stand der Mitglieder. 223. Bericht über den Stand der Einnahmen. 224. Bericht über den Stand der Ausgaben. 225. Bericht über den Stand der Reserve. 226. Bericht über den Stand der Verwaltung. 227. Bericht über den Stand der Mitglieder. 228. Bericht über den Stand der Einnahmen. 229. Bericht über den Stand der Ausgaben. 230. Bericht über den Stand der Reserve. 231. Bericht über den Stand der Verwaltung. 232. Bericht über den Stand der Mitglieder. 233. Bericht über den Stand der Einnahmen. 234. Bericht über den Stand der Ausgaben. 235. Bericht über den Stand der Reserve. 236. Bericht über den Stand der Verwaltung. 237. Bericht über den Stand der Mitglieder. 238. Bericht über den Stand der Einnahmen. 239. Bericht über den Stand der Ausgaben. 240. Bericht über den Stand der Reserve. 241. Bericht über den Stand der Verwaltung. 242. Bericht über den Stand der Mitglieder. 243. Bericht über den Stand der Einnahmen. 244. Bericht über den Stand der Ausgaben. 245. Bericht über den Stand der Reserve. 246. Bericht über den Stand der Verwaltung. 247. Bericht über den Stand der Mitglieder. 248. Bericht über den Stand der Einnahmen. 249. Bericht über den Stand der Ausgaben. 250. Bericht über den Stand der Reserve. 251. Bericht über den Stand der Verwaltung. 252. Bericht über den Stand der Mitglieder. 253. Bericht über den Stand der Einnahmen. 254. Bericht über den Stand der Ausgaben. 255. Bericht über den Stand der Reserve. 256. Bericht über den Stand der Verwaltung. 257. Bericht über den Stand der Mitglieder. 258. Bericht über den Stand der Einnahmen. 259. Bericht über den Stand der Ausgaben. 260. Bericht über den Stand der Reserve. 261. Bericht über den Stand der Verwaltung. 262. Bericht über den Stand der Mitglieder. 263. Bericht über den Stand der Einnahmen. 264. Bericht über den Stand der Ausgaben. 265. Bericht über den Stand der Reserve. 266. Bericht über den Stand der Verwaltung. 267. Bericht über den Stand der Mitglieder. 268. Bericht über den Stand der Einnahmen. 269. Bericht über den Stand der Ausgaben. 270. Bericht über den Stand der Reserve. 271. Bericht über den Stand der Verwaltung. 272. Bericht über den Stand der Mitglieder. 273. Bericht über den Stand der Einnahmen. 274. Bericht über den Stand der Ausgaben. 275. Bericht über den Stand der Reserve. 276. Bericht über den Stand der Verwaltung. 277. Bericht über den Stand der Mitglieder. 278. Bericht über den Stand der Einnahmen. 279. Bericht über den Stand der Ausgaben. 280. Bericht über den Stand der Reserve. 281. Bericht über den Stand der Verwaltung. 282. Bericht über den Stand der Mitglieder. 283. Bericht über den Stand der Einnahmen. 284. Bericht über den Stand der Ausgaben. 285. Bericht über den Stand der Reserve. 286. Bericht über den Stand der Verwaltung. 287. Bericht über den Stand der Mitglieder. 288. Bericht über den Stand der Einnahmen. 289. Bericht über den Stand der Ausgaben. 290. Bericht über den Stand der Reserve. 291. Bericht über den Stand der Verwaltung. 292. Bericht über den Stand der Mitglieder. 293. Bericht über den Stand der Einnahmen. 294. Bericht über den Stand der Ausgaben. 295. Bericht über den Stand der Reserve. 296. Bericht über den Stand der Verwaltung. 297. Bericht über den Stand der Mitglieder. 298. Bericht über den Stand der Einnahmen. 299. Bericht über den Stand der Ausgaben. 300. Bericht über den Stand der Reserve. 301. Bericht über den Stand der Verwaltung. 302. Bericht über den Stand der Mitglieder. 303. Bericht über den Stand der Einnahmen. 304. Bericht über den Stand der Ausgaben. 305. Bericht über den Stand der Reserve. 306. Bericht über den Stand der Verwaltung. 307. Bericht über den Stand der Mitglieder. 308. Bericht über den Stand der Einnahmen. 309. Bericht über den Stand der Ausgaben. 310. Bericht über den Stand der Reserve. 311. Bericht über den Stand der Verwaltung. 312. Bericht über den Stand der Mitglieder. 313. Bericht über den Stand der Einnahmen. 314. Bericht über den Stand der Ausgaben. 315. Bericht über den Stand der Reserve. 316. Bericht über den Stand der Verwaltung. 317. Bericht über den Stand der Mitglieder. 318. Bericht über den Stand der Einnahmen. 319. Bericht über den Stand der Ausgaben. 320. Bericht über den Stand der Reserve. 321. Bericht über den Stand der Verwaltung. 322. Bericht über den Stand der Mitglieder. 323. Bericht über den Stand der Einnahmen. 324. Bericht über den Stand der Ausgaben. 325. Bericht über den Stand der Reserve. 326. Bericht über den Stand der Verwaltung. 327. Bericht über den Stand der Mitglieder. 328. Bericht über den Stand der Einnahmen. 329. Bericht über den Stand der Ausgaben. 330. Bericht über den Stand der Reserve. 331. Bericht über den Stand der Verwaltung. 332. Bericht über den Stand der Mitglieder. 333. Bericht über den Stand der Einnahmen. 334. Bericht über den Stand der Ausgaben. 335. Bericht über den Stand der Reserve. 336. Bericht über den Stand der Verwaltung. 337. Bericht über den Stand der Mitglieder. 338. Bericht über den Stand der Einnahmen. 339. Bericht über den Stand der Ausgaben. 340. Bericht über den Stand der Reserve. 341. Bericht über den Stand der Verwaltung. 342. Bericht über den Stand der Mitglieder. 343. Bericht über den Stand der Einnahmen. 344. Bericht über den Stand der Ausgaben. 345. Bericht über den Stand der Reserve. 346. Bericht über den Stand der Verwaltung. 347. Bericht über den Stand der Mitglieder. 348. Bericht über den Stand der Einnahmen. 349. Bericht über den Stand der Ausgaben. 350. Bericht über den Stand der Reserve. 351. Bericht über den Stand der Verwaltung. 352. Bericht über den Stand der Mitglieder. 353. Bericht über den Stand der Einnahmen. 354. Bericht über den Stand der Ausgaben. 355. Bericht über den Stand der Reserve. 356. Bericht über den Stand der Verwaltung. 357. Bericht über den Stand der Mitglieder. 358. Bericht über den Stand der Einnahmen. 359. Bericht über den Stand der Ausgaben. 360. Bericht über den Stand der Reserve. 361. Bericht über den Stand der Verwaltung. 362. Bericht über den Stand der Mitglieder. 363. Bericht über den Stand der Einnahmen. 364. Bericht über den Stand der Ausgaben. 365. Bericht über den Stand der Reserve. 366. Bericht über den Stand der Verwaltung. 367. Bericht über den Stand der Mitglieder. 368. Bericht über den Stand der Einnahmen. 369. Bericht über den Stand der Ausgaben. 370. Bericht über den Stand der Reserve. 371. Bericht über den Stand der Verwaltung. 372. Bericht über den Stand der Mitglieder. 373. Bericht über den Stand der Einnahmen. 374. Bericht über den Stand der Ausgaben. 375. Bericht über den Stand der Reserve. 376. Bericht über den Stand der Verwaltung. 377. Bericht über den Stand der Mitglieder. 378. Bericht über den Stand der Einnahmen. 379. Bericht über den Stand der Ausgaben. 380. Bericht über den Stand der Reserve. 381. Bericht über den Stand der Verwaltung. 382. Bericht über den Stand der Mitglieder. 383. Bericht über den Stand der Einnahmen. 384. Bericht über den Stand der Ausgaben. 385. Bericht über den Stand der Reserve. 386. Bericht über den Stand der Verwaltung. 387. Bericht über den Stand der Mitglieder. 388. Bericht über den Stand der Einnahmen. 389. Bericht über den Stand der Ausgaben. 390. Bericht über den Stand der Reserve. 391. Bericht über den Stand der Verwaltung. 392. Bericht über den Stand der Mitglieder. 393. Bericht über den Stand der Einnahmen. 394. Bericht über den Stand der Ausgaben. 395. Bericht über den Stand der Reserve. 396. Bericht über den Stand der Verwaltung. 397. Bericht über den Stand der Mitglieder. 398. Bericht über den Stand der Einnahmen. 399. Bericht über den Stand der Ausgaben. 400. Bericht über den Stand der Reserve. 401. Bericht über den Stand der Verwaltung. 402. Bericht über den Stand der Mitglieder. 403. Bericht über den Stand der Einnahmen. 404. Bericht über den Stand der Ausgaben. 405. Bericht über den Stand der Reserve. 406. Bericht über den Stand der Verwaltung. 407. Bericht über den Stand der Mitglieder. 408. Bericht über den Stand der Einnahmen. 409. Bericht über den Stand der Ausgaben. 410. Bericht über den Stand der Reserve. 411. Bericht über den Stand der Verwaltung. 412. Bericht über den Stand der Mitglieder. 413. Bericht über den Stand der Einnahmen. 414. Bericht über den Stand der Ausgaben. 415. Bericht über den Stand der Reserve. 416. Bericht über den Stand der Verwaltung. 417. Bericht über den Stand der Mitglieder. 418. Bericht über den Stand der Einnahmen. 419. Bericht über den Stand der Ausgaben. 420. Bericht über den Stand der Reserve. 421. Bericht über den Stand der Verwaltung. 422. Bericht über den Stand der Mitglieder. 423. Bericht über den Stand der Einnahmen. 424. Bericht über den Stand der Ausgaben. 425. Bericht über den Stand der Reserve. 426. Bericht über den Stand der Verwaltung. 427. Bericht über den Stand der Mitglieder. 428. Bericht über den Stand der Einnahmen. 429. Bericht über den Stand der Ausgaben. 430. Bericht über den Stand der Reserve. 431. Bericht über den Stand der Verwaltung. 432. Bericht über den Stand der Mitglieder. 433. Bericht über den Stand der Einnahmen. 434. Bericht über den Stand der Ausgaben. 435. Bericht über den Stand der Reserve. 436. Bericht über den Stand der Verwaltung. 437. Bericht über den Stand der Mitglieder. 438. Bericht über den Stand der Einnahmen. 439. Bericht über den Stand der Ausgaben. 440. Bericht über den Stand der Reserve. 441. Bericht über den Stand der Verwaltung. 442. Bericht über den Stand der Mitglieder. 443. Bericht über den Stand der Einnahmen. 444. Bericht über den Stand der Ausgaben. 445. Bericht über den Stand der Reserve. 446. Bericht über den Stand der Verwaltung. 447. Bericht über den Stand der Mitglieder. 448. Bericht über den Stand der Einnahmen. 449. Bericht über den Stand der Ausgaben. 450. Bericht über den Stand der Reserve. 451. Bericht über den Stand der Verwaltung. 452. Bericht über den Stand der Mitglieder. 453. Bericht über den Stand der Einnahmen. 454. Bericht über den Stand der Ausgaben. 455. Bericht über den Stand der Reserve. 456. Bericht über den Stand der Verwaltung. 457. Bericht über den Stand der Mitglieder. 458. Bericht über den Stand der Einnahmen. 459. Bericht über den Stand der Ausgaben. 460. Bericht über den Stand der Reserve. 461. Bericht über den Stand der Verwaltung. 462. Bericht über den Stand der Mitglieder. 463. Bericht über den Stand der Einnahmen. 464. Bericht über den Stand der Ausgaben. 465. Bericht über den Stand der Reserve. 466. Bericht über den Stand der Verwaltung. 467. Bericht über den Stand der Mitglieder. 468. Bericht über den Stand der Einnahmen. 469. Bericht über den Stand der Ausgaben. 470. Bericht über den Stand der Reserve. 471. Bericht über den Stand der Verwaltung. 472. Bericht über den Stand der Mitglieder. 473. Bericht über den Stand der Einnahmen. 474. Bericht über den Stand der Ausgaben. 475. Bericht über den Stand der Reserve. 476. Bericht über den Stand der Verwaltung. 477. Bericht über den Stand der Mitglieder. 478. Bericht über den Stand der Einnahmen. 479. Bericht über den Stand der Ausgaben. 480. Bericht über den Stand der Reserve. 481. Bericht über den Stand der Verwaltung. 482. Bericht über den Stand der Mitglieder. 483. Bericht über den Stand der Einnahmen. 484. Bericht über den Stand der Ausgaben. 485. Bericht über den Stand der Reserve. 486. Bericht über den Stand der Verwaltung. 487. Bericht über den Stand der Mitglieder. 488. Bericht über den Stand der Einnahmen. 489. Bericht über den Stand der Ausgaben. 490. Bericht über den Stand der Reserve. 491. Bericht über den Stand der Verwaltung. 492. Bericht über den Stand der Mitglieder. 493. Bericht über den Stand der Einnahmen. 494. Bericht über den Stand der Ausgaben. 495. Bericht über den Stand der Reserve. 496. Bericht über den Stand der Verwaltung. 497. Bericht über den Stand der Mitglieder. 498. Bericht über den Stand der Einnahmen. 499. Bericht über den Stand der Ausgaben. 500. Bericht über den Stand der Reserve. 501. Bericht über den Stand der Verwaltung. 502. Bericht über den Stand der Mitglieder. 503. Bericht über den Stand der Einnahmen. 504. Bericht über den Stand der Ausgaben. 505. Bericht über den Stand der Reserve. 506. Bericht über den Stand der Verwaltung. 507. Bericht über den Stand der Mitglieder. 508. Bericht über den Stand der Einnahmen. 509. Bericht über den Stand der Ausgaben. 510. Bericht über den Stand der Reserve. 511. Bericht über den Stand der Verwaltung. 512. Bericht über den Stand der Mitglieder. 513. Bericht über den Stand der Einnahmen. 514. Bericht über den Stand der Ausgaben. 515. Bericht über den Stand der Reserve. 516. Bericht über den Stand der Verwaltung. 517. Bericht über den Stand der Mitglieder. 518. Bericht über den Stand der Einnahmen. 519. Bericht über den Stand der Ausgaben. 520. Bericht über den Stand der Reserve. 521. Bericht über den Stand der Verwaltung. 522. Bericht über den Stand der Mitglieder. 523. Bericht über den Stand der Einnahmen. 524. Bericht über den Stand der Ausgaben. 525. Bericht über den Stand der Reserve. 526. Bericht über den Stand der Verwaltung. 527. Bericht über den Stand der Mitglieder. 528. Bericht über den Stand der Einnahmen. 529. Bericht über den Stand der Ausgaben. 530. Bericht über den Stand der Reserve. 531. Bericht über den Stand der Verwaltung. 532. Bericht über den Stand der Mitglieder. 533. Bericht über den Stand der Einnahmen. 534. Bericht über den Stand der Ausgaben. 535. Bericht über den Stand der Reserve. 536. Bericht über den Stand der Verwaltung. 537. Bericht über den Stand der Mitglieder. 538. Bericht über den Stand der Einnahmen. 539. Bericht über den Stand der Ausgaben. 540. Bericht über den Stand der Reserve. 541. Bericht über den Stand der Verwaltung. 542. Bericht über den Stand der Mitglieder. 543. Bericht über den Stand der Einnahmen. 544. Bericht über den Stand der Ausgaben. 545. Bericht über den Stand der Reserve. 546. Bericht über den Stand der Verwaltung. 547. Bericht über den Stand der Mitglieder. 548. Bericht über den Stand der Einnahmen. 549. Bericht über den Stand der Ausgaben. 550. Bericht über den Stand der Reserve. 551. Bericht über den Stand der Verwaltung. 552. Bericht über den Stand der Mitglieder. 553. Bericht über den Stand der Einnahmen. 554. Bericht über den Stand der Ausgaben. 555. Bericht über den Stand der Reserve. 556. Bericht über den Stand der Verwaltung. 557. Bericht über den Stand der Mitglieder. 558. Bericht über den Stand der Einnahmen. 559. Bericht über den Stand der Ausgaben. 560. Bericht über den Stand der Reserve. 561. Bericht über den Stand der Verwaltung. 562. Bericht über den Stand der Mitglieder. 563. Bericht über den Stand der Einnahmen. 564. Bericht über den Stand der Ausgaben. 565. Bericht über den Stand der Reserve. 566. Bericht über den Stand der Verwaltung. 567. Bericht über den Stand der Mitglieder. 568. Bericht über den Stand der Einnahmen. 569. Bericht über den Stand der Ausgaben. 570. Bericht über den Stand der Reserve. 571. Bericht über den Stand der Verwaltung. 572. Bericht über den Stand der Mitglieder. 573. Bericht über den Stand der Einnahmen. 574. Bericht über den Stand der Ausgaben. 575. Bericht über den Stand der Reserve. 576. Bericht über den Stand der Verwaltung. 577. Bericht über den Stand der Mitglieder. 578. Bericht über den Stand der Einnahmen. 579. Bericht über den Stand der Ausgaben. 580. Bericht über den Stand der Reserve. 581. Bericht über den Stand der Verwaltung. 582. Bericht über den Stand der Mitglieder. 583. Bericht über den Stand der Einnahmen. 584. Bericht über den Stand der Ausgaben. 585. Bericht über den Stand der Reserve. 586. Bericht über den Stand der Verwaltung. 587. Bericht über den Stand der Mitglieder. 588. Bericht über den Stand der Einnahmen. 589. Bericht über den Stand der Ausgaben. 590. Bericht über den Stand der Reserve. 591. Bericht über den Stand der Verwaltung. 592. Bericht über den Stand der Mitglieder. 593. Bericht über den Stand der Einnahmen. 594. Bericht über den Stand der Ausgaben. 595. Bericht über den Stand der Reserve. 596. Bericht über den Stand der Verwaltung. 597. Bericht über den Stand der Mitglieder. 598. Bericht über den Stand der Einnahmen. 599. Bericht über den Stand der Ausgaben. 600. Bericht über den Stand der Reserve. 601. Bericht über den Stand der Verwaltung. 602. Bericht über den Stand der Mitglieder. 603. Bericht über den Stand der Einnahmen. 604. Bericht über den Stand der Ausgaben. 605. Bericht über den Stand der Reserve. 606. Bericht über den Stand der Verwaltung. 607. Bericht über den Stand der Mitglieder. 608. Bericht über den Stand der Einnahmen. 609. Bericht über den Stand der Ausgaben. 610. Bericht über den Stand der Reserve. 611. Bericht über den Stand der Verwaltung. 612. Bericht über den Stand der Mitglieder. 613. Bericht über den Stand der Einnahmen. 614. Bericht über den Stand der Ausgaben. 615. Bericht über den Stand der Reserve. 616. Bericht über den Stand der Verwaltung. 617. Bericht über den Stand der Mitglieder. 618. Bericht über den Stand der Einnahmen. 619. Bericht über den Stand der Ausgaben. 620. Bericht über den Stand der Reserve. 621. Bericht über den Stand der Verwaltung. 622. Bericht über den Stand der Mitglieder. 623. Bericht über den Stand der Einnahmen. 624. Bericht über den Stand der Ausgaben. 625. Bericht über den Stand der Reserve. 626. Bericht über den Stand der Verwaltung. 627. Bericht über den Stand der Mitglieder. 628. Bericht über den Stand der Einnahmen. 629. Bericht über den Stand der Ausgaben. 630. Bericht über den Stand der Reserve. 631. Bericht über den Stand der Verwaltung. 632. Bericht über den Stand der Mitglieder. 633. Bericht über den Stand der Einnahmen. 634. Bericht über den Stand der Ausgaben. 635. Bericht über den Stand der Reserve. 636. Bericht über den Stand der Verwaltung. 637. Bericht über den Stand der Mitglieder. 638. Bericht über den Stand der Einnahmen. 639. Bericht über den Stand der Ausgaben. 640. Bericht über den Stand der Reserve. 641. Bericht über den Stand der Verwaltung. 642. Bericht über den Stand der Mitglieder. 643. Bericht über den Stand der Einnahmen. 644. Bericht über den Stand der Ausgaben. 645. Bericht über den Stand der Reserve. 646. Bericht über den Stand der Verwaltung. 647. Bericht über den Stand der Mitglieder. 648. Bericht über den Stand der Einnahmen. 649. Bericht über den Stand der Ausgaben. 650. Bericht über den Stand der Reserve. 651. Bericht über den Stand der Verwaltung. 652. Bericht über den Stand der Mitglieder. 653. Bericht über den Stand der Einnahmen. 654. Bericht über den Stand der Ausgaben. 655. Bericht über den Stand der Reserve. 656. Bericht über den Stand der Verwaltung. 657. Bericht über den Stand der Mitglieder. 658. Bericht über den Stand der Einnahmen. 659. Bericht über den Stand der Ausgaben. 660. Bericht über den Stand der Reserve. 661. Bericht über den Stand der Verwaltung. 662. Bericht über den Stand der Mitglieder. 663. Bericht über den Stand der Einnahmen. 664. Bericht über den Stand der Ausgaben. 665. Bericht über den Stand der Reserve. 666. Bericht über den Stand der Verwaltung. 667. Bericht über den Stand der Mitglieder. 668. Bericht über den Stand der Einnahmen. 669. Bericht über den Stand der Ausgaben. 670. Bericht über den Stand der Reserve. 671. Bericht über den Stand der Verwaltung. 672. Bericht über den Stand der Mitglieder. 673. Bericht über den Stand der Einnahmen. 674. Bericht über den Stand der Ausgaben. 675. Bericht über den Stand der Reserve. 676. Bericht über den Stand der Verwaltung. 677. Bericht über den Stand der Mitglieder. 678. Bericht über den Stand der Einnahmen. 679. Bericht über den Stand der Ausgaben. 680. Bericht über den Stand der Reserve. 681. Bericht über den Stand der Verwaltung. 682. Bericht über den Stand der Mitglieder. 683. Bericht über den Stand der Einnahmen. 684. Bericht über den Stand der Ausgaben. 685. Bericht über den Stand der Reserve. 686. Bericht über den Stand der Verwaltung. 687. Bericht über den Stand der Mitglieder. 688. Bericht über den Stand der Einnahmen. 689. Bericht über den Stand der Ausgaben. 690. Bericht über den Stand der Reserve. 691. Bericht über den Stand der Verwaltung. 692. Bericht über den Stand der Mitglieder. 693. Bericht über den Stand der Einnahmen. 694. Bericht über den Stand der Ausgaben. 695. Bericht über den Stand der Reserve. 696. Bericht über den Stand der Verwaltung. 697. Bericht über den Stand der Mitglieder. 698. Bericht über den Stand der Einnahmen. 699. Bericht über den Stand der Ausgaben. 700. Bericht über den Stand der Reserve. 701. Bericht über den Stand der Verwaltung. 702. Bericht über den Stand der Mitglieder. 703. Bericht über den Stand der Einnahmen. 704. Bericht über den Stand der Ausgaben. 705. Bericht über den Stand der Reserve. 706. Bericht über den Stand der Verwaltung. 707. Bericht über den Stand der Mitglieder. 708. Bericht über den Stand der Einnahmen. 709. Bericht über den Stand der Ausgaben. 710. Bericht über den Stand der Reserve. 711. Bericht über den Stand der Verwaltung

